A
000
112
636
6
UC SOUTHERN REGIONAL LIBRARY FACILITY

Deutschlands Zukunft

bei einem Macht- und bei einem Rechtsfrieden

21. bis 22. Tausend

Verlag Naturwissenschaften G. m. b. H.,
Leipzig 1918

Verlag „Naturwissenschaften", G. m. b. H., Leipzig, Marienstr. 18

Soeben erschienen:

Dr. Walther Schücking
o. ö. Professor der Rechte in Marburg

Der Dauerfriede

Kriegsaufsätze eines Pazifisten

Preis eleg. brosch. M. 2.20; geb. M. 3.50.

In scharfen, sicheren Strichen zeichnet der berühmte deutsche Völkerrechtslehrer den Weg, der allein die Völker Europas aus der furchtbaren Not dieses Krieges heraus zu einem gesicherten und dauernden Friedenszustande zu führen vermag. Der reiche Inhalt erhellt am klarsten aus den Kapitelüberschriften:

Der Weltkrieg und der Pazifismus; Weltkrieg und Völkerrecht; Die deutschen Professoren und der Weltkrieg; Das europäische Gleichgewicht; Das neue System; Europa am Scheideweg; Meeresfreiheit gegen Friedensgarantien; Der Ausbau des Haager Werkes.

Niemand kann an diesem bedeutsamen Werke vorübergehen!

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

Deutschlands Zukunft

bei einem Macht- und bei einem Rechtsfrieden

von

Dr. Oskar Stillich

Mit einem Anhang

Braucht Deutschland neue Kohlen- und Erzgebiete, insbesondere

das Becken von Longwy-Briey?

von Otto Hue, M. d. L.

Vorwort und Nachwort

Nur keinen faulen Frieden!

und

Siebzehn Einwände und siebzehn Antworten

von L. Quidde

Verlag Naturwissenschaften G. m. b. H.,
Leipzig 1918

Inhaltsübersicht

Seite

Vorwort: Nur keinen faulen Frieden! von **L. Quidde** . . . 3

Deutschlands Zukunft bei einem Macht- und bei einem Rechtsfrieden von Dr. **Oskar Stillich** 12

I. Kriegsziele der Feinde in alldeutscher Darstellung 14

II. Alldeutsche Kriegsziele 19

III. Die Höhe des Einsatzes 41

Anhang: Braucht Deutschland neue Kohlen- und Erzgebiete, insbesondere das Becken von Longwy-Briey, von **Otto Hue**, M. d. L. 51

Nachwort: Siebzehn Einwände und siebzehn Antworten von **L. Quidde** 60

1. Zeichen der Schwäche!
2. Verzichtfriede!
3. Gleichbedeutend mit Niederlage!
4. Bedingungslose Räumung der besetzten Gebiete?
5. Annexionen zur Sicherung der Grenzen!
6. Annexionen zum Schutz der Deutschen in Rußland!
7. Annexionen zur Versorgung mit Lebensmitteln und Rohstoffen!
8. Kriegsentschädigungen, sonst Hungerfriede!
9. Nur noch kurze Zeit durchhalten!
10. Lohn der Opfer?
11. Politik der Nachgiebigkeit Illusion!
12. Ueberstaatliche Rechtsordnung Utopie!
13. Deutsche Lebensinteressen verbieten Schiedsgericht.
14. Deutsche Lebensinteressen verbieten Abrüstung.
15. Forderungen der Soldaten an der Front!
16. Keine Sühne des Unrechts?
17. Der Kriegswille der Feinde!

Vorwort.

Nur keinen faulen Frieden!

„Nur keinen faulen Frieden!" In diesem Verlangen werden alle einig sein, so weit auch sonst die Ansichten über das, was beim Friedensschluß erstrebenswert ist, auseinandergehen.

Was versteht man unter einem faulen Frieden? Einen Frieden, der nur scheinbar und äußerlich den Krieg beendet, in Wirklichkeit aber ungelöste Streitfragen hinterläßt oder selbst Verhältnisse schafft, die unmöglich auf die Dauer Bestand haben können, einen Frieden, der von einer der Parteien mit dem stillen Vorbehalt abgeschlossen wird, ihn sobald wie möglich wieder zu brechen, einen Frieden also, der nur trügerische Waffenruhe ist, während deren die vertragschließenden Mächte sofort beginnen müssen, sich für einen neuen Waffengang zu rüsten.

Ein echter Friede dagegen muß eine Ordnung der Dinge schaffen, die für absehbare Zeit und solange nicht die Voraussetzungen des Vertrages sich vollkommen ändern, Bestand haben kann. Er muß von allen Seiten mit dem ehrlichen Willen abgeschlossen werden, sich in die Bedingungen, auch soweit sie den eigenen Wünschen und Forderungen nicht entsprechen, zu finden und mit dem Kriegsgegner wieder, wenn auch nicht freundliche, doch friedliche Beziehungen zu pflegen. Er muß allen Parteien die Möglichkeit geben, sich auf den Zustand eines gesicherten Friedens einzurichten.

Das Musterbeispiel eines faulen Friedens wäre der Friede, den die Alldeutschen wünschen. Man wird sich aus den Ausführungen, die auf den folgenden Seiten einer ihrer verbreitetsten Schriften durch Herrn Dr. Stillich gewidmet werden, leicht überzeugen, daß dem so ist. Hier sei es gestattet, einige allgemeine Betrachtungen voranzuschicken.

Deutschland soll nach den Forderungen der Alldeutschen und ihrer Anhänger im Westen Belgien und die industriell wertvollsten Teile von Nordfrankreich, im Osten Litauen und Kurland, dazu, wenn militärisch möglich, auch Livland und Estland, in Afrika ein gewaltiges Kolonialreich in seine Hand bringen; es soll seinen Feinden die volle Entschädigung aller Kriegsschäden und Kriegskosten auferlegen und sie sich, da so gewaltige Summen nur zum kleinen Teil in bar aufgebracht werden können, auf

2223106

Jahrzehnte hinaus mit Lieferung von Rohstoffen und Fabrikaten tributpflichtig machen.

Es bedarf wirklich nur der einfachsten Ueberlegung, um einzusehen, daß ein solcher Friede keine Dauer haben könnte, sondern gebrochen werden würde, ja gebrochen werden müßte, sobald die Besiegten einigermaßen wieder zu Kräften gekommen wären oder sich ihnen durch irgendwelche Umstände eine günstige Aussicht böte.

Man stelle sich einen Augenblick die Lage nach Durchführung der geforderten Gebietsabtretungen vor: England sollte sich damit abfinden, daß die flandrischen Häfen seinen Küsten gegenüber als stete Drohung in der Hand eines siegreichen, die Seeherrschaft beanspruchenden Deutschlands wären? Würden wir uns etwa damit abfinden, wenn Schleswig-Holstein mit dem Nordostseekanal und Kiel, ergänzt durch Helgoland, in fremde Hand kämen? Frankreich sollte den Verlust rein französischen Landes mit den wertvollsten Bergwerksgebieten je verschmerzen können? Würden etwa wir es jemals verschmerzen, wenn das linke Rheinufer mit der Pfalz, den Saar- und Moselgebieten, mit Speier, Worms und Mainz, Koblenz, Köln und Trier vom Reiche getrennt würden? Rußland sollte es ertragen, daß in der Entfernung weniger Tagemärsche Anmarschstraßen nach St. Petersburg durch deutsche Geschütze beherrscht werden? Würden etwa wir es ertragen, wenn eine fremde Staatsgewalt ihren Herrschaftsbereich, so weit polnisches Sprachgebiet reicht, bis auf 20 Meilen von Berlin ausdehnte und sich zwischen Ostpreußen und den Reichskörper trennend einschöbe?

Stellt man sich einen Frieden vor, der das deutsche Reichsgebiet in solcher Weise verstümmelte, so wird niemand zweifeln: eine furchtbare Erbitterung würde das ganze deutsche Volk in allen seinen Schichten und Parteien einigen und kein anderer Wunsch würde fortan die deutsche Politik beherrschen, als der, sich von diesen Friedensbedingungen freizumachen und die entrissenen Gebiete wiederzugewinnen.

Was für uns gilt, gilt auch für die anderen. Wenn ein Friedensvertrag unseren Gegnern die von den alldeutschen Heißspornen geforderten Gebietsabtretungen aufzwingen sollte, so würde ihr leidenschaftliches Verlangen nach einem Vergeltungskrieg die Politik der nächsten Jahre beherrschen. Also kein Friede wäre es, was wir gewönnen, sondern nur ein Waffenstillstand, auf den binnen kurzer Frist ein neuer entsetzlicher Krieg folgen müßte.

Nicht anders steht es mit den geforderten Kriegsentschädigungen. Daß sie nicht ganz in Geld geleistet werden könnten, liegt auf der Hand. Deshalb verlangen die Wortführer der Alldeutschen auch ganz folgerichtig, daß Verkehrseinrichtungen (Eisenbahnen, Wasserstraßen, Hafenanlagen, Lagerhäuser und dergl.), weiter Erdschätze (Kohlengruben, Erz-, Salz- u. a. Bergwerke, Oelquellen), endlich Grund und Boden (Forsten, Domänen und Siedelungsland) in den eroberten Gebieten an das Reich abgetreten, auch Teile der feindlichen Handelsflotten, der Suezkanal und koloniale Besitzungen dem Reich zugewiesen und, da damit die 200 Milliarden unseres Gesamtguthabens noch nicht zur Hälfte gedeckt sein würden, die für unsere Wirtschaft erforderlichen Rohstoffe,

Halbfabrikate und Nahrungsmittel auf eine Reihe von Jahren hinaus an Zahlungs Statt geliefert werden.

Danach würden also die besiegten Völker auf Jahrzehnte hinaus in ein Verhältnis der drückendsten Schuldknechtschaft gegenüber Deutschland geraten. Der Bauer und der Bergarbeiter in Frankreich und Rußland, in Belgien und Rumänien, in England mit all seinen Kolonien und Italien müßte für Deutschland arbeiten und müßte Jahr für Jahr zusehen, wie der Ertrag seines Schweißes als unbezahlter Tribut in das Land des verhaßten Siegers wanderte, während er zugleich eine furchtbare Steuerlast zu tragen hätte, um die Kosten dieses Krieges zu zahlen, außer den Kriegskosten des eigenen Landes, auch jenen Teil der Kriegsentschädigung, der in bar gefordert wäre, endlich die gewaltigen Summen, die in Frankreich, Belgien, Rußland, Rumänien und Serbien erforderlich wären, um wieder aufzubauen, was der Krieg mit seinen furchtbaren Verwüstungen im Lande zerstört hat.

Glaubt irgendein zurechnungsfähiger Mensch, daß die Bevölkerung der auf diese Weise von uns tributpflichtig gemachten Länder das ruhig dulden würde? Glauben insbesondere die Alldeutschen, die vom Wert internationaler Verträge nicht geringschätzig genug sprechen können, daß irgendein Staat aufgezwungene Friedensbedingungen dieser Art einen Augenblick länger, als der absolute Zwang dauert, ertragen würde und daß er nicht vielmehr den ersten geeigneten Moment zur Abschüttelung einer solchen entsetzlichen Last, die jedes Leben erstickten und jede Entwicklungsmöglichkeit unterdrücken würde, benutzen müßte? Wären nicht die Alldeutschen die ersten, das zu fordern, wenn uns selbst eine solche Schuldknechtschaft auferlegt würde? Und könnten die Pazifisten ihnen widersprechen? Selbst wenn die Regierungen es versuchen würden, den Friedensvertrag bis zum Ablauf der Schuldverpflichtungen genau zu beachten, so würden die mißhandelten Völker, die Arbeiter und die Bauern, die für Deutschland sollen schuften müssen, sich in wildem Aufstand erheben. Keine Regierung würde sich gegenüber den Ausbrüchen des Unwillens einer darbenden und zum Frondienst für Fremde verurteilten Bevölkerung behaupten können, und die revolutionären Regierungen, die an ihre Stelle träten, würden sich von den Verpflichtungen des Friedensvertrages lossagen müssen. *Dann wäre Deutschland, um seine Forderungen einzutreiben, gezwungen, einen neuen Krieg zu beginnen.*

So bedeuten nicht nur die Annexionsforderungen, sondern auch die Entschädigungsforderungen, wenn man sie verwirklicht denkt, daß mit Friedensschluß nicht wirklich Friede werden darf, sondern ein neuer Weltkrieg heraufbeschworen werden soll.

Wie aber muß ein *echter Friede* beschaffen sein?

Er muß die Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes und seine freie Entwicklung sicherstellen; jeder andere Friede würde für uns unerträglich sein und nicht als endgültiger Abschluß dieser furchtbaren Prüfung angesehen werden können. *Aber er darf auch kein anderes Volk in seinen politischen und wirtschaftlichen Existenz-*

bedingungen vergewaltigen; denn sonst würden wir einen Vergeltungskrieg heraufbeschwören und hätten das Errungene binnen kurzem in einem neuen Kriege zu verteidigen.

Dazu aber muß noch etwas anderes kommen. Der Friede muß, soweit das irgend möglich ist, die Ursachen beseitigen, die zu der Weltkatastrophe geführt haben, und er muß wenigstens in den Grundzügen eine neue, den Weltfrieden schirmende, die Einzelstaaaten überragende Rechtsordnung schaffen.

Der Friede muß die unveräußerlichen nationalen Rechte aller Völker, auch die der nationalen Minderheiten, jene der Deutschen im Auslande so gut wie die der fremden Volkssplitter innerhalb des Deutschen Reiches, gewährleisten. Er muß die Freiheit des wirtschaftlichen Wettbewerbes unter gleichen Bedingungen gewähren und den Grundsatz der „offenen Tür", mindstens für alle Kolonien und Protektorate, zu einem internationalen Rechtssatz machen. Er muß die Freiheit der Meere sichern und dem unheilvollen, am Mark der Völker zehrenden Rüstungskampf ein Ende setzen. Die allgemeine Abrüstung muß das Ziel sein, um eine der schlimmsten Kriegsursachen zu beseitigen, und um Mittel frei zu machen für den Wiederaufbau dessen, was der Krieg zerstört hat, wie für die Befriedigung von Kulturaufgaben. Die weiteren Beziehungen der Völker müssen unter öffentliche Kontrolle gestellt werden, und ein internationales Abkommen hat mit dem Friedensschluß alle Geheimverträge für nichtig zu erklären. Alle internationalen Streitfälle aber sind, wenn rechtlicher Entscheidung zugänglich, einem schiedsgerichtlichen Urteil, sonst aber einer international organisierten Vermittlung zuzuführen. Das Werk vom Haag ist durch die Schaffung ständiger Institutionen, die nicht nur der Entscheidung von Streitigkeiten, sondern auch den positiven Aufgaben der Staatsgemeinschaft zu dienen haben, auszubauen.

Das wird nicht alles in dem Friedensvertrag endgültig geregelt werden können. Aber die grundlegenden Verpflichtungen sind in ihm festzusetzen.

Erst ein Friede, der in dieser Weise die Zukunft zu sichern unternimmt, wäre ein wahrer, ein echter Friede.

Daß der Friede, der diesen Krieg beendet, nicht ein Friedensvertrag sein darf nach Art aller anderen, die bisher die Geschichte verzeichnet, sondern daß auf diesen entsetzlichen Zusammenbruch der ganzen alten politischen Ordnung, einen Zusammenbruch, wie ihn die Menschheitsgeschichte noch nie gesehen hat, etwas ganz Neues folgen muß, eine Neuordnung der internationalen Beziehungen, um der Wiederkehr einer solchen Katastrophe vorzubeugen, — dieser Gedanke hat während der Dauer des Krieges sich immer weiterer Kreise bemächtigt und ist heute (außer im Lager unserer Alldeutschen und deren Gesinnungsgenossen im In- und Ausland) ziemlich allgemein anerkannt.

Die leitenden Politiker des feindlichen Auslandes haben sich fast alle, mehr oder minder, entschieden zu diesem Gedanken bekannt. Schon im Herbst 1914 hat Sir Edward Grey ihn ausgesprochen, und zwar in einer Form, die keine Spitze gegen Deutschland enthielt: England wie Deutschland sollten in gleicher Weise der internationalen Rechtsordnung unterworfen sein. Im Laufe der Zeit hat die Forderung im Munde feindlicher Politiker immer mehr ein deutschfeindliches Gepräge erhalten: „Um die neue Rechtsordnung zu errichten, muß erst Deutschland, der Friedensbrecher und Feind des Rechtsgedankens, niedergeworfen werden; erst der volle Sieg ermöglicht deshalb einen gesicherten Rechtsfrieden; mit der gegenwärtigen Regierung Deutschlands, die das Recht mißachtet, sind überhaupt keine Verträge zu schließen." Es ist schwer zu beurteilen, wie weit diese Erklärungen ehrlich gemeint oder nur zur Täuschung bestimmt sind, wie weit in ihnen die viel erörterte Haltung der deutschen Regierung auf den Haager Konferenzen nachwirkt, wie weit das Urteil des Auslandes über die Verantwortung für diesen Krieg die Auffassung beeinflußt oder wie weit wir es mit Kriegspsychose zu tun haben. Aber es bleibt, wenn auch in verletzender, aufreizender und abstoßender Form — ehrlich oder geheuchelt — die einmütige Huldigung gegenüber dem Verlangen, daß eine den Frieden sichernde internationale Rechtsordnung das Ergebnis dieses Krieges sein muß. Wir sollen kalt zurückweisen, was in diesen Aeußerungen blinder Kriegsfanatismus ist, aber uns dadurch an der Idee selbst nicht irre machen lassen.

Diese Idee hat auch in Deutschland sichtbar Boden gewonnen.

Es sei erinnert an die Rede des Reichskanzlers von Bethmann-Hollweg vom 9. November 1916, in der es hieß:

„Wenn bei und nach Beendigung des Krieges seine entsetzlichen Verwüstungen an Gut und Blut der Welt erst zum vollen Bewußtsein kommen werden, dann wird durch die ganze Menschheit ein Schrei nach Abmachungen und Verständigung gehen, um, soweit es irgend in Menschenmacht liegt, die Wiederkehr einer so ungeheuerlichen Katastrophe zu verhüten. Dieser Schrei wird so stark sein, daß er zu einem Ergebnis führen muß, Deutschland wird jeden Versuch, eine praktische Lösung zu finden, ehrlich mitprüfen und an seiner möglichen Verwirklichung mitarbeiten, das um so mehr, wenn der Krieg, wie wir zuversichtlich erwarten, politische Zustände hervorbringt, die der freien Entwicklung aller Nationen, großer wie kleiner, gerecht werden . . . Deutschland ist jederzeit bereit, einem Völkerbunde beizutreten, ja, sich an die Spitze eines Völkerbundes zu stellen, der Friedensstörer im Zaume hält."

Der Deutsche Reichstag hat bekanntlich am 19. Juli eine Erklärung angenommen, die mit der hier entwickelten Auffassung in wesentlichen Punkten übereinstimmt. Der Wortlaut ist so wichtig, daß er unverkürzt wiedergegeben sei:

Wie am 4. August 1914 gilt für das deutsche Volk auch an der Schwelle des vierten Kriegsjahres das Wort der Thronrede: „Uns treibt nicht Eroberungssucht." Zur Verteidigung seiner Freiheit und

Selbständigkeit, für die Unversehrtheit seines territorialen Besitzstandes hat Deutschland die Waffen ergriffen.

Der Reichstag erstrebt einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker. Mit einem solchen Frieden sind erzwungene Gebietserwerbungen und politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar.

Der Reichstag weist auch alle Pläne zurück, die auf eine wirtschaftliche Absperrung und Verfeindung der Völker nach dem Kriege ausgehen. Die Freiheit der Meere muß sichergestellt werden. Nur der wirtschaftliche Friede wird einem freundschaftlichen Zusammenleben der Völker den Boden bereiten.

Der Reichstag wird die Schaffung internationaler Rechtsorganisationen tatkräftig fördern.

Solange jedoch die feindlichen Regierungen auf einen solchen Frieden nicht eingehen, solange sie Deutschland und seine Verbündeten mit Eroberung und Vergewaltigung bedrohen, wird das deutsche Volk wie ein Mann zusammenstehen, unerschütterlich ausharren und kämpfen, bis sein und seiner Verbündeten Recht auf Leben und Entwicklung gesichert ist.

In seiner Einigkeit ist das deutsche Volk unüberwindbar. Der Reichstag weiß sich darin eins mit den Männern, die in heldenhaftem Kampf das Vaterland schützen. Der unvergängliche Dank des ganzen Volkes ist ihnen sicher.

Die Annahme der Erklärung erfolgte mit 212 gegen 126 Stimmen. In der Minderheit befanden sich 20 unabhängige Sozialdemokraten, die eine weitergehende Resolution beantragt hatten und 40 Nationalliberale, die in einer vom Prinzen Schönaich-Carolath abgegebenen Erklärung ihr Nein damit begründeten, daß es ihnen unrichtig erschien, die Auffassung des Reichstages in einem förmlichen Beschluß festzulegen, zugleich sich aber für einen Frieden aussprachen, der eine dauernde Versöhnung der Völker ermögliche. Der Abstimmung enthielten sich die Polen, da sie in der Erklärung eine Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker vermißten.

Der neue Reichskanzler Dr. Michaelis hat zwar in seiner Stellungnahme zu der Reichstagsresolution mehrfach nicht ganz klare Vorbehalte gemacht, hat aber doch auch seinerseits gefordert, daß der Friede die „Grundlage für eine dauernde Versöhnung der Völker bilden" müsse, hat die Behauptung, daß seine Erklärungen zweideutig seien und er Eroberungspläne vertrete, scharf zurückgewiesen und schließlich in seiner zweiten Erklärung vom 23. August die Auffassung, als ob er von seinen Darlegungen vom 19. Juli abweichen wolle, als ein Mißverständnis bezeichnet und sich aufs neue zu dem „Streben nach einem Frieden des Ausgleichs und der Verständigung" bekannt, „wie es in der Resolution des Reichstags vom 19. Juli seinen Ausdruck gefunden hat".

Die leitenden Männer in Oesterreich-Ungarn, insbesondere der gemeinsame Minister des Auswärtigen, Graf Czernin, haben sich wiederholt in der unzweideutigsten und nachdrücklichsten Weise für einen

Frieden, wie er hier gefordert wird, einen echten Frieden dauernder Verständigung unter Ablehnung aller Eroberungspläne, ausgesprochen.

Daß unsere Verbündeten nicht für Kriegsziele weiterkämpfen würden, wie sie von den deutschen Annexionisten aufgestellt werden, liegt so sehr auf der Hand, daß darüber kein Wort weiter verloren zu werden braucht. Wollen die Alldeutschen etwa, daß wir, wenn ein Friede der Verständigung erreichbar wäre, unsere Verbündeten von uns abstoßen und um der alldeutschen Kriegsziele willen den Krieg ohne Bundesgenossen weiter führen sollen?

In der päpstlichen Note vom 1. August haben die Gedanken einer die Völker und Staaten überragenden Rechtsordnung einen klaren und konsequenten Ausdruck gefunden. Der Papst nimmt als „Ausgangspunkt und Grundlage" seiner Friedensvermittlung den Gedanken, „daß an die Stelle der materiellen Gewalt der Waffen trete die sittliche Macht des Rechts". Er meint, „daraus ließe sich ein gerechtes und gemeinsames Abkommen ableiten betreffs der gleichzeitigen und gleichmäßigen Verminderung des Rüstungswesens", mit der Maßgabe, „daß alles geschehen muß, was erforderlich ist und ausreicht, um die öffentliche Ordnung und jedem Staat sicherzustellen". Das ist also die vollständige Abrüstung, die Zurückführung der Heere auf bloße Polizeitruppen zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung. „An die Stelle der Heere", fährt der Papst dann fort, „trete die Einrichtung des Schiedsgerichtes" mit Zwangsmaßnahmen „gegen jeden Staat, der sich entweder weigert, internationale Fragen dem Schiedsgericht anheim zu geben oder dessen Spruch anzunehmen". Ein weiterer Gedanke schließt sich daran: „Ist einmal die Vorherrschaft des Rechtes festgestellt, mögen alle Schranken der Völkerverkehrswege fallen, indem man die wahre Freiheit der Meere, die allen gehören, durch bestimmte Verfügungen sicherstellt."

Die Verständigung über eine solche internationale Rechtsordnung soll nach Auffassung des Papstes die Verständigung über die materiellen Streitfragen erleichtern. Es ist das ein Gedanke, der während des Krieges schon in pazifistischen Kreisen vertreten worden ist: mit den scheinbar weiter entfernt liegenden Fragen der künftigen internationalen Organisation zu beginnen und durch ein grundsätzliches Einvernehmen darüber den Zugang zu den Verhandlungen über die finanziellen und territorialen Fragen, die sonst den Hauptinhalt von Friedensverträgen ausmachen, zu gewinnen.

Der Papst stellt diese Verbindung an einer Stelle ganz unmittelbar her, indem er „betreffs des Schadenersatzes und der Kriegskosten" für die ihm allein möglich erscheinende Lösung, „die grundsätzliche Annahme vollständigen gegenseitigen Verzichtes" eine Rechtfertigung finde „in den ungeheuren Wohltaten, die mit der 'Abrüstung gegeben sind", außerdem allerdings auch „darin, daß die Fortführung eines solchen Gemetzels einzig und allein wegen Geldfragen unbegreiflich erscheinen müßte".

Auch für die strittigen Gebietsfragen hofft der Papst, „daß in Anbetracht der unermeßlichen Segnungen eines Friedens, dessen Dauerbestand durch die Abrüstung verbürgt würde, die streitenden Par-

teien ihre Ansprüche in versöhnlichem Geiste prüfen würden". Also auch hier der Gedanke, die Verständigung über materielle Fragen durch die Sicherung der Rechtsordnung zu erleichtern. Bei der Regelung der Besitzfragen sollen „die Wünsche der Völker nach Maßgabe des Gerechten und Möglichen Berücksichtigung finden", und es sollen „gelegentlich Sonderinteressen mit dem Allgemeinwohl der großen menschlichen Gesellschaft in Einklang" gebracht werden.

Das ist eine durch und durch pazifistische Auffassung der Fragen des Friedensschlusses. Wenn der Vertreter der ältesten und konservativsten Weltmacht sich in diesen Gedanken mit einer so modernen Bewegung, wie der pazifistischen, und mit der internationalen Demokratie begegnet, so ist wohl nicht daran zu zweifeln, daß ihnen die Zukunft gehört und daß wir unmittelbar vor einem sehr ernsthaften Versuch ihrer Verwirklichung stehen.

Von der größten Bedeutung ist die Antwort der deutschen Regierung vom 19. September. Dieselbe nimmt ausdrücklichen Bezug auf die Erklärung des Reichstages vom 19. Juli, über deren Verbindlichkeit für die Regierung damit jeder Zweifel beseitigt ist, unterstreicht sehr nachdrücklich (und offenbar nicht ohne Rücksicht auf die im Ausland vorherrschende Auffassung von dem autokratischen Charakter der Reichsregierung) die in ungewöhnlichen Formen erfolgte Mitwirkung des Reichstages und spricht zu den Grundgedanken der päpstlichen Note volle Zustimmung aus. Die außerordentliche Bedeutung des Textes rechtfertigt es, wenn wir hier den entscheidenden Teil wörtlich wiedergeben.

Die besonderen Maßnahmen, die sie (die kaiserliche Regierung) in engster Fühlung mit der Vertretung des deutschen Volkes für die Beratung und Beantwortung der aufgeworfenen Fragen getroffen hat, legen davon Zeugnis ab, wie sehr es ihr am Herzen liegt, im Einklang mit den Wünschen Seiner Heiligkeit und der Friedenskundgebung des Reichstages vom 19. Juli d. J., brauchbare Grundlagen für einen gerechten und dauerhaften Frieden zu finden.

Mit besonderer Sympathie begrüßt die K. Regierung den führenden Gedanken des Friedensrufs, worin Sich S. Heiligkeit in klarer Weise zu der Ueberzeugung bekennt, daß künftig an die Stelle der materiellen Macht der Waffen die moralische Macht des Rechtes treten muß. Auch wir sind davon durchdrungen, daß der kranke Körper der menschlichen Gesellschaft nur durch eine Stärkung der sittlichen Kraft des Rechtes gesunden kann. Hieraus würde nach Ansicht S. Heiligkeit die gleichzeitige Herabminderung der Streitkräfte aller Staaten und die Einrichtung eines verbindlichen Schiedsverfahrens für internationale Streitfragen folgen. Wir teilen die Auffassung S. Heiligkeit, daß bestimmte Regeln und gewisse Sicherheiten für eine gleichzeitige und gegenseitige Begrenzung der Rüstungen zu Lande, zu Wasser und in der Luft, sowie für die wahre Freiheit und Gemein-

samkeit der hohen See diejenigen Gegenstände darstellen, bei deren Behandlung der neue Geist, der künftig im Verhältnis der Staaten zu einander herrschen soll, den ersten verheißungsvollen Ausdruck finden müßte. Es würde sich sodann ohne weiteres die Aufgabe ergeben, auftauchende internationale Meinungsverschiedenheiten nicht durch das Aufgebot der Streitkräfte, sondern durch friedliche Mittel, insbesondere auch auf dem Wege des Schiedsverfahrens entscheiden zu lassen, dessen hohe friedenstiftende Wirkung wir mit Seiner Heiligkeit voll anerkennen. Die Kaiserliche Regierung wird dabei jeden Vorschlag unterstützen, der mit den Lebensinteressen des Deutschen Reiches und Volkes vereinbar ist. Deutschland ist durch seine geographische Lage und seine wirtschaftlichen Bedürfnisse auf den friedlichen Verkehr mit den Nachbarn und mit dem fernen Ausland angewiesen. Kein Volk hat daher mehr als das deutsche Anlaß, zu wünschen, daß an die Stelle des allgemeinen Hasses und Kampfes ein versöhnlicher und brüderlicher Geist zwischen den Nationen zur Geltung kommt.

Wenn die Völker, von diesem Geist geleitet, zu ihrem Heile erkannt haben werden, daß es gilt, mehr das Einigende als das Trennende in ihren Beziehungen zu betonen, wird es ihnen gelingen, auch die einzelnen noch offenen Streitpunkte so zu regeln, daß jedem Volk befriedigende Daseinsbedingungen geschaffen werden und damit eine Wiederkehr der großen Völkerkatastrophe ausgeschlossen erscheint. Nur unter dieser Voraussetzung kann ein dauernder Friede begründet werden, der die geistige Wiederannäherung und das wirtschaftliche Wiederaufblühen der menschlichen Gesellschaft begünstigt.

Es gibt vielleicht nichts, was den gewaltigen Fortschritt der Friedensideen so überzeugend beweist, wie die Tatsache, daß die deutsche Reichsregierung, die auf den Haager Konferenzen 1899 und 1907 die Seele des Widerstandes gegen die Ausdehnung der Schiedsgerichtsbarkeit und gegen jede Erwägung eines Abkommens über Rüstungsbeschränkung war, jetzt für ein verbindliches Schiedsverfahren und sogar für eine vertragsmäßige Herabminderung der Streitkräfte aller Staaten eintritt.

Das ist eine weltgeschichtlich bedeutende Wendung der deutschen Politik. Ihr ist durch diese grundsätzlichen Erklärungen eine neue Richtung angewiesen, einerlei, wie bald der Gang des Krieges und die Haltung der feindlichen Regierungen deren Verwirklichung gestatten. Die deutsche Regierung hat sich damit unwiderruflich von der Forderung der Alldeutschen, die zu einem faulen Frieden und zu Deutschlands Verderben führen müßten, losgesagt und sich für eine Politik der internationalen Verständigung eingesetzt, die einen dauernden und echten Frieden bedeutet.

München, im Oktober 1917. L. Quidde.

Deutschlands Zukunft

bei einem Macht- und bei einem Rechtsfrieden.

Die Frage, ob Deutschland den gegenwärtigen Krieg rasch beenden kann, ist eine Angelegenheit der Diplomatie; die Frage, ob er rasch beendet werden soll, trägt einen anderen Charakter. Sie ist an das ganze Volk gestellt und hängt im Gegensatz zu der ersten von Tatsachen und Erwägungen ab, die uns allen zugänglich sind. Mit ihr wollen wir uns im folgenden beschäftigen.

Ein rasches Ende des ungeheuren Blutvergießens ist nur möglich auf der Grundlage eines Verständigungsfriedens. Jeder der kämpfenden Teile muß nachgeben, muß Konzessionen machen, muß Eroberungen und andere hochgesteckte Forderungen zurückstellen und sich zu Kompromissen bequemen. Ohne diese Bedingung geht der Krieg weiter, bis die Erschöpfung eintritt.

Es gibt in Deutschland — wie übrigens in allen anderen kriegführenden Ländern — eine nicht kleine Zahl von Kriegspolitikern (in der Regel sind sie fern vom Schuß), die jedem Verständigungsfrieden den Krieg erklären und den Blutstrom nicht eher zum Stillstand bringen wollen, bis der Sieg über die Feinde errungen und eine rücksichtslose Diktatur der Friedensbedingungen möglich ist.

Für diese Anhänger eines Machtfriedens wiegen die Nachteile, die mit einer weiteren Fortsetzung des Gemetzels verbunden sind, nicht die Vorteile auf, die daraus resultieren müssen, daß Deutschland schließlich die Oberhand behält. Wir sehen schon daraus, wie hier ein Vergleich auf einer Hypothese aufgebaut wird. „Ein ehrenvoller Frieden", sagt v. Gruber in der nachher eingehend zu besprechenden Broschüre „Deutschlands Zukunft bei einem guten und bei einem schlechten Frieden" (S. 7), „ein Scheidemannscher Frieden, bei dem es „weder Sieger noch Besiegte" gibt, bei dem jeder das Land behält, das er vor dem Kriege hatte, und bei dem jeder seine Lasten selber trägt, wäre dasselbe wie der Verlust des Krieges, die Besiegelung unseres Untergangs!" Hiernach ist ein Verständigungsfriede gleichbedeutend mit Niederlage, ein „deutscher Frieden" gleichbedeutend mit Sieg. Ob diese Gleichung stimmt, muß im Folgenden erst näher geprüft werden.

Wir werden sehen, daß die Vertreter dieses Gedankens völlig blind sind gegen die Folgen, die mit einer Fortführung des Krieges verbunden sind. Wie die Erde von einem Dunstmantel, so ist bei uns in Deutschland die Vorstellung vom deutschen Machtfrieden umgeben von einem unklaren Gedankenkomplex. Diese Hülle, in der sich das Licht der Erkenntnis bricht, verhindert es, daß man die Konsequenzen erkennt, die über die Peripherie der rein militärischen Erwägungen hinausragen. Diese Konsequenzen aber sind sehr ernster Natur. Was nutzt dem Wettläufer der Sieg, wenn er, am Ziel angelangt, tot zusammenbricht? Was einem Volk der Ruhm eines jahrelangen Durchhaltens unter tausend Entbehrungen, Elend und Sorgen, wenn es als Preis dafür einen Teil seiner Volkskraft zahlt, seine Kultur am Ende des Ringens aus allen Wunden blutet und es in seiner wirtschaftlichen Kraft für Jahrzehnte durch die Opfer und Verluste so geschwächt ist, daß sein Sieg einem Pyrrhussiege gleicht?

* * *

Wie notwendig es ist, einmal klarzulegen, warum es heute nur noch die eine Lösung geben kann, Frieden auf der Grundlage der Verständigung und des Rechtes zu schließen, läßt sich am besten an der Prüfung der Gedanken einer kleinen Flugschrift zeigen, die unter dem Titel „Deutschlands Zukunft bei einem guten und bei einem schlechten Frieden" im Verlage von J. F. Lehmann in München erschienen ist. Wir wählen diese Schrift nicht deshalb, weil ihr irgendeine Bedeutung zukommt. Im Gegenteil! Sie ist völlig wertlos, ohne System und politische Einsicht geschrieben, demagogisch auf die Urteilslosigkeit des Lesers und auf die Erregung von Angstgefühlen vor künftiger Not berechnet, unausgedacht in ihren Folgen und widerspruchsvoll in sich selbst in Bezug auf zahlreiche Einzelheiten — kurz eine politische Minderleistung ersten Ranges.

Wir wählen sie vielmehr aus einem ganz anderen Grunde. Derselbe liegt darin, daß diese Broschüre in ungemein hoher Auflage von bisher 200 000 Exemplaren gedruckt ist und verbreitet wird, daß sie im Heere, in Lazaretten und Schulen verteilt wird, in Württemberg sogar die Bezirksschulämter sich ihre Verbreitung angelegen sein lassen, daß nach einer Ankündigung des Verlegers sogar vom Großen Hauptquartier und vom Kriegsministerium große Partien erworben wurden, was diese Stellen allerdings bestreiten.

Das dürfte es rechtfertigen, den Inhalt dieser Schrift unter die Lupe zu nehmen, um durch eine sachliche, wissenschaftlich gehaltene Erwiderung wenigstens einen Teil des Unheils zu verhüten, das sie in Heer und Zivilbevölkerung anzurichten im Begriff steht. Wir dürfen nicht vergessen, daß all denen, die da draußen in der Etappe und im Schützengraben sind, die Nachprüfung sehr erschwert ist. Durch eine geschickte Aufmachung ist

der Illusion Tür und Tor geöffnet. Vor allem soll eine Reihe statistischer Diagramme, die den Ausführungen als Beweismaterial beigegeben sind, auch die Gedanken in die Richtung der anschaulich dargestellten Größenverhältnisse zwängen, deren Verdeutlichung der textlichen Darbietung vielleicht nicht gelungen ist.

Die Phantasien, die bei diesem statistischen Aufbau deutscher Macht nach einem „Scheidemannschen" und einem „deutschen Machtfrieden" Pate gestanden haben, sind weit entfernt von allem, was man wissenschaftlich verantworten kann. Und doch sind die Hersteller dieses statistischen Unsinns und seiner angeblichen Begründung nicht Leute ohne Bildung. Einer der Verfasser, der Geheimrat Professor Dr. M. von Gruber, ist sogar Universitätsprofessor, und auch die anderen Mitarbeiter, die im Stabe des alldeutschen Lehmannschen Verlags in München auftreten, sind Männer mit akademischen Graden. Es wäre leichtgläubig, sich dadurch von einer eingehenden Prüfung abhalten zu lassen. Es kann jemand in seinem Beruf oder in seinem Fach Tüchtiges leisten und doch auf politischem Gebiet völliger Dilettant sein! Mit solchen Leuten ohne tiefere Kenntnis der Dinge und ohne Augenmaß für das in diesem Kriege politisch Erreichbare haben wir es im folgenden zu tun.

I.

Kriegsziele der Feinde in alldeutscher Darstellung.

Die Verfasser der vorliegenden Flugschrift eröffnen dieselbe mit einer Darlegung der Kriegsziele der Feinde, wie sie sich in ihren Köpfen widerspiegeln und stellen diesen Kriegszielen ihre eigenen gegenüber. „In der Hauptsache", sagt J. F. Lehmann, der die Vorrede geschrieben hat, „lassen sich als gemeinsames Ziel (unserer Feinde) folgende Forderungen feststellen: [1])

1. Vernichtung eines großen Teils der deutschen Industrie, also der Kruppwerke in Essen u. a.
2. Ausschließung des deutschen Handels vom Weltmarkt durch Strafzölle und Anlegung von schwarzen Listen.
3. Elsaß-Lothringen und das linke Rheinufer fallen an Frankreich.
4. Posen, Ost- und Westpreußen und ein Teil Schlesiens fallen an Rußland.
5. Schleswig-Holstein fällt zum Teil an Dänemark (zum Teil wird es ein selbständiger Staat). *
6. Helgoland fällt an England.

[1]) Ich zitiere nach der als 51.—75. Tausend erschienenen Auflage, die mir zur Zeit der Bearbeitung dieser Schrift allein vorlag. Das 126.—200. Tausend erschien während der Korrektur. Einiges daraus ist in den nachfolgenden Ausführungen noch berücksichtigt.

7. Der Kieler Kanal wird neutralisiert.*
8. Luxemburg fällt an Frankreich.*
9. Das verkleinerte Deutschland wird in mehrere selbständige Staaten geteilt.*
10. Abtretung aller deutschen Kolonien.
11. Belgien und Holland werden durch Militär- und Handelsbündnisse den feindlichen Mächten angegliedert.*
12. Galizien und Bukowina fallen an Rußland.
13. Böhmen (mit Mähren und den slowakischen Teilen Ungarns) wird Königreich unter russischer Oberhoheit.
14. Südtirol bis zum Brenner und Triest fallen an Italien.
15. Rumänien erhält die Hälfte Ungarns.
16. Serbien erhält Bosnien, Herzegowina und Kroatien.
17. Aufteilung der Türkei zwischen England, Frankreich, Rußland und Italien.
18. An Kriegslasten werden Deutschland 100 (einige hundert)* Milliarden auferlegt.
19. Für jedes vernichtete Schiff muß Deutschland ein Ersatzschiff stellen, es hat somit seine gesamte Flotte auszuliefern und den Rest zu bezahlen.
20. Wegnahme der gesamten Kriegsflotte.
21. Wegnahme der gesamten Artillerie.*

Quellen werden für diese Forderungen nicht angegeben. Sie fehlen hier wie auch sonst in der Schrift. Aber man kann annehmen, daß sie trübe sind. Die Zeitungen haben gerade über die Kriegsziele in den letzten Jahren unendlich viel geschrieben, was der Wahrheit auch nicht im entferntesten entspricht, was vor allem über die privaten Äußerungen einzelner Leute, Parteien und Verbände nicht hinauskommt. Was aber irgendein Blatt oder eine andere unverantwortliche Stelle oder Herr Meier oder Müller als Ziel des Krieges aufstellt, ist völlig ohne Belang.

Es ist möglich, daß in einer ausländischen Zeitung die Forderung der Aufteilung des Deutschen Reiches vertreten worden ist, schon weniger möglich ist es, daß Rußland Posen und Westpreußen begehren soll, denn diese ehemals polnischen Gebiete würden eher zu Polen gehören als zu Rußland (die hier benutzte Ausgabe der Broschüre datiert vom Mai 1917!). Sehr verwunderlich erscheint es, daß die Entente beabsichtigen soll, sich Belgien und Holland anzugliedern!

Aber ohne darüber zu rechten, wollen wir es als richtig unterstellen, daß diese Forderungen von irgendwem und irgendwo einmal erhoben worden sind. Was wir energisch bestreiten, ist, daß sie deswegen irgendwelche Authentizität erhalten oder auch nur beanspruchen dürfen. Selbst der in politischen Dingen ganz Unerfahrene wird nicht zu behaupten wagen, daß das, was irgendeine Zeitung schreibt, oder irgendein politischer Kannegießer fordert, als offizielles feindliches Kriegsziel zu gelten habe. Hier wird derselbe Fehler gemacht, wie wenn etwa im Auslande die Forderungen des Grafen Reventlow oder des Alldeutschen Ver-

bandes als Dokumente für die deutschen Kriegsziele hingestellt werden.

Verbindlich und maßgebend sind solche Privat- und Parteiäußerungen nicht, sondern nur das, was die verantwortlichen Staatsmänner selbst sagen. Diese Äußerungen sehen, so schlimm sie z. T. an sich auch sein mögen, doch immerhin ganz anders aus als die 21 Forderungen des Herrn Lehmann in München. Da sie sämtlich durch die Presse gegangen sind, darf man sie als bekannt voraussetzen.

Nun zeigen sich in der neuesten Auflage der Lehmannschen Broschüre, abgesehen von einer veränderten Anordnung und einer mehr summarischen Aufzählung der feindlichen Kriegsziele, namentlich jener, die sich auf die Aufteilung Österreichs beziehen, zwei sehr interessante Tatsachen: Einmal sind eine Anzahl Kriegsziele überhaupt gestrichen (ich habe sie in der oben gegebenen Zusammenstellung mit einem * bezeichnet). Zu diesen gestrichenen Kriegszielen, die Lehmann anscheinend nicht mehr zu behaupten wagt, gehört vor allem die Aufteilung Deutschlands. Auf der anderen Seite aber behauptet er nunmehr, daß die von ihm zusammengesuchten Kriegsziel-Forderungen von den feindlichen Staatsmännern erhoben würden! Das Unmögliche seiner ursprünglichen Kombination scheint ihm also zum Bewußtsein gekommen zu sein. Zugleich aber versucht er seiner privaten Zusammenstellung einen offiziellen Charakter zu geben. Doch seine Worte sind ohne Unterlagen. Er beweist sie nicht. Er kann sie auch nicht beweisen. Und wenn er das bestreiten sollte, so sei er hiermit aufgefordert, die feindlichen Staatsmänner zu nennen und ihre Äußerungen wörtlich wiederzugeben, um jedem von uns einwandfrei die Nachprüfung zu ermöglichen, ob sie wirklich diese Kriegsziele vertreten haben. So lang er diesen Nachweis nicht erbracht hat, gilt uns seine „Behauptung" in der neuesten Auflage als eine phantasievolle Entstellung der Wahrheit und — um kein schlimmeres Wort zu gebrauchen — als eine gefährliche Irreführung der öffentlichen Meinung.

* * *

Welcher Grund mag nun wohl vorliegen, daß Herr Lehmann sich gleich am Anfang solcher Mittel bedient und daß er die wirklichen Kriegsziele nicht erwähnt? Daß er sie nicht kennt, scheint bei einem von Beruf mit der Literatur vertrauten Mann ausgeschlossen. Wenn er sie trotzdem totschweigt, so mag das m. E. darin seinen Grund haben, daß das wirkliche Kriegszielprogramm der gegnerischen Koalition psychologisch nicht in dem gleichen Grade zu feindlicher Stimmung und Aktion anregen würde, wie das andere, größtenteils aus einer Reihe von Fiktionen zusammengestellte.

Der heutige „Kulturmensch" (wohlgemerkt nicht jeder Mensch) hat keine kriegerische Seele mehr im Sinne des alten an Gewalttat gewöhnten Naturmenschen. Es widersteht ihm im Innersten, andere Menschen zu töten. Es widerspricht seinen

Moralanschauungen, in denen er aufgewachsen ist, und den Lehren des Christentums, die ihm von Jugend auf eingeprägt wurden. Diese starken Gegensätze auszuschalten, bringt er erst fertig, wenn Kräfte auf ihn einwirken, die ihren inneren Widerstand überwinden. Dazu gehört die Erregung von Haß und anderen Unterwertigkeits-Gefühlen, aber nicht minder auch die Vorstellung, daß die anderen beabsichtigen, das eigene Volk zu vernichten, es zu zerstückeln und aus der Reihe der Großmächte auszutilgen, zu berauben und zu demütigen. Gelingt es, dem Volke solche Absichten als wahr hinzustellen, dann ist damit ein Kriegshilfsmittel von erdrückender Wucht auf die Seele des Einzelnen gegeben. Unter der ungeheuren Macht desselben erwacht in dem sein Christentum doch so hoch haltenden Deutschen der furor teutonicus und all das, was wir in diesem Kriege an tierischen Instinkten staunend erlebt haben.

Darin liegt der psychologische Wert solcher Lügenprogramme. Fast alles, was in ihnen gesagt wird, ist aber nicht nur Tendenz, es steckt auch viel Dummheit dahinter oder sagen wir lieber höflich ein grobes Mißverständnis. Um das zu verstehen, was andere Völker wollen, muß man wenigstens etwas in ihren Geist eingedrungen sein, wie er in ihrer Literatur und ihrer Art zu denken und zu handeln zum Ausdruck kommt. Das ist es, was die Zusammenstellung der Kriegszielforderungen vermissen läßt. Dieser aus der Unkenntnis anderer Kulturen entspringende Mangel führt zu ganz falschen Auffassungen. Ein Beispiel mag das belegen.

Die Entente hat wiederholt als eines ihrer wichtigsten Kriegsziele die Beseitigung des preußischen Militarismus proklamiert. In der Flugschrift wird das offenbar zu folgenden Stichworten umgeprägt: Vernichtung der Waffenindustrie, also der Kruppwerke in Essen u. a., Wegnahme der gesamten Kriegsflotte und Wegnahme der gesamten Artillerie. Auch in deutschen Zeitungen hat man ja manchmal lesen können, daß die Beseitigung des Militarismus identisch mit der Vernichtung des deutschen Heeres und der deutschen Flotte sei. Aber die so etwas sagen oder schreiben, haben keine Ahnung von dem Wort und wissen nicht, was man im Auslande darunter versteht. Sonst würde man nicht immer wieder lesen können, daß die Einrichtung eines stehenden Heeres auf Grund der Wehrpflicht während des Krieges in England seinen Übergang zum Militarismus bedeute.

Unter Militarismus haben wir in Deutschland vor dem Kriege immer ein politisches, auf militärischer Grundlage aufgebautes System verstanden, charakterisiert durch das Übergreifen militärischer Interessen und Anschauungen auf das bürgerliche und politische Leben. Das Gleiche versteht man aber auch jetzt während des Krieges im Auslande darunter, wenn man von der Vernichtung oder Überwindung des preußischen Militarismus spricht.

Die englischen Staatsmänner haben das wiederholt erläutert. So sagte z. B. am 10. April 1916 Asquith, der damalige englische Premierminister: „Wir wollen als Ergebnis des Krieges den Grundsatz festlegen, daß internationale Probleme durch freie Unterhand-

lung unter gleichen Bedingungen zwischen freien Völkern behandelt werden müssen (d. h. also zwischen Völkern, deren Regierungen nicht allein zu entscheiden haben, sondern die Zustimmung des Volkes resp. seiner Vertretung brauchen), und daß eine solche Übereinkunft nicht länger durch das überwältigende Gebot einer Regierung, die von einer militärischen Kaste kontrolliert wird, aufgehalten und beherrscht wird. Das ist das, was ich unter Vernichtung der militärischen Herrschaft Preußens verstehe, nicht mehr, aber auch nicht weniger."

Worauf es ehrlichen Wortführern des Kampfes gegen den Militarismus in den gegnerischen Staaten in erster Linie ankommt, ist eine organisatorische Gestaltung der Verhältnisse der Welt nach dem Kriege, die eine solche Katastrophe, wie wir sie jetzt erleben, unmöglich macht. Dieser Gedanke ist auch von leitenden Staatsmännern der feindlichen Mächte ausgedrückt worden, und wenn bei manchen von ihnen der Verdacht auch noch so berechtigt sein mag, daß sie dabei von Nebenabsichten und Hintergedanken beherrscht werden, oder daß es ihnen bei der Verkündung dieses Kriegsziels weniger ernst ist, als mit anderen die deutschen Interessen gefährdenden Plänen, so ist es doch eine verhängnisvolle Verblendung, diese Erklärungen im Bausch und Bogen als bloße Heuchelei abtun zu wollen, wie es leider bei uns nicht nur die Alldeutschen und die Leute vom Unabhängigen Ausschuß zu tun pflegen, sondern auch viele sonst durchaus nicht fanatische Beurteiler zu tun geneigt sind. Das ist ebenso unsinnig, ungerecht und verblendet, wie wenn im Ausland deutsche Friedenserklärungen als Intrigen und Heuchelei abgetan werden.

Alle neueren, ernsthaft beachtenswerten Kundgebungen zur Friedensfrage durchzieht der Gedanke, daß hinter den Vereinbarungen der Zukunft eine Kraft stehen muß, die ihre Dauerhaftigkeit verbürgt, daß die politische Anarchie und das System des bewaffneten Gleichgewichts der Mächte einem neuen Zustand Platz machen muß, der auf der Zusammenfassung der Nationen, auf einem großen Völkerbündnis beruht, dessen Organisation so beschaffen ist, daß es den Frieden dauernd garantiert, so daß ihn niemand mehr, wie bisher, aus irgendeiner beliebigen Veranlassung, wie z. B. dem Mord in Serajewo, stören kann. Dazu kommt der auf Kant zurückgehende Gedanke, daß dieser Zustand nur dann von Dauer sein kann, wenn alle dabei beteiligten Staaten auf demokratischer Grundlage aufgebaut sind.

Darin liegt der Zusammenhang zwischen Demokratie und einem Völkerrecht, das nicht, wie zum Teil bisher, auf Verträgen beruht, die durch die Geheimdiplomatie ohne Kenntnis der Volksvertretungen abgeschlossen werden. Nur wenn der Staatswille nicht mehr Interessenausdruck einer kleinen Schicht, sondern der Gesamtheit ist, wird das internationale Recht im wirklichen Sinne gleichbedeutend mit Völkerrecht sein. Ohne Sicherung der Rechte der Völker in den einzelnen Staaten gibt es daher keinen Verlaß auf das Völkerrecht. Vor allem müssen automatisch funktionierende

Sicherheitsvorrichtungen geschaffen werden, die bei Fehlgriffen der Regierungen Unglück verhüten. Das Ziel ist hier das gleiche wie in der Technik. Es gibt eine große Zahl von Arbeitsmaschinen, welche mit Ausschaltungsvorrichtungen versehen sind, die in dem Moment in Wirksamkeit treten, wenn der Arbeiter infolge einer Ungeschicklichkeit, Fahrlässigkeit oder Dummheit, z. B. mit seiner Hand in Gefahr kommt. Ein ähnliches System muß — soweit man menschliches Handeln nach dem Muster einer Maschine regeln kann — auch in das Völkerrecht eingeführt werden. Ein solches hemmungsloses Hineingleiten in den Krieg wie 1914 darf nicht mehr vorkommen. Das aber ist nur möglich auf der Grundlage einer demokratischen Ordnung in allen Ländern.

In der Botschaft Präsident Wilsons an den Senat der Vereinigten Staaten betreffs der Friedensfrage (vom 22. Jan. 1917) heißt es: „Kein Friede kann dauern oder verdient zu dauern, der nicht den Grundsatz anerkennt und annimmt, daß die Regierungen alle ihre gerechte Macht von der Zustimmung der Regierten ableiten und daß es nirgends ein Recht gibt, Völker von Machthaber zu Machthaber abzutreten, als wenn sie Eigentum wären."

Das ist gewiß nicht das ganze Kriegsziel-Programm der feindlichen Regierungen, aber es ist ein sehr wesentlicher Teil davon. Und so weit auf der Gegenseite ernsthafte Annexionsforderungen erhoben worden sind (wir erinnern uns alle an die maßlose Antwort der Entente auf Wilsons Note und an die Enthüllungen über französisch-russische Abmachungen) sind sie, seit die russische Demokratie das Programm eines Friedens ohne Annexionen und ohne Entschädigungen aufstellte, stark eingeschränkt worden.

Das alles hat der an erster Stelle zu Worte gekommene Verfasser der Flugschrift übersehen. Anstatt sich auf die amtlichen Erklärungen der Staatsmänner zu stützen, ignoriert er sie völlig und bietet uns statt dessen eine Reihe zum Teil vollkommen mißverstandener, zum Teil einseitiger und unverbindlicher Äußerungen aus ganz unkontrollierten Quellen. Das mag einem geistig bescheidenen und unkritisch veranlagten Leser genügen, irgendwelchen weitergehenden Ansprüchen an Zuverlässigkeit und Beweiskraft aber sicherlich nicht.

II.

Alldeutsche Kriegsziele.

Während der erste Teil der Schrift „Deutschlands Zukunft bei einem guten und bei einem schlechten Frieden" die angeblichen Kriegszielforderungen unserer Gegner bringt, behandelt der zweite Teil die Kriegszielforderungen, die der Geheimrat Professor von Gruber vom alldeutschen und imperialistischen Standpunkte aus denen der Feinde entgegensetzt. Sie übertreffen an Kühnheit alles, was man fern von den Fronten denen, die sie verteidigen, an siegreichem Gewinn zumuten darf. Um das Acht-

fache soll das deutsche Herrschaftsgebiet wachsen. Gestützt auf die Macht des Schwertes soll die Welt neu verteilt werden.

In stolzen Säulen wird dem Leser dies vor Augen geführt: Das Gebiet des Deutschen Reiches und das seiner Verbündeten soll zusammen mit den neuen Erwerbungen in Zukunft rund 33 Millionen Quadratkilometer umfassen, ohne Verwirklichung der Forderungen des Verfassers jedoch nur 4,2 Millionen Quadratkilometer (einschließlich der Kolonien). Die Bevölkerung dieses Riesenkomplexes soll sich im ersteren Falle auf 455 Millionen, im letzteren auf 132,7 Millionen stellen. Das Deutsche Reich allein würde von zirka ½ auf 14 Millionen Quadratkilometer wachsen und seine Bevölkerung von 67 auf 139 Millionen! Die Erfüllung dieses Machttraumes sieht von Gruber in der Einverleibung großer Landgebiete und ihrer Bevölkerung. Eine wahrhaft leoninische Teilung, bei der die jetzt mit uns im Kriege liegenden Staaten zum Teil eingeengt, zum Teil zu kleinen und bedeutungslosen Gebilden herunterdrückt werden würden, also genau dasselbe geschehen soll, was nach den Angaben Lehmanns die Feinde mit uns machen wollen.

Es soll ein Frieden werden, der keine anderen Rücksichten und Erwägungen kennt, als Deutschlands Interessen in alldeutscher Auffassung.

Diese durch keine andere als reine Machterwägungen gebändigten Kriegszielforderungen, die sich zudem noch mit der Verwirklichung des Traumes von einer Germania irredenta verbinden, haben eine bedenkliche Aehnlichkeit mit dem Vorgehen von Leuten, die anderen nehmen, was sie erhaschen können, ohne Rücksicht auf deren Lebensnotwendigkeiten. Es ist primitivste Annexionspolitik, wie sie in politisch vollkommen undisziplinierten Gehirnen leicht emporwuchert, Imperialismus, dessen Wurzeln sich im Erdreich ökonomischer Interessen verlieren, politische Anmaßung, deren Vertreter wir in den alldeutschen, vor allem in den Kreisen der Schwerindustrie und eines Teiles der Landwirtschaft zu suchen haben.

Professor von Gruber malt zunächst ein Bild schwarz in schwarz für den Fall, daß Deutschland so vernünftig sein würde, einen Verständigungsfrieden zu bevorzugen, in dem jeder behält, was er hat. Ein solcher „Scheidemannscher Frieden" würde die Besieglung unseres Unterganges bedeuten, Deutschland würde zusammenbrechen, und die amerikanischen Geldkönige würden dann die Herren der Erde werden. Der angelsächsische Weltbund würde alles von sich in Abhängigkeit bringen, und dann würde noch etwas Schreckliches passieren: der ewige Frieden wäre da. Die neu entstandene Staatengesellschaft würde es verhindern, daß ein neuer Krieg die Erde verheert, während von Gruber bei einem deutschen Frieden an weitere Kriege glaubt, wenn auch erst in Jahrhunderten.[1]) Auf diese

[1]) In anderen Veröffentlichungen von Grubers liest man es wieder anders. So heißt es z. B. in einem Aufsatz „Ueber Siedlungsreform" (in der „Zeitschrift für Wohnungswesen in Bayern", XIII., Nr. 10/11): „Namentlich ein Feind bleibt ihm (dem deutschen

naive Anschauung kommen wir später zurück. „Alles, was stark und groß und gut ist in uns", versichert von Gruber, „bäumt sich gegen ein solches Ende." Hierzu läßt sich nur Eins sagen: Es ist jammerschade, daß Herr von Gruber den Krieg nicht an der Front erlebt, sondern nur von seiner Münchener Studierstube aus. Er könnte, glaube ich, in überraschend kurzer Zeit von seiner Furcht vor dem ewigen Frieden geheilt werden, wenn er auch nur ein paar Tage im Granatenregen oder im Trommelfeuer verbrächte und von dieser Stelle aus die notwendige Anregung zur Revision seiner Ansichten empfinge, die ihm sein Denken nicht zu geben vermag.

An dieses Präludium schließt sich dann das große Annexionsprogramm des alldeutschen Professors. Es lautet:

1. Der Friede muß uns eine Kriegsentschädigung in Gold, Nahrungsmitteln, Produktionsmitteln, Schiffen bringen, welche die furchtbare Last der Kosten dieses uns böswillig aufgedrängten Krieges auf unsere Feinde überwälzt und uns in den Stand setzt, mit dem Wiederaufbau unserer zerstörten Wirtschaft unverzüglich zu beginnen.

2. Er muß uns starke Grenzen in Ost und West verschaffen, die unsere Machtstellung auf dem europäischen Festlande zu einer unerschütterlichen machen.

3. Er muß uns hier Siedlungsland gewähren, damit wir die Grundmauer dauernden völkischen Gedeihens, unseren Bauernstand, verbreitern und verstärken können.

4. Er muß uns ein großes Kolonialreich bringen, das uns die Möglichkeit der wirtschaftlichen Selbstversorgung eröffnet.

5. Er muß uns jene Macht zur See verschaffen, welche die angelsächsische Weltmacht zwingt, unsere Wirtschaft ungestört zu lassen, unseren Lebensraum zu meiden.

An erster Stelle in diesem Programm steht die Notwendigkeit einer Kriegsentschädigung. Die Frage hat seit Beginn des Krieges verschiedene Stadien durchlaufen. In der ersten Zeit traf man kaum jemanden, der eine Kriegsentschädigung nicht für sicher und selbstverständlich gehalten hätte. Mit der längeren Dauer

---

Volk), auch wenn es jetzt durchgreifend gesiegt haben wird, in der Flanke; ein Feind, dessen rasend wachsende Furchtbarkeit — soll wahrscheinlich heißen „Fruchtbarkeit" — vor dem Kriege nur wenige Tieferblickende erkannt haben: Rußland mit seiner überquellenden Volksmenge und seinen unerschöpflichen Bodenschätzen. . . . In wenigen Jahrzehnten wird der Rückschlag der Niederlage auch wirtschaftlich überwunden, Rußland zu einem neuen Versuche, uns zu überrennen und an den Atlantischen Ozean und damit zur Weltherrschaft zu gelangen bereit sein." — Man sieht, in dem von Gruber'schen Gehirn spielen die Zeiträume keine Rolle. In der Lehmann'schen Broschüre sieht er den nächsten Krieg erst in Jahrhunderten, in dem Aufsatz über Siedlungsreform ist der Krieg mit Rußland schon in wenigen Jahrzehnten da.

des Krieges wurden die Stimmen, die nach Kriegsentschädigung riefen, immer seltener, immer hoffnungsloser, und heute sind sie fast ganz verstummt. Woher kommt diese Wandlung? Ich glaube: daher, daß die am Kriege beteiligten Völker immer ärmer werden, denn der Krieg frißt ihren Reichtum auf, und seine Fortführung zum Zwecke der Erlangung einer Kriegsentschädigung wird zu einem die Kosten nicht mehr deckenden Unternehmen. Die Entschädigungsaussichten werden daher immer geringer, je höher die Kriegsschulden steigen und je mehr die Zahlungskraft der Kriegführenden abnimmt. Das gilt von Geld in der gleichen Weise wie von Gütern. Mit dieser Erkenntnis hat sich die Frage der Kriegsentschädigung gewandelt, wenigstens in den Köpfen derjenigen, die über die intellektuelle Fähigkeit verfügen, diesen Vorgang zu begreifen. Trotzdem wird sie in den Zeitungen noch gelegentlich ohne Rücksicht darauf erörtert.

Besonders kluge Leute haben sogar davor gewarnt, daß unsere Unterhändler beim Friedensschluß den Fehler begehen, eine Geldentschädigung zu stipulieren; denn das könnte, wie 1873, eine Überspekulation mit nachherigem Krach zur Folge haben. Man solle daher lieber auf Rohstoffen sowie auf Fabrikaten bestehen. So haben z. B. Friedrich Prinz zu Löwenstein und Carl Riedt in einer Denkschrift folgendes ausgeführt: „Die Sieger in dem großen Kampfe, also die Zentralmächte, werden in das Friedensinstrument die Bedingung einsetzen: Wir verlangen einen Teil der Kriegsentschädigung in Rohware, und zwar sofort, ehe sich nämlich die anderen versorgt haben. Der Sieger ißt zuerst. In dieser Art und Weise der Zahlung müßte England Zinn und Wolle abgeben, von seinen Kolonien wie Kanada Kupfer, Nickel, Kobalt und Gefrierfleisch, aus den sonstigen Kolonien Jute, Leder, Fette und Öle, Rohgummi, Reis, Tee, Kakao usw., von Südafrika Gold und aus Ägypten, falls es unter englischer Herrschaft bliebe, Baumwolle. Frankreich hätte Olivenöl, Sämereien, ätherische Öle und Wein, Phosphate und Kork aus Algier nebst den Produkten seiner Kolonien abzuliefern, Italien Gemüse, Schwefel, Rohseide, Hanf und Öl, Rußland Weizen, Gerste, Flachs, Ölkuchen, Leder, Eier, Platin und Wismut. Dies Verfahren ist fortzusetzen, bis die ganze Kriegsentschädigung, soweit sie nicht im Wege der Barwegfertigung entrichtet werden muß, bezahlt wird."

Damit der Humor nicht fehle, ist von einer Seite auch der Vorschlag gemacht worden, daß wir auch für die uns während des Krieges zugefügten Verbalinjurien Kriegsentschädigung verlangen müßten, namentlich für die Schimpfworte, wie boches, Hunnen, Barbaren, die bisher ungestraft von den feindlichen Völkern gebraucht wurden. Der Urheber dieses Vorschlages, der im „Reichsboten" der Welt bekanntgegeben wurde, ein Dr. Zeitschel, hat es leider versäumt, Maßstab und Art dieser Entschädigung näher zu bestimmen.

* * *

Den eigentlichen Zentralpunkt des Gruberschen Programms aber bildet die Annexion fremder Gebiete. Sie reicht über die bloße Entschädigung weit hinaus. Es ist das Raum-Ausdehnungs-Problem, das hier in einer Weise behandelt wird, die den schärfsten Widerspruch herausfordert. Es soll aber nicht verschwiegen werden, daß es unvollständig geblieben ist aus Gründen, die aus der Schrift nicht hervorgehen. Denn die Annexionspläne lassen die Vereinigten Staaten, Japan und Italien völlig ungeschoren. Sie erwecken den Eindruck der Ungleichheit, indem sie den einen nehmen, was sie den anderen lassen.

An erster Stelle stehen die Annexionen im Osten.

Gruber will zunächst Kurland und Litauen zum Deutschen Reiche schlagen, und wenn irgend möglich auch Livland und Estland dazu gewinnen.

Diese Erwerbungen sollen aus vier Gründen notwendig sein, die wir im folgenden übersichtlich zusammenstellen.

1. Zum Schutz unserer östlichen Grenzen oder, wie er sich ausdrückt, „als Damm gegen die ungeheuer rasch anschwellenden, in ihren Bewegungen unberechenbaren Völkerfluten Rußlands" (Rußland hatte vor dem Kriege etwa 176 Millionen Menschen).

2. Um es unmöglich zu machen, daß die Ostsee zu einem russisch-englischen Meer wird.

3. Damit wir in einem künftigen Weltkrieg vor Aushungerung geschützt sind.

4. Um Siedlungsland zur Vergrößerung unseres Bauernstandes zu gewinnen.

Alle diese Gründe sind, wie sich leicht nachweisen läßt, hinfällig.

Was zunächst den ersten anbetrifft, so ist die Vorstellung, daß die Annexion der Ostseeprovinzen für uns einen militärischen Schutz in einem kommenden Kriege bedeute, eine Illusion. Sie würden ebensowenig Schutz bieten können, wie es Ostpreußen in diesem Kriege bot. Unterstellen wir aber dessenungeachtet diese unhaltbare Vorstellung als richtig, dann ist immer noch nicht einzusehen, wie die oben genannten Gebiete, die doch nur einen relativ kleinen Teil unserer Ostgrenze bilden würden, absperrend wirken sollten. Die Grenze würde wohl hinausgeschoben, eine erhöhte Sicherheit auf der ganzen Grenzlinie aber nicht erreicht sein. Die „Schutz"-vorstellung ist eben verfehlt. Ein Staat kann seine Grenzen nicht dadurch sichern, daß er dem Nachbarstaat stammverwandte Gebiete wegnimmt und angliedert. Es sei denn, daß sie von der Natur besonders geschützt seien, wie das etwa bei der Schweiz der Fall ist. Das Beispiel Elsaß-Lothringens sollte als Warnung dienen.

Prinzipiell ist die Sicherungsfrage überhaupt keine Land-, sondern eine Rechtsfrage. Die Gewährleistung der Sicherheit eines Staates ist — von der genannten Ausnahme abgesehen — kein territoriales Problem. Denn dauernde Sicherheit läßt sich nicht durch Gebietserweiterungen oder Grenzregulierungen erwirken, sie ist nur möglich durch eine Änderung in der juristischen Organisation

der Nationen. Sie in etwas anderem sehen, heißt ihre Natur verkennen.

Der Gedanke, durch die Annexion der genannten Gebiete die Beherrschung der Ostsee durch England oder Rußland zu verhüten, kann kurz behandelt werden. Er ist gleich zu achten einem Versuch mit untauglichen Mitteln. Für die Zeit des Friedens ist die Frage ohne Bedeutung und für die des Krieges durch Annexionen nicht zu lösen.

Der dritte Grund, die Gefahr einer Aushungerung in einem künftigen Weltkrieg, hängt in ihren Voraussetzungen von zweierlei ab, einmal davon, ob der Zustand der Welt nach diesem Kriege noch auf denselben kriegsverursachenden Grundlagen ruhen wird (was wir verneinen), und dann davon, welche Stellung man zur Ernährungsfrage einnimmt.

Was den ersten Punkt anbetrifft, so glaubt von Gruber nicht, daß diesem Kriege größere Friedenssicherung folgen wird. Zu dem revolutionierten Rußland hat er noch weniger Vertrauen als zu dem alten. Es wird den Frieden nicht vertragen können. „Das sozialistische oder kommunistische Friedensreich, das viele Schwärmer erhoffen, ist unmöglich, selbst wenn es anderwärts möglich wäre, würde es in Rußland mit seiner analphabetischen Masse nicht lebensfähig sein." [1])

Es wäre leichtfertig, über die Entwicklung der Dinge in Rußland etwas zu prophezeien. Der Gedanke aber, daß nach diesem entsetzlichen und wahnsinnigen Kriege eine andere Friedenssicherung als bisher geschaffen werden müsse, ist so übermächtig, ist so sehr in der ganzen Welt, bei allen Völkern verbreitet, daß sein siegreiches Fortschreiten wohl durch das Schicksal der russischen Revolution beschleunigt oder aufgehalten, aber nicht verhindert werden kann. Nach der deutschen Antwort an den Papst ist es kaum möglich, daran noch zu zweifeln.

Was den zweiten Punkt anbetrifft, so sollte man billigerweise meinen, daß von Gruber der Ansicht ist, Deutschland könne auch in diesem Kriege nicht ausgehungert werden. Nur unter der Voraussetzung, daß er die gegenteilige Auffassung vertritt, würde seine Behauptung von Bedeutung für seine Beweisführung sein. Im übrigen aber kann ihm zugestanden werden, daß eine Gebietserweiterung im Osten die Nahrungsmittelmenge, die uns in einem künftigen Kriege zur Verfügung steht, vergrößern würde. Dafür würde jede Annexion im Westen die Schwierigkeit der Selbstversorgung entsprechend steigern.

Schließlich bleibt noch der Wunsch, die neuen Gebiete als Siedlungsland zu benutzen, um das deutsche Mutterland von seiner überschüssigen Bevölkerung zu entlasten. Dr. Keup hat über diese Siedlungsmöglichkeit auch statistisches Material beigebracht, von dem er

[1]) Der zweite Teil des Satzes ist in der neuesten Auflage unterdrückt.

selbst sagt, daß es auf reinen Schätzungen beruht, und daß für längere Zeiträume die Verdichtungsmöglichkeiten der ansiedelbaren Bevölkerung zahlenmäßig feststellen zu wollen, unmöglich sei. Nun muß man allerdings darüber erstaunen, daß wir nach den ungeheuren Menschenverlusten dieses Krieges uns noch Raum suchen sollen, um Menschen anzusiedeln. Unsere nächste Sorge nach diesem Aderlaß wird wohl kaum darauf gerichtet sein können, Land zur Unterbringung von Menschen zu beschaffen, die uns selbst fehlen, sondern darauf, mehr Menschen zu bekommen, um den bereits bei uns vorhandenen Boden genügend bewirtschaften zu können. Wir brauchen Arbeitskräfte zu Hause nötiger als draußen, um alles wieder in Ordnung zu bringen, was durch den Krieg zerstört oder in der Ausführung hinausgeschoben wurde. Die Sache liegt also gerade umgekehrt. Aber Dr. Keup will nicht nur die Deutschen aus Deutschland, sondern aus aller Welt, aus Galizien, der Bukowina, der Dobrudscha, aus Skandinavien, der Schweiz und den überseeischen Ländern heranziehen, um sie in diesem großen Reservoir anzusiedeln. Es verbindet sich hier mit der Ansiedlungsidee ein pangermanischer Gedanke, bei dem nur die Frage offen bleibt, inwieweit die Deutschen in anderen Ländern geneigt sein werden, ihn zu realisieren.

Die nächsten Aufgaben unserer inneren Politik auf dem Gebiete des Siedlungswesens liegen ganz wo anders als in der Eroberung neuer Landgebiete. Die Annexionisten übersehen meist völlig, daß die ungenügende Besitzverteilung im Osten die Schuld daran trägt, daß wir nicht mehr Bauern haben, und nicht die Produktionserträge erzielen, die wir haben würden, wenn an Stelle des dort vorhandenen Großgrundbesitzes Hunderttausende blühender Bauernwirtschaften geschaffen würden. Unsere Rentengutsgesetzgebung bedeutet erst den Anfang der Korrektur dieser Verhältnisse.

Es steht zu befürchten, daß durch eine Annexion der russischen Ostseeprovinzen die innere Kolonisation im deutschen Osten völlig ins Stocken geraten würde. Die ganze kolonisatorische Kraft würde sich den eroberten Provinzen zuwenden, und die Großgrundbesitzer der alten Gebiete würden diese Wendung der Dinge, die ihre Güter vor Verkleinerung schützt, sicherlich nicht ungern sehen. Große Massen ausländischer Arbeiter würden weiter notwendig sein, um die fehlenden heimischen Arbeitskräfte zu ersetzen. Man sieht daraus, wohin diese nationale Expansionspolitik letzten Endes führt. Aus diesem Grunde ist sie für den Osten abzulehnen.

* * *

Aber auch für den Westen würden Annexionen uns nicht nützen, sondern zum Schaden gereichen.

Sehen wir uns zunächst die Forderungen an. Von Frankreich verlangt Professor von Gruber mindestens das Erzbecken von Briey und Longwy. „Es gehört ebenso zu unserem militärischen Schutz wie zu unserer Kriegskostenentschädigung." Der Angliederung wird in der ganzen alldeutschen Literatur aus militärisch-strategischen

und wirtschaftlichen Gründen ein ungeheurer Wert beigemessen. „Wir dürfen das Erzbecken von Longwy und Briey nicht wieder herausgeben, weil wir in einem neuen Kriege unmöglich in 24 Stunden wieder in Longwy und in vier Tagen in Lüttich sein werden. . . . Den Staatsmann, der aus diesem Kriege ohne Longwy und Briey zurückkommt, ohne daß Belgien in unserer Hand bleibt, die flandrische Küste dem englischen Machtbereich entzogen ist und die Maaslinie unseren Interessen gerecht wird, würde die Geschichte den Totengräber deutscher Macht nennen." [1])

Nun läßt sich aber ohne Schwierigkeit aus der Produktions- und Handelsstatistik nachweisen, daß das Übertreibungen sind, ja noch mehr: daß ein Lebensinteresse Deutschlands mit der Gewinnung französischen Industriegebiets gar nicht verknüpft ist. Es gilt dies zunächst für die Kohle. Wir hatten vor dem Kriege einen bedeutenden Kohlenüberschuß, der an das Ausland abfloß und der beispielsweise nach Frankreich und Belgien so groß war, daß infolge der niedrigen Exportpreise des Syndikats die Bergarbeiterlöhne in den französischen und belgischen Gebieten gedrückt wurden und die französischen und belgischen Bergarbeiter wiederholt dem internationalen Bergarbeiterkomitee Vorstellungen machten, dieser Massenausfuhr entgegenzutreten. Es ist daher eine durch nichts gerechtfertigte Auffassung, eine Annexion französischen Industriegebietes durch die Notwendigkeit eines Mehrbesitzes von Kohlen rechtfertigen zu wollen. Wir haben Kohlen genug.

Privatdozent Dr. Goßner, der auch einen Beitrag in der genannten Flugschrift bringt, hat berechnet, daß Frankreich von seiner Friedensförderung von 41,3 Millionen Tonnen Kohlen nach Abtretung des Kohlengebiets 28 Millionen verlieren, also nur 13,3 Millionen behalten würde. Die Vorräte an Kohlen würden sogar von 17,6 auf 4,8 Milliarden Tonnen reduziert werden! Nach diesen Zahlen würde für Frankreich der Verlust dieser Gebiete tatsächlich eine Lebensfrage sein und ungefähr dasselbe bedeuten, wie wenn uns das ganze rheinisch-westfälische Kohlenrevier genommen würde, während wir, wie gesagt, mehr Kohlen überhaupt nicht brauchen, sondern unseren Bedarf selbst decken und nach Abzug des Imports noch einen Exportüberschuß behalten.

Aber auch die Erze von Longwy-Briey sind für Deutschland keine Lebensnotwendigkeit. Wir können bequem ohne sie auskommen. Allerdings genügt der heimische Erzvorrat der Befriedigung unserer Hochöfen nicht. Unsere Hüttenindustrie verbrauchte vor dem Kriege (1912) 42,5 Millionen Tonnen Eisenerze. [2]) Im Jahre 1913 stammten 14,0—2,6 = 11,4 Millionen Tonnen aus dem Auslande. Diese 11½ Millionen aber waren fast durchweg edle

[1]) Fuhrmann im preußischen Abgeordnetenhause am 21. Februar 1917.

[2]) Diese und die folgenden Zahlen sind dem Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich, Berlin 1915, entnommen.

Erze, die aus Schweden und Spanien hereinkamen, d. h. Erze mit über 60 Prozent Eisen. Solch hochwertiges Material hat das Erzbecken von Longwy-Briey nicht, es enthält sogenannte Minette mit einem Eisengehalt von nur 30 bis 33 Prozent. Von unserem gesamten Import entfielen auf dieses Gebiet nur 2,9 Millionen Tonnen, die, zu Roheisen verarbeitet, kaum eine Million Tonnen darstellen. Das ist ein so geringer Teil unserer 19 Millionen Tonnen betragenden Roheisenproduktion, daß es unmöglich ist, die Annexion von Longwy-Briey mit einem so geringen Quantum zu rechtfertigen. Der ganze Import an Eisenerzen beruht schließlich nicht auf Notwendigkeiten der heimischen Bedarfsdeckung, denn unsere Eisenindustrie würde, wenn sie nur den heimischen Markt mit Halb- und Ganzfabrikaten versorgte, des Erzes aus dem Auslande überhaupt nicht bedürfen (vielleicht von gewissen Spezialitäten wie Manganerzen abgesehen). Nicht Mangel an Erzen, sondern Mangel an Absatz ist der wunde Punkt. Eine Angliederung des französischen Erzgebiets würde diese Schwierigkeit aber keineswegs beseitigen. [1])

Für Frankreich freilich würde die Abtretung des Beckens eine seiner industriellen Sehnen zerschneiden. Würde es doch von einer Eisenerzförderung in Höhe von 14,61 Millionen Tonnen 10,70 Millionen verlieren, also nur knapp 4 Millionen Tonnen behalten. Noch stärker würde der Verlust in den Vorräten in die Erscheinung treten. Diese würde sich von 3300 auf 300 Millionen vermindern, d. h. nur noch den elften Teil von früher betragen.

Die Aufstellung solcher Kriegsziele, wenn sie ernst genommen würde, müßte die Franzosen dazu zwingen, einen Kampf der Verzweiflung bis ans bittere Ende zu führen, nur um solches Unheil von sich und ihrem Lande abzuwehren. Darum kümmern sich aber die Verfasser der Broschüre nicht. Entweder sind sie unfähig, solche Wirkungen zu sehen, oder sie sind ihnen gleichgültig. Daß zudem auch das Bekenntnis zu solchen Raubgelüsten allen denen hoch willkommen sein muß, die jetzt die ganze Welt dauernd gegen Deutschland als den gemeinsamen Feind aller zusammenschließen wollen, scheint die Herren, die solche Berechnungen veröffentlichen, ebenfalls nicht im geringsten zu stören.

Herr v. Gruber glaubt, daß Frankreich, wenn es recht geschwächt sei, sich in die Lage finden und seine Rachegedanken aufgeben werde. Ich glaube nicht, daß man sich auch nur einen einzigen Franzosen denken kann, der eine solche Verstümmelung des französischen Territoriums geduldig ertragen würde, es sei denn, daß jenseits der schwarz-weiß-roten Pfähle Menschen mit anderem Fleisch und Blut wohnen als bei uns. Wir kommen auf diesen psychologischen Faktor bei Besprechung der Folgen zurück, die die Verwirklichung des Annexionsprogramms notwendigerweise politisch nach sich ziehen muß; aber schon jetzt sei darauf hingewiesen, wie aufreizend alle

[1]) Näheres im Anhang von Hue.

solche Projekte im Auslande wirken müssen, die nur zu leicht nicht für den Ausdruck der Willensmeinung einer kleinen Gruppe, sondern in unzulässiger Verallgemeinerung für den des ganzen Volkes gehalten werden.

* * *

Das am meisten begehrte Objekt ist Belgien. Es ist nach der annexionistischen Theorie von Grubers unentbehrlich, „daß wir Belgien, wenigstens den größten Teil seines Gebiets, militärisch, politisch und wirtschaftlich in der Hand behalten". „Wir brauchen es", erklärt von Gruber, „als Schutz gegen einen Angriff von Frankreich her; wir brauchen es noch notwendiger wegen der flandrischen Küste. Nur wenn wir die flandrische Küste besitzen, sind wir imstande, unsere Seegeltung gegen England durchzusetzen! Daß wir dabei einem ruhmvollen germanischen Volksstamm zu neuem nationalen Aufleben verhelfen können, erhöht den Wert der Schutzherrschaft für uns. Wenn irgend möglich, sollten wir auch den nördlichen Teil des Pas de Calais mit Dünkirchen, Kales (Calais) und Boonen (Boulogne) dazu gewinnen und zu Flamland schlagen, um die Möglichkeit der Untermeer-Verbindung von England und Frankreich durch einen Tunnel auszuschließen." Bei solchen Gedankengängen sprechen in erster Linie militärische Interessen und in zweiter die Forderungen der Schwerindustrie Deutschlands mit. Die Nichtherausgabe Belgiens erscheint daher den Vertretern dieser Gruppen so wichtig, daß ihnen die Nichterfüllung dieser Forderung einer Niederlage gleichkommt. „Wenn wir Belgien herausgeben", erklärte der Vorsitzende des Zentralverbandes Deutscher Industrieller Landrat a. D. Rötger auf der letzten Generalversammlung des Bundes der Landwirte (Januar 1917), „dann haben wir den Krieg verloren!" Auch der Fürst zu Salm-Horstmar, einer jener Parlamentarier, von denen Theodor Wolff in seiner sarkastischen Art einmal gesagt hat, daß er als Fürst von Geburt mit jener Weisheit behaftet sei, die bei uns im 20. Jahrhundert so oft zur Übernahme der wichtigsten Ämter und zur Lösung der schwierigsten politischen Aufgaben genügt, hat erklärt, „daß wir den Krieg verloren haben werden, wenn wir nicht als Siegespreis auch die Herrschaft über die flandrische Küste" heimbringen werden.

Aber der Hauptgrund der Annexionisten scheint mir auch hier wieder mehr kriegspolitischer als rein wirtschaftlicher Natur zu sein. So schreibt der Herausgeber der Flugschrift im Vorwort: „Bleibt Belgien belgisch, d. h. unter französisch-englischem Einfluß, so bildet es in einem künftigen Krieg das Aufmarschgebiet der französischen und englischen Heere, und der Krieg wird anstatt an der Marne am Rhein geführt werden; wir werden also schon durch die Kriegführung an und für sich der rheinischen Industrie, derzeit unserer Hauptwaffenschmiede, zum großen Teil beraubt."

Aber die Gründe, die gegen eine Annexion Belgiens sprechen, wiegen weit schwerer als alles, was von den Annexionisten für sie angeführt werden kann. Wir schalten dabei

vollständig die Gründe aus, die auf dem Gebiete des Rechts und der Moral liegen. Nicht etwa deshalb, weil sie uns nebensächlich erscheinen, sie dürften für jeden, der nicht den nackten Machtstandpunkt vertritt, ausschlaggebend sein, sondern deshalb, weil die Zeit jetzt noch nicht gekommen ist, sie in Deutschland öffentlich zu erörtern. Wir beschränken uns daher auf diejenigen Momente, die eine Angliederung Belgiens an das Deutsche Reich für dieses national und sozial geradezu verhängnisvoll gestalten müssen.

Durch die Einverleibung Belgiens würde der nationale Charakter Deutschlands in hohem Maße geschwächt werden. Die Aufnahme von Millionen einer andersgearteten, andersprechenden und uns feindlich gesinnten Bevölkerung wäre ein Fremdkörper im deutschen Fleisch. Deutschland würde, wenn dieses Angliederungsprogramm wirklich durchführbar wäre, aus einem Nationalstaat ein Nationalitätenstaat werden, in welchem die Opposition die nationalen Lebensinteressen fortwährend stören und gefährden müßte. Was der polnische Volksteil bisher im Rahmen des preußischen Staats, das würde in Zukunft der belgische im Rahmen des Reichs sein. Fürst Bismarck hat im 30. Kapitel seiner „Gedanken und Erinnerungen" geschrieben: „Die Achtung vor den Rechten anderer Staaten wird dem Deutschen Reiche und seiner Politik erleichtert durch die verdienstlose Tatsache, daß wir eine Vergrößerung unseres unmittelbaren Gebietes nicht brauchen, auch nicht herstellen könnten, ohne die zentrifugalen Elemente im eigenen Gebiete zu stärken." Er war also der Meinung, daß die Einverleibung fremder selbständiger Völker die Einigkeit des deutschen Volkes zerstören und damit statt zur Stärkung zur Schwächung des Deutschen Reiches führen würde.

Aber wir können, pflegt man zu betonen, das Land, das unsere Heere mit ihrem Blut erkauft haben, doch nicht wieder verlieren. Die Blutopfer wären umsonst gebracht, wenn Belgien wieder herausgegeben würde. Dieses Argument ist leicht zu widerlegen. Hier werden zwei Dinge miteinander verglichen, für die jeder Vergleichsmaßstab fehlt. Blut und Land sind inkommensurabel. Das Leben unserer Krieger steht höher als aller Land- und Gütererwerb der Welt. Keiner würde sein Leben dafür lassen, daß das Deutsche Reich eine bestimmte Anzahl Quadratmeter größer wird als früher. Kein noch so großer Gewinn an Land wäre für all den Jammer und das Elend, das der Krieg gebracht hat, ein genügendes Kompensationsobjekt. Oder will jemand berechnen, wieviel noch zu tötende Menschen uns der Besitz Elsaß-Lothringens wert wäre? Niemand kann diese beiden Größen miteinander vergleichen. Wenn die Expansionisten die Theorie des Krieges auf den Raumgewinn mit der Größe und nach Maßgabe des Menschenverlustes begründen, dann begehen sie denselben Fehler, den man logisch immer begeht, wenn man Dinge, die nicht zusammengehören, miteinander verbindet, d. h. Unvergleichbares gegeneinander stellt.

Befriedigung würde das schließliche Resultat des Krieges in Anbetracht der gebrachten Opfer auch dann nicht gewähren, wenn die Träume aller Annexionisten sich restlos erfüllten. Das einzige, was

mit dem Geschehenen wenn auch nicht aussöhnen, so doch es erträglicher machen kann, ist die bessere Sicherung der Zukunft, der größere Schutz vor einem Weltbrande dieser Art, die Unmöglichkeit, in Zukunft Millionen von Menschen zu schlachten aus Anlaß von Bagatellen.

Man wird auch nicht übersehen dürfen, daß die Annexion Belgiens die Niederzwingung Englands zur Voraussetzung hat. Das Mittel dazu soll der U-Bootkrieg sein, in der Weise, wie er seit dem 1. Februar 1917 geführt wird. Dieses Thema kann hier nicht weiter verfolgt werden, aber wir fragen: Wie lange wird der Krieg dauern, bis das Ziel erreicht ist, das Professor von Gruber davon erhofft, daß wir England hungern lassen wollen, wie es uns hungern ließ? Mit ein wenig mehr Blick in die Dinge läßt sich leicht erkennen, daß England ebenso schwer auszuhungern ist, wie ein in geographischer Beziehung in viel schwierigerer Lage befindlicher Kontinentalstaat wie Deutschland. Trotz des verschärften U-Bootkrieges hält das Inselreich die Verbindung mit den anderen Ländern aufrecht. Trotz seiner geringeren Eigenproduktion an Nahrungsmitteln befindet es sich noch jetzt infolge der Unmöglichkeit der Unterbindung der Zufuhren in wesentlich günstigerer Situation als Deutschland. Das sind keine Aussichten, die darauf schließen lassen, daß der Wunsch des Münchener Professors bald in Erfüllung geht.

Aber nehmen wir an, er ginge in Erfüllung. Dann würden neue Schwierigkeiten auftauchen, von denen von Gruber überhaupt nicht spricht, die er vielleicht auch gar nicht sehen will. Eine Bevölkerung wie die belgische würde sich nur durch Zwang in den Staatskörper des Deutschen Reiches einfügen lassen. Es sind auch schon Stimmen laut geworden, die fordern, daß die belgische Bevölkerung ihrer politischen Rechte beraubt werde, denn sonst würde sie sich nicht in Schach halten lassen. Damit wäre dann der schwerste Fehler getan, den ein Staat überhaupt machen kann. Niemals hat eine Nation davon Vorteile gehabt, daß sie Gewaltmaßregeln gegen einen Teil ihrer Untertanen anwandte. Aber diese Maßregeln liegen hier in der Logik des ganzen Systems.

Um die auf Vernichtung der Selbständigkeit des belgischen Staats gerichteten Gründe zu verstehen, müssen wir uns klarmachen, daß der Forderung einer Annexion Belgiens eine Theorie zugrunde liegt, die bei uns von den meisten Historikern und zahlreichen Politikern vertreten wird. Es ist die in dem Übergewicht des militärischen Machtstaats wurzelnde Auffassung, daß der Großstaat eine höhere Form der Staatsbildung sei, der Kleinstaat aber etwas schlechthin Rückständiges. Danach haben kleine Staaten eigentlich keine Existenzberechtigung, sie müssen früher oder später verschwinden, indem sie in größeren politischen Zusammenhängen aufgehen, ohne daß ihr Untergang zu beklagen wäre. Jedes Ereignis, das diesen Prozeß beschleunige, sei zu begrüßen. Die historische Entwicklung dränge auf die Bildung großer Staatskörper hinaus. Nur der Großstaat könne Großes erzeugen. Es ist die Auffassung, die die Staaten in Parallele setzt mit den wirtschaftlichen Unternehmungen,

die als Kleinbetriebe wenig leisten und erst bei einem bestimmten Aufwand an Kapital als Großbetriebe den Markt beherrschen und größeren Profit abwerfen, als ihre kleineren Konkurrenten. Die kleinen Staaten, die weder über wirtschaftliche noch militärische Machtmittel verfügen, haben nach dieser Auffassung auch keine Geschichte. Sie sind in ihrem materiellen wie in ihrem geistigen Leben nur Reflexe der Großen, oder wie ein Historiker es ausgedrückt hat: Die Seele der kleinen Staaten kann nur ein Echo der großen Gemüts- und Geistesbewegungen sein, welche der tägliche Umschwung der sozialen und politischen Maschine in großen mächtigen Nationen fast automatisch auslöst.

Es ist hier nicht der Ort, zu dieser Lehre, die Glück und Fortschritt der Menschen von der Größe des Staates abhängig macht, dem sie zugehören, Stellung zu nehmen. Historisch hat sich diese Ansicht bei uns aus der noch nicht allzu weit zurückliegenden Zeit der Kleinstaaterei entwickelt, die unsere Verhältnisse bis zur Gründung des Deutschen Reichs diskreditierte. In den Nationen, die schon im 16. und 17. Jahrhundert dieses historische Stadium überwanden und zu größeren nationalen Einheiten wurden, ist naturgemäß die Stellung eine andere. Hier erscheint das Urteil nicht mehr traditionell belastet. Daher findet man z. B. in England und Frankreich eine ganz andere, höhere Auffassung von dem Werte kleinerer Staaten. Die Schweiz, Belgien, Holland, Dänemark stehen, von dort aus gesehen, weder materiell noch geistig hinter den ersten Militärstaaten der Welt zurück, in verschiedenen Einrichtungen übertreffen sie diese sogar.

Unter dieser Verschiedenheit der Auffassung leidet die Behandlung vornehmlich der belgischen Frage. Unsere Annexionisten lassen Belgien als Staatswesen mit eigenem Daseinszweck überhaupt nicht gelten, und diese Auffassung bildet ein wichtiges Element in der Begründung ihrer Annexionsabsichten. „Was über die Wiederherstellung des belgischen Staates geredet wird", erklärt Graf Reventlow in Konsequenz dieser Auffassung, „hat uns nicht zu kümmern. Der belgische Staat ist ein künstliches und ungesundes Gebilde in sich, hat wahrlich genügend gezeigt, daß er auch vor diesem Kriege nicht die Garantien geben konnte, deren Leistung die Voraussetzung seiner Existenzberechtigung war. Eine belgische Nation hat es nie gegeben und gibt es nicht." Das sind die wahrhaft erschreckenden Vorstellungen, zu denen eine nach reinen Machtinstinkten ausgerichtete und dazu noch unpsychologische Staatsauffassung kommen muß.

* * *

Den Schlußstein des Gruberschen Annexionsprogramms bildet der Erwerb eines riesigen Kolonialreichs. Zwar hat Deutschland während des Krieges seine Kolonien durch feindliche Eroberungen verloren. Aber die Sache ist sehr einfach: sie werden ohne weiteres wieder in Besitz genommen. Außerdem sollen folgende Kolonialgebiete Deutschland untertan werden:

1. der belgische Kongo, der uns gleichzeitig mit Belgien zufällt;
2. die portugiesischen Kolonien in Afrika (Angola, Mozambique usw.);
3. die französischen Besitzungen in Mittelafrika (Äquatorialafrika, Saharagebiet und Französisch-Somaliland);
4. die englischen Kolonialgebiete in Afrika (Englisch-Somaliland, Englisch-Ostafrika, Uganda, Nyassaland und Sansibar);
5. eine Anzahl von Inseln, nämlich die Azoren, Madeira und die Kapverdischen Inseln, San Thomas und Principes, damit, wie von Gruber tiefsinnig bemerkt, uns der Weg zu unserem afrikanischen Kolonialbesitz dauernd und umfangreicher offensteht.
6. Ägypten und der Sudan sollen der Pforte zufallen.
7. Die Aktien des Suezkanals sollen in den Besitz der Mittelmächte übergehen.
8. Malta, Cypern, Aden, Perim, Sokotra und Kuweit sollen ebenfalls in die Hände der Zentralmächte kommen.
9. Gibraltar muß deutsch werden oder es fällt an Spanien zurück und wird neutralisiert.
10. Französisch-Marokko mit Tanger und Tunis muß unter deutsche Leitung kommen.
11. Oesterreich-Ungarn muß um die Walachei, ein Drittel Serbiens, um Montenegro und Albanien vergrößert werden und in Valona einen starken Kriegshafen erhalten.
12. Bulgarien erhält zwei Drittel von Serbien, die Dobrudscha und die Teile der mazedonischen Küste, die es im Bukarester Frieden verlor.

So entsteht ein riesiges Wirtschaftsreich, dessen Größe auf eine ganze Reihe anderer Staaten eine zentripetale Kraft ausüben muß. Von Gruber hofft daher, daß sich auch Abessinien anschließen wird, ferner die Niederlande, die Schweiz und Spanien. Auch ein selbständig gewordenes Finnland würde nicht fernbleiben, da es auf Deutschlands Hilfe Rußland gegenüber angewiesen ist. Dänemark, Schweden und Norwegen würden es wohl auch für vorteilhaft halten, dem großen Bunde der Zentralmächte beizutreten, sobald sie eingesehen haben, daß der Überlandverkehr nach Rußland mit dem Schiffsverkehr auf der Ostsee im Frieden nicht in Wettbewerb treten kann. Selbst Frankreich wird, wenn es eine gewisse Hungerkur durchgemacht hat, die Vorteile eines Anschlusses einsehen und nicht länger fernbleiben.

Die Naivität dieser Zukunftsbilder kann kaum überboten werden. Es wird eine Politik empfohlen, die uns in der ganzen Welt verhaßt machen muß, und dann soll dieses gewaltätige Deutschland nach Sättigung seiner Raubgier weithin seine Anziehungskraft betätigen. Den Gipfelpunkt dieser Naivität bezeichnet die Rolle, die Frankreich zugedacht ist. Das Land soll gedemütigt und ausgeplündert werden (man erinnere sich an das Schicksal seiner Erz- und Kohlenlager), und dann soll es — allerdings erst nach einer Karenzzeit, weshalb nicht lieber mit Begeisterung sofort? — Anschluß an ein von Deutschland beherrschtes Staatensystem suchen!

So wird aus einer Kreuzung von krassem Dilettantismus und Machthunger ein neues Reich erzeugt, dessen größte Stärke darin liegt, daß es uns endlich vom Auslande unabhängig macht, indem es alles selbst erzeugt, was seine Bewohner bedürfen. „Durch die Schaffung des in sich geschlossenen europäisch-afrikanischen Wirtschaftsgebietes würden auch anderwärts Reibungen beseitigt werden, welche durch den Wettbewerb aller mit allen auf dem heutigen Weltmarkte geschaffen worden sind. Die Umstellung unserer Wirtschaft vom Wettbewerb in aller Welt auf das geschlossene Wirtschaftsgebiet, das erst zum Blühen gebracht werden muß, um uns Ersatz für das Aufgegebene bieten zu können, würde freilich viel Zeit erfordern, aber die langdauernde Tributpflicht unserer Feinde und die einseitige Einfuhr, auf welche die Kriegsentschädigung hinauslaufen wird, wird uns über die Übergangszeit hinweghelfen."

Sind das alles noch Gedanken, die man ernst nehmen kann, oder sind es nicht vielmehr die Phantasien eines Pangermanisten, der sich fern von den Realitäten des Lebens in seinem Kopf ein deutsches Universalreich zurechtkonstruiert, das der Verwirklichung durch den deutschen Machtfrieden harrt? Sind das nicht Traumbilder eines Mannes, der blind ist gegen die Tatsache, daß mit dem System der Selbstbedarfsdeckung Deutschland sich selbst aus dem Weltverkehr ausschalten und ökonomisch verkümmern würde, ein Ziel, das durch verschiedene handelspolitische Maßnahmen unserer Feinde während des Krieges angestrebt wird, das wir aber ein Lebensinteresse haben zu verhindern? Denn diese Form der Wirtschaft ist für uns *technisch, ökonomisch* und *finanziell* nach dem Kriege gar nicht durchzuführen; *technisch* nicht, weil wir immer eine Anzahl von Stoffen werden einführen müssen, die ein solches in sich geschlossenes Gebiet nicht erzeugt; *wirtschaftlich* nicht, weil wir dann nicht reicher, sondern ärmer dastehen und uns mit weniger würden begnügen müssen, als wenn der Weltverkehr uns aus allen Zonen das zuführt, was wir brauchen; schließlich auch *finanziell* nicht, weil die notwendige Niveauerhöhung des Wirtschaftslebens, die in jenen Gebieten, vor allem auch in der Türkei, eintreten müßte, um uns besser als vor dem Kriege zu versorgen, finanzielle Mittel erfordern würde, über die wir wenigstens vorläufig nicht verfügen. Das Lebensinteresse Deutschlands verlangt weltwirtschaftliche Freiheit. Die gewaltsame Abschnürung und Zusammenfassung in ihrer Entwicklung ganz verschiedener Gebiete kann niemals einen Ersatz, im besten Falle nur einen Notbehelf für die Vorteile bieten, die einem Land durch seine Zugehörigkeit zum Weltstaatensystem in politischer und ökonomischer Beziehung zufallen.

* * *

Aber das im Vorhergehenden entwickelte Annexionsprogramm hat außer diesem noch ein anderes Gesicht: es ist geeignet, *uns im Auslande ungemein zu schaden* und den Eindruck zu erwecken, als ob Deutschland diesen Krieg führt, nicht um sich zu verteidigen, sondern um große Teile der Welt zu erobern. Während

des Krieges war es allgemeine Gepflogenheit, daß in den Zeitungen keine Berichte über Vorgänge erschienen, deren Kenntnis die Widerstandskraft der Feinde stärken, ihren Willen, uns zu besiegen, beleben könnte. Es unterblieben deshalb auch Mitteilungen über manche harmlose Vorgänge wegen des Eindrucks, den solche in anderen Ländern möglicherweise hervorrufen könnten. Auf der anderen Seite aber sehen wir auch während des Krieges die internationalen Brunnenvergifter, die schon im Frieden diesem Kriege vorgearbeitet haben, ungestört weiter an der Arbeit. So war es möglich, daß Kurt von Strantz in einem Aufsatz „Furor Teutonicus" vom Juli 1915, also zu einer Zeit, in der Amerika noch nicht in den Weltkrieg eingegriffen hatte, die 30 Millionen Deutsche in den Vereinigten Staaten aufforderte, mit der Faust zu Deutschlands Gunsten einzugreifen und sich mit Hilfe der Iren staatlich selbständig zu machen. Diese Aufforderung zum Hochverrat mußte uns natürlich in den Vereinigten Staaten ungemein schaden. Aber diese Rücksicht vermochte ebensowenig den Verfasser dazu, sie zu unterdrücken, wie sie all das unglaubliche Zeug verhinderte, das die alldeutsche Gruppe in einer Zeit produzierte, wo jedes Wort und jeder Satz, von dem man annehmen konnte, daß er seinen Weg auch über die Grenze findet, hätte doppelt vorsichtig formuliert werden müssen.

Ganz denselben Eindruck müssen auch die oben angeführten Gruberschen Annexionsforderungen machen. Sie müssen unter den Neutralen direkt verheerend wirken. Wenn man es auch mit keiner offiziellen Meinungsäußerung zu tun hat, so wird das Ausland infolge einer Vorliebe des menschlichen Verstandes zur Verallgemeinerung sie leicht auf das ganze Volk übertragen. Sie erwecken den Eindruck, als ob sie allgemein geteilt würden, obgleich das natürlich nicht der Fall ist. Dieser Eindruck ist stark genug, um einem Verständigungsfrieden entgegenzuwirken, indem die Kampfkraft auf der Gegenseite angefeuert wird. Solche Veröffentlichungen geben den feindlichen Staaten erwünschtes Belegmaterial, daß der „Teutonische Herrschaftstraum" kein Phantasiegebilde ist, sondern auch noch in dem Deutschland des vierten Kriegsjahres blühende Wirklichkeit.

Es ist ein Verdienst von Otto Baumgarten, in einer besonderen Schrift untersucht zu haben, welche Wirkung solche alldeutschen Forderungen vor und während des Krieges in einem bestimmten Lande, nämlich in den Vereinigten Staaten, zeitigten. Er kommt in seiner Broschüre: „Das Echo der alldeutschen Bewegung in Amerika" (Jena 1917) zu erschreckenden Resultaten. Was im Oktober 1914 die „New York Nation" schrieb: „Diese Fanatiker haben Deutschland mehr Schaden getan als zehn feindliche Armeekorps", wird von ihm durchaus als richtig anerkannt. Schließlich wird nach einer Fülle von Belegen aus der alldeutschen Literatur folgendes Urteil gefällt: „So zieht sich durch alle unsere Beziehungen zu den Vereinigten Staaten die Einmischung der Alldeutschen hindurch wie ein Verhängnis. Man wird gewiß nicht zuviel sagen, wenn man das Echo der alldeutschen Bewegung in Nordamerika kurz als die Erweckung der feindseligen Stimmung gegen uns bezeichnet, auf die

sich die Machthaber stützen können, wenn sie nun den Frieden der Welt herbeizwingen wollen durch Eintritt in den Krieg an der Seite der Entente."

Wir haben im Vorhergehenden die Wünsche und Ziele der Flugschrift eingehend kennen gelernt und gefunden, daß sie nicht nur in ihrer Maßlosigkeit, sondern auch in der völligen Außerachtlassung aller mit ihrer etwaigen Verwirklichung verbundenen Konsequenzen eine geradezu ärmliche geistige Leistung darstellt, die, wenn sie als der Willensausdruck des deutschen Volkes oder auch nur eines größeren Teils desselben mißdeutet würde, dazu beitragen müßte, den Krieg ins Unendliche zu verlängern.

Es ist Imperialismus schlimmster Sorte, der jetzt sogar von Historikern aufgegeben ist, die vor dem Kriege (wie z. B. Hintze) seine entschiedensten Anhänger waren.

* * *

Wie aber würde dieser Imperialismus, wenn wir seine unmittelbaren Forderungen uns verwirklicht denken, über den Friedensschluß hinaus wirken?

Es sei gestattet, in diesem Zusammenhang zu zitieren, was einer unserer Freunde über die tolle Phantastik der Lehmannschen Broschüre schreibt:

Für die Zeit nach Friedensschluß wird es von der größten Bedeutung sein, wie sich die künftige Gruppierung der Mächte, insbesondere das Verhältnis Deutschlands zu anderen Mächten, zu seinen Bundesgenossen von heute, zu den Neutralen und zu den Gliedern der heute uns gegenüberstehenden Koalition gestaltet.

Auch wenn, wie wir hoffen, die Beziehungen der Völker nach dem Kriege von Grund aus neu geordnet werden und eine sie alle umfassende internationale Organisation ihre Beziehungen regelt, die gemeinsamen Interessen wahrnimmt und den Weltfrieden schirmt, so wird es doch unter den Mächten Interessenverschiedenheiten und Interessengemeinschaften, engere freundschaftliche Beziehungen und Gegnerschaften geben. Es wird für keine Macht gleichgültig sein, wie weit sie für die Vertretung ihrer Auffassung auf Unterstützung bei anderen Mächten rechnen kann oder ob sie sich etwa der geschlossenen Gegnerschaft eines großen Teiles aller Mächte gegenüber sieht.

Von noch weit größerer Bedeutung ist die künftige Gruppierung der Mächte, wenn man zu dem künftigen Friedensbund kein Vertrauen hegt und mit der nahen Möglichkeit neuer Konflikte rechnet.

Für die Beurteilung der Frage, ob der Friede, der diesen Krieg beendet, ein guter oder schlechter Friede sei, ist es deshalb geradezu entscheidend, welche Einwirkung er auf die Gruppierung der Mächte voraussichtlich ausüben wird. Ein Friede, der die jetzt gegen uns

im Kampfe befindliche Koalition von vier Fünfteln des Erdballs zusammenhält, ist unter allen Umständen ein schlechter Friede, ein Friede, der diese Koalition voraussichtlich zerfallen läßt und eine neue Gruppierung der Mächte ermöglicht, ein guter Friede.

Zwischen den Mächten, die jetzt gegen uns verbündet sind, bestehen starke Interessenverschiedenheiten. Es ist gar nicht daran zu denken, daß sie nach Friedensschluß als geschlossene Koalition gegen uns zusammenbleiben, wenn wir sie nicht durch unsere Haltung geradezu dazu zwingen. Man denke nur an die alten, nicht überwundenen Interessengegensätze zwischen England und Rußland, die nur durch die Gemeinsamkeit des Kampfes gegen Deutschland vorübergehend haben zurückgedrängt werden können, und sich nach Friedensschluß aufs neue geltend machen müssen. Man denke an die Schwierigkeiten, die sich in den Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Japan seit vielen Jahren gezeigt haben. Man denke an die Konkurrenz zwischen den Vereinigten Staaten, Japan, Rußland und England in Ostasien. Frankreich wird nach Friedensschluß das natürliche Bestreben haben, nicht in volle Abhängigkeit von England zu geraten, sondern ein Gegengewicht dagegen zu finden. Selbst zwischen den beiden großen angelsächsischen Mächten wird nicht nur eitel Liebe und Freundschaft herrschen, sondern manche ernste Gegnerschaft Schwierigkeiten bereiten. Wir brauchen gar nichts zu tun, um irgend welche Zerwürfnisse zwischen unseren heutigen Gegnern hervorzurufen; wir brauchen auch niemandem von ihnen nachzulaufen. Es werden sich ganz von selbst, je nach den wechselnden Interessen, neue Gruppierungen und neue Möglichkeiten des Zusammenwirkens ergeben.

Das alles aber nur, wenn die Bedingungen des Friedensschlusses nicht über diesen Krieg hinaus künstlich eine neue Interessengemeinschaft der jetzt gegen uns verbündeten Mächte schaffen.

Was tut nun der „gute" Friede, den die Herren Lehmann und Genossen dem deutschen Volke bescheren wollen? Er schmiedet unsere jetzigen Feinde für absehbare Zeit wie mit eisernen Klammern aneinander und führt ihnen auch mit unwiderstehlichem Druck die heute noch neutral gebliebenen kleinen Staaten, vielleicht auch noch unsere heutigen Verbündeten zu; denn er bedroht unsere Feinde alle mit der gleichen politischen und wirtschaftlichen Vergewaltigung und er bedroht die Neutralen mit einer deutschen Vorherrschaft, die ihnen unerträglich dünken wird.

Die Zukunft, die der „gute" Friede der Lehmannschen Broschüre Deutschland bereiten will, wäre: auch im „Frieden" allein oder fast allein, wie jetzt im Kriege, einer Welt von Feinden gegenüberstehen zu müssen. Das wäre gewiß ein schlechter, ein miserabler Friede.

Das ist für jeden, der sich ein wenig darum bemüht hat, sich in die Gesinnung des Auslandes, zumal nach den schmerzlichen Erfahrungen dieses Krieges, zu versenken, so einleuchtend, daß jede Diskussion darüber überflüssig sein sollte. Die Lehmannsche Schrift

und insbesondere ihr hervorragendster Mitarbeiter, Professor von Gruber, bekommt es aber wirklich fertig, das Bild von Deutschlands Zukunft geradezu auf den Kopf zu stellen.

Man sieht auf S. 8 und 9 zwei bunte Tafeln mit Diagrammen. Auf der einen findet man fünf Säulen nebeneinander; die erste in rot zeigt zu unterst in voller Flächenfärbung des Deutsche Reich, dann darüber schraffiert Österreich-Ungarn, Bulgarien, die Türkei mit Ägypten und dem Sudan, auch Abessinien, darüber rot punktiert die sämtlichen europäischen Festlandstaaten und schließlich in weißer Fläche doch noch rot umrändert auch Frankreich. Die zweite blaue Säule stellt nur das Britische Reich und die Vereinigten Staaten dar und darüber schraffiert Indien. Die dritte braune Säule repräsentiert Rußland, die vierte, grüne, Süd- und Mittelamerika, die fünfte, gelbe, die beiden ostasiatischen Mächte, China und Japan.

Das soll die „Mächteverteilung nach einem deutschen Frieden" sein. Deutschland soll also nach einem Frieden, in dem es die halbe Welt vergewaltigt, solche Anziehungskraft nicht nur auf seine jetzigen Verbündeten, sondern auch auf die Neutralen, ja auf einen Teil seiner Feinde, schließlich sogar auf das verstümmelte und gedemütigte Frankreich üben, daß alle diese Staaten sich unter seiner Führung zu einer Mächtegruppe zusammenschließen, während die beiden angelsächsischen Staaten einerseits und Rußland andererseits isoliert bleiben.

Wie aber soll das Bild sich gestalten, wenn ein Verständigungsfriede geschlossen wird? Das zeigt die gegenüberstehende Tafel unter der Überschrift „Machtverteilung nach einem Scheidemannschen Frieden".

Da sehen wir eine riesige blaue Säule, zu unterst, in voller Deckfarbe, das Britische Reich, die Vereinigten Staaten, Ägypten und den Sudan, darüber schraffiert aufeinander getürmt Frankreich, unsere übrigen europäischen Feinde, die sämtlichen europäischen Neutralen, Süd- und Mittelamerika, Rußland, und schließlich auch die Türkei und Bulgarien. Daneben steht kümmerlich klein die rote Säule, zu der in voller Farbe nur das Deutsche Reich und darüber schraffiert noch Österreich-Ungarn gehört. Gesondert wieder in gelb die beiden ostasiatischen Mächte.

Nach einem Verständigungsfrieden soll also nicht nur die heutige Koalition unserer Feinde, von China und Japan abgesehen, gegen uns beisammen bleiben, sondern es sollen auch die sämtlichen europäischen Neutralen und sämtliche Staaten Süd- und Mittelamerikas, ja sogar unsere heutigen Verbündeten, außer Österreich-Ungarn, sich ihnen anschließen.

Man könnte meinen, daß die Überschriften der beiden Tafeln miteinander verwechselt sind, und daß die Verfasser der Schrift ehrlich genug waren, auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die Deutschlands Zukunft, auch wenn sie sich im übrigen noch so glänzend nach ihren Forderungen gestaltete, doch von der künftigen Mächteverteilung nach Friedensschluß drohen könnten.

Aber nein, der Text zeigt, daß die Überschriften nicht ver-

wechselt sind, und daß wirklich die Verfasser der Schrift ihre Leser glauben machen wollen und — wir nehmen ihre volle Ehrlichkeit an — sie also selbst glauben, ein Friede der Verständigung werde die ganze Welt, mit Ausnahme der beiden asiatischen Mächte, gegen Deutschland und das verbündete Österreich-Ungarn zusammenschließen, ein Friede der rücksichtslosen Vergewaltigung aber die feindliche Koalition sprengen, die Neutralen und einen Teil der Feinde in unsere Arme führen und Deutschland an die Spitze eines großen Mächtebundes stellen.

Kann man's toller treiben?

Man sieht, wie seltsam sich die Welt in diesen Köpfen malt, und wie die Befangenheit in alldeutscher Gedankenwelt — oder ist es die Wirkung der Kriegsleidenschaften? — diese Männer vollkommen unfähig macht, die selbstverständlichen Folgerungen zu ziehen, wenn diese ihren Lieblingsgedanken zuwiderlaufen.

Da braucht man sich nicht mehr zu wundern, man begreift es vielmehr, wenn sie uns als einen „guten", als einen „deutschen" Frieden preisen, was in Wirklichkeit ein verzweifelt schlechter, fauler Friede sein würde.

* * *

Einen Beweis, daß wir imstande sind, das alles zu erreichen, was an Annexionen, Kriegsentschädigungen usw. gefordert wird, kann die Flugschrift natürlich nicht bringen. Welche Aussichten, günstigenfalls, rein militärisch zu Lande und zu Wasser, die Fortführung des Krieges bietet, ist eine Frage, deren Beantwortung sich dem Laien entzieht. Aber um zu erkennen, was eine völlige Niederwerfung, so, wie sie der Machtfrieden voraussetzt, bedeuten würde, braucht man nicht Fachmann zu sein und nicht die Einzelheiten der kriegerischen Chancen zu prüfen. Man braucht sich nur zu vergegenwärtigen, welche Kräftezusammenballungen in diesem Weltkrieg einander gegenüberstehen. Von den 1657 Millionen Menschen der Erde sind 1329 Millionen oder vier Fünftel auf Seiten unserer Gegner. Die Mittelmächte umfassen einen Menschenkomplex von nur 147,8 Millionen. Jetzt sind es nicht weniger als 29 von den 53 selbständigen Staaten der Erde, die sich mit uns im Kriege befinden oder die doch die Beziehungen zu uns abgebrochen haben: Rußland, Serbien, Montenegro, Rumänien, Griechenland, Italien, S. Marino, Monaco, Frankreich, Belgien, Großbritannien, Japan, China, Siam, Liberia, Vereinigte Staaten, Kuba, Haiti, St. Domingo, Guatemala, Honduras, Nicaragua, Kosta-Rica, Panama, Brasilien, Bolivien, Uruguay, Liberia, Peru.[1])

Die ganze Verwirklichung des im Vorhergehenden gezeichneten Annexionsprogramms aber basiert darauf, daß es möglich ist, die

[1]) Zur Zeit der Drucklegung ist der Abbruch der Beziehungen mit Paraguay, Argentinien, Ecuador und Columbien noch nicht erfolgt, doch muß mit der Möglichkeit gerechnet werden.

zusammengeschlossene militärische Macht dieser Staaten so niederzuwerfen, daß sie Deutschland zu Füßen liegt und dieses alles haben kann, was es will. Die Kampfkraft der Gegner muß vollständig erschöpft sein. Das ist die unerbittliche Voraussetzung des Lehmannschen Friedens.

Für die Verwirklichung einer solchen Situation aber geht den Verfassern der Broschüre jedes Urteil ab. Es ist geradezu rührend, zu sehen, wie sie in ihrer Naivität und in ihrer Unkenntnis der realen Bedingungen, unter denen dieser Weltkrieg abläuft, alles vom Willen Deutschlands allein geschehen lassen, ja, wie sie den Zeitpunkt, in dem Deutschland das genannte Programm restlos durchführen kann, bereits gekommen sehen.

In der Lehmannschen Vorrede heißt es zunächst noch etwas unbestimmt: „Wir müssen trotz aller Verluste, die der einzelne gebracht hat und noch bringen wird, aushalten, „bis alles sich unserem Willen beugt", wie unser Hindenburg sagte." (S. 6.)

Dann erklärt von Gruber schon deutlicher, daß England rettungslos verloren ist, „wenn es noch lange dauert", und er fügt hinzu: „Ueber Nacht kann dann das Friedensangebot der Feinde kommen, dann heißt es, mutig und geduldig, klug und hart bleiben und fortkämpfen, bis England auf die Knie niedergerungen ist und jenen Frieden annehmen muß, den wir diktieren." (S. 7.)

Noch deutlicher wird dann der Bezirksamtsassessor Fischer, der auf Seite 41 dem Leser versichert, „daß der Krieg in wenigen Monaten beendet sein wird". Diese Angabe erfährt dann an der gleichen Stelle (in dem vorhergehenden Satz) ihre Erläuterung dahin, daß England in sechs Monaten „in die Knie gerungen" sein wird. Mit aller nur erwünschten Deutlichkeit wird hier als Zeitpunkt der Beendigung resp. der Diktierung der Lehmannschen Friedensbedingungen der 1. August 1917 genannt!

Ein sehr scharfes Urteil über diese Art von Beweisführung wird auch im „Vortrupp" (vom 1. Juli 1917) bei Besprechung der Lehmannschen Broschüre gefällt. Die Prophezeiungen über den Termin, wo der Verband der Feinde oder ein Feind niedergerungen sein wird, oder auch nur einen Verhandlungsfrieden anbieten wird, wird als „namenlos leichtsinnig" bezeichnet, besonders in einer Schrift, die so massenhaft auch an der Front Verbreitung finde.

Ueber die Voraussetzungen, auf der sich die ganzen Schlußfolgerungen dieses Annexionsprogramms aufbauen, heißt es dann: „Es ist gar nicht abzusehen, warum Lehmann die feindlichen Nationen überhaupt bestehen lassen will: Da ein völliges „Auf die Kniezwingen" unserer sämtlichen Feinde ja doch die Voraussetzung für Lehmanns Kriegsziele ist, so ist allen Ernstes die Frage zu stellen, warum Lehmann denn nicht lieber vorschlägt, aus den feindlichen Ländern, besonders aus England, gleich deutsche Provinzen zu machen. Das ist durchaus kein Scherz: sobald einmal sämtliche

Feinde bis zur völligen Wehrlosigkeit niedergerungen sind — und ehe sie das sind, sind ja eben Lehmanns Kriegsziele nicht durchführbar —, ist diese ganze radikale Lösung genau so leicht zu haben, wie der „Lehmann-Friede": und sie gäbe dann doch wenigstens die Aussicht auf einen Dauerzustand.

Ja, warum hat wohl Lehmann diese politische Folgerung aus seiner Voraussetzung nicht gezogen? Vielleicht um deswillen nicht, weil diese Folgerung selbst den oberflächlichsten Leser stutzig gemacht und ihn veranlaßt hätte, auch Lehmanns Voraussetzung etwas näher zu prüfen als sie vertragen kann."

Aber diese in der völligen Verkennung des Kräfteverhältnisses sich äußernde Befangenheit und Borniertheit sowie die Leichtfertigkeit in der Voraussage des Zeitpunktes, an dem die Voraussetzungen zur Realisierung der Forderungen erfüllt sein sollen, ist schließlich noch nicht das einzige, was diese Richtung geistig charakterisiert. Hinzu kommt eine besondere Seelenbeschaffenheit. Die Annexionspolitiker sind soziologisch betrachtet ein besonderer Menschentyp, deren Seele nicht auf das Rechts- und Moral-, sondern auf das Machtbewußtsein abgestimmt ist. Sie sehen in dem Willen zur Macht den Grundinstinkt unseres Volkes und das Mittel zu dieser elementaren Lebensäußerung in einer moralosen Staatskunst. Der Machtinstinkt in ihrem Innern ist so vorherrschend, daß er die sozialen Gefühle der Gemeinschaft und alles, was wir unter dem Begriff „Menschlichkeit" subsummieren, zurückdrängt und für die daraus entspringenden Rechtsempfindungen kaum noch Raum läßt.

Diese seelische Disposition kommt zum Ausdruck nicht nur auf dem Gebiete der äußeren, sondern auch der inneren Politik. Es ist sicherlich kein Zufall, daß die meisten Annexionisten auch geschworene Feinde der Volksrechte und ihrer Erweiterung sind, Gegner einer fortschrittlichen Sozialpolitik und Scharfmacher vom reinsten Wasser, wenn es gilt, Verbesserungen des Loses der unteren Klassen in die Wege zu leiten. Wer in der Politik nach außen reine Machtentfaltung verlangt, kann nach innen hin nicht ein anderes Prinzip bevorzugen. Der Abgeordnete Hue hat diesen Zusammenhang zwischen annexionistischer und sozialreaktionärer Gesinnung einmal sehr gut in einer Rede angedeutet[1]), in welcher es heißt: Wen ich gemeint habe mit Annexionisten, das sind Leute, die sich in den Reihen derer befinden, die jede Anerkennung der Gewerkschaften ablehnen, die keine Tarifverträge mit den Arbeitern schließen wollen, die lieber Hunderttausende von Arbeitern in den Streik treten lassen, anstatt sich mit ihnen über den Arbeitsvertrag zu verständigen, die durch Zwangsarbeitsnachweise, durch schwarze Listen, durch Aussperrung usw. eine neue Leibeigenschaft der Industriearbeiter herbeiführen wollen, die jede Fortführung der Arbeiterschutzgesetzgebung heftig bekämpfen, für Ausnahmegesetze, für die Ersetzung des Reichstagswahlrechts durch das Dreiklassenwahl-

[1]) Am 5. März 1917 im preußischen Abgeordnetenhaus.

recht sind. In diesen Kreisen finden Sie auch die Hauptmatadore der Annexionspolitik.

Es würde meines Erachtens auch falsch sein, die Lehmänner mit ihren ungeheuren Forderungen für besonders kluge Leute zu halten, die mehr fordern, als sie in Wirklichkeit haben wollen. Das wäre ein Verfahren, wie wir es bei Geschäftsleuten alten Stils noch heute beobachten können, übertragen ins Politische. Wer ein gutes Geschäft machen will, darf dem Gegenkontrahenten nicht sofort alle Karten aufdecken. Wenn der Bauer eine Kuh verkauft, dann fordert er auch mehr, als er in Wirklichkeit glaubt bekommen zu können. Aber ich bin nicht der Ansicht, daß diese Geschäftsroutine sich auf die Pläne der Annexionisten übertragen läßt. Es ist ihnen voller Ernst mit ihren Forderungen. Sie spielen keine Komödie.

Man hat uns Anti-Annexionisten ja öfter vorgeworfen, daß die Propaganda für einen Frieden ohne Annexionen und ohne Entschädigungen schädlich sei, denn sie ermunkere nur die Feinde, die nun kein Risiko mehr vor sich sehen, wenn sie den Krieg fortsetzen. Aber diese Auffassung beruht auf einem Trugschluß. Die offene Erklärung der deutschen Regierung, daß sie auf alle Annexionen und Gebietserweiterungen verzichtet, würde die feindlichen Staaten nicht widerwilliger, sondern geneigter zum Frieden machen. Es würde damit denen, die im feindlichen Ausland den Krieg bis zur vollen Niederwerfung Deutschlands predigen, ein Hauptargument genommen und der populären Strömung, das Blutvergießen bald zu beenden, neue Nahrung gegeben werden.

Die Schwierigkeit liegt vielmehr darin, für solche Erklärungen Vertrauen zu finden. Im Ausland ist der Glaube weitverbreitet, daß alle friedlichen Aeußerungen unserer leitenden Männer wertlos oder auf Täuschung berechnet seien, da in Wirklichkeit die deutsche Politik von den Alldeutschen und militaristischen Kreisen beherrscht werde. Auch dafür können wir uns bei der alldeutschen Agitation bedanken.

III.

Die Höhe des Einsatzes.

Wir haben bereits erkannt, daß die hier ausgesprochenen Kriegszielforderungen so beschaffen sind, daß in ihrem Verfolg eine über Jahre hinausgehende Fortsetzung des Krieges und Verwüstung der Welt liegen muß.

Angesichts dieser Aussichten erhebt sich die Frage: Wie hoch ist der Einsatz gegenüber dem, was möglicherweise überhaupt erreichbar ist? Es ist eine falsche Rechnung, wenn man, wie das in der Lehmann-Gruber-Broschüre geschehen ist, immer nur vom Gewinn spricht und von dem zu seiner Erlangung nötigen Aufwand schweigt. Es gleicht dieses Verfahren dem eines Buchhalters, der bei der Aufstellung der Bilanz nur die zu den Aktiven gehörigen Posten buchen

und die Passiven außer Betracht lassen wollte oder in der Gewinn- und Verlustrechnung die Verluste ganz ignorierte. Ein solches Verfahren ist unmöglich. Und doch liegt es der Schrift über Deutschlands Zukunft zugrunde. Ihre Verfasser sind sich auch dieses Mangels offenbar nicht bewußt geworden.

Wir wollen daher das fehlende hier mit einigen Strichen ergänzen. Erst diese Ergänzung wird es ermöglichen, zu beurteilen, ob das Weiterspiel den Einsatz lohnt.

Bei Fortsetzung des Krieges zur Erreichung so weitgehender Kriegsziele muß der Verlustsaldo immer höher steigen. Der Krieg erfordert in erster Linie Menschen. Sie sind der größte Reichtum eines jeden Landes. Ihre Verminderung ist daher gleichbedeutend mit volkswirtschaftlicher Verarmung. Der bisherige Verlauf des Krieges gestattet uns noch nicht die Aufstellung einer Statistik über die Verluste. Aber wir haben doch Schätzungen. Man hat versucht, die Gesamtverluste aller Kriegführenden abzuschätzen, und ist dabei auf die grausige Ziffer von 11 bis 12 Millionen Toter gekommen. Nicht gerechnet sind dabei die Millionen, die zu Krüppeln geschossen sind. Lange Zeit hat uns Deutschen jeder Kriegstag an Menschenleben mehr als ein ganzes Bataillon gekostet. Über 1000 Mann sind jeden Tag auf den Schlachtfeldern ins Grab gesunken.

Man würde jedoch irren, wenn man glauben wollte, daß darin die Hauptverluste des Krieges an Menschen liegen. Viel einschneidender wirkt der durch den Krieg veranlaßte Geburtenrückgang. Während die Steigerung der ersten Zahl notwendigerweise gleich mit dem Beginn der Kriegszeit einsetzt, erfolgt der Sturz der Geburtenkurve erst nach dem neunten Monat. Die verheerende Wirkung beider Tatsachen hat die Kopenhagener Studiengesellschaft für soziale Folgen des Krieges statistisch zu erfassen gesucht [1]); sie ist zu Ergebnissen gelangt, die erschreckend sind, auch wenn die statistischen Unterlagen nicht einwandfrei sein mögen.

Deutschland war vor dem Kriege ein Land aufsteigender Entwicklung und blühender Gesundheit. Seine Bevölkerungszahl betrug, als der Krieg begann, 67,8 Millionen Menschen. Wäre es gelungen, den Krieg zu vermeiden, dann würde es Ende 1917 eine Bevölkerung von rund 70,2 Millionen aufweisen. Tatsächlich wird man mit einem Rückgang der Bevölkerungsziffer rechnen müssen.

Nehmen wir an, daß zur Erreichung der annexionistischen Kriegszielforderungen die Heeresleitung den Krieg noch drei Jahre weiterführt, dann würden wir auf ein Bevölkerungsniveau zurückgeworfen werden, das Jahre hinter uns liegt; denn die Zahl der Geborenen würde sich fortgesetzt weiter gegenüber der der Gestorbenen erniedrigen.

Aber diese Verluste sind bei Beurteilung der Bevölkerungsverhältnisse nicht das einzige und auch nicht das allein entscheidende

[1]) In ihrem Bulletin über Menschenverluste im Kriege.

Moment. Es kommt weiter hinzu, daß bei Hunderttausenden der Überlebenden die Erwerbsfähigkeit stark herabgesetzt oder gar aufgehoben und in Hilfs- und Pflegebedürftigkeit verwandelt ist. Statt Familien zu ernähren, müssen diese Opfer des Krieges ganz oder teilweise aus den Mitteln anderer, des Staates oder ihrer Angehörigen, ernährt werden. Sie sind in der Bilanz des nationalen Erwerbslebens aus Aktiv- zu Passivposten geworden. Die Verschiebung zählt doppelt.

Andere Hunderttausende sind in ihrer Berufsausbildung — zum Teil in den entscheidenden Jahren — gestört worden, und es steht dahin, ob sie das jemals ganz werden ausgleichen können. Das bedeutet für das Wirtschaftsleben der Nation einen Verlust an Leistungsfähigkeit, weil an die Stelle einer höher qualifizierten Arbeitskraft eine minder qualifizierte tritt.

Endlich aber verdient ernsthafteste Beachtung die Störung im Gleichgewicht der Geschlechter und die völlige Durchlöcherung des normalen Altersaufbaus. Infolge des Krieges überwiegt das weibliche Geschlecht nicht mehr wie vor dem Kriege um 8—900 000 Menschen, sondern um rund 2,1 Millionen. Für die Altersklassen vom 17. bis 45. Lebensjahre, die durch den Krieg am stärksten mitgenommen werden, entfielen vor Ausbruch des Krieges auf 1000 Männer etwa 1005 Frauen. Nach dem Kriege wird das Verhältnis vielleicht 1000 Männer zu 1100 Frauen sein. Aber auch diese Verschiebung drückt, wenn man die zahlreichen nicht mehr zeugungsfähigen Kriegsinvaliden einrechnet, noch nicht die volle Verminderung der Ehefähigkeit und der Heiratsgelegenheit aus.

* * *

Die weitere Fortsetzung des Krieges würde aber nicht nur unser Bevölkerungsreservoir weiter abschöpfen, sondern auch unseren Gütervorrat noch mehr vermindern. Ein Blick auf unsere Nahrungsmittel- und Rohstoffstatistik zeigt, daß die Produktionszahlen in den Kriegsjahren einmal bei weitem unter der Friedensproduktion bleiben, dann aber auch die Tendenz haben, immer stärker zu sinken. Es ist zur Genüge bekannt, worin diese Produktionsverminderung ursächlich verankert liegt. Je länger der Krieg dauert, desto mehr frißt er die Industrie auf. Man lasse sich nicht dadurch täuschen, daß die ganze für den Krieg arbeitende Industrie Hochkonjunktur aufweist. Die Folgen dieser Scheinkonjunktur bestehen nicht in einer Vermehrung, sondern einer Verminderung unseres Volksreichtums. Je mehr Kapital und Arbeit auf die Erzeugung von Munition und Todeswerkzeugen verwandt wird, desto mehr muß die Erzeugung nützlicher Gegenstände zusammenschrumpfen, desto kleiner ist, nachdem die Granaten zerplatzt und die Maschinengewehre unbrauchbar geworden sind, der übrig bleibende Rest.

Auch hier finden wir dasselbe Bild wie bei der Bevölkerung, nur in dem umgekehrten Verhältnis: zu dem direkten Konsum, den

der Krieg verschlingt, kommt das Minus in der Produktion. Dieses Minus aber wird immer größer und immer schwerer ausgleichbar.

Je später der Friedensschluß kommt, desto schwieriger wird aber auch die Umlegung des Produktionsprozesses auf die Friedensarbeit, desto weniger gestattet die vorhandene Erschöpfung mit aller Kraft die Lösung der kommenden Aufgaben in Angriff zu nehmen. Je weniger leistungsfähige Menschen der Produktion zur Verfügung stehen, und je größer das Heer derjenigen wird, die als Invaliden minder leistungsfähig geworden sind, um so mehr werden mit einer längeren Dauer des Krieges die Voraussetzungen der Friedensproduktion selbst unterminiert.

Das gilt vor allem für die Landwirtschaft. Es werden Jahrzehnte vergehen, ehe unser Viehstand und unsere Äcker wieder auf die Höhe ihrer Leistungsfähigkeit gebracht sind. Jedes weitere Jahr der Kriegführung zehrt an der alten Bodenkraft, die den Ertrag der Ernte mitbestimmt. Die Äcker verunkrauten, ihre mechanische Beschaffenheit verschlechtert sich und das Nährstoffkapital nimmt immer mehr ab.

In der Industrie erfährt der Wert des produzierenden Kapitals ebenfalls eine ungeheure Verminderung. Eine ganze Reihe von Umständen (die Verwendung ungelernter Arbeiter, der Mangel an Meistern, die Schwierigkeit rechtzeitiger und genügender Reparaturen, die Verschlechterung der Betriebsstoffe usw.) rufen einen außerordentlich starker Verschleiß an wertvollen Maschinen hervor. So arbeitet die Verlängerung des Krieges an der Entwertung unserer Produktions- und Arbeitsmittel in nie dagewesener Weise.

* * *

Je mehr der Krieg sich in die Länge zieht, desto mehr müssen aber auch die Kriegskosten wachsen. Wie hoch sie schließlich sein werden, wird niemals statistisch genau festgestellt werden können. Denn die Kosten des Krieges werden nicht nur von den öffentlichen Verbänden vornehmlich durch Begebung von Anleihen aufgebracht, sie erstrecken sich in Hunderte von Kanälen auf die zahllosen Beiträge, die von allen geleistet werden, bis hinunter zum kleinsten Schulkind, wenn das Rote Kreuz seine Sammelbüchsen herumschickt oder ein Kornblumentag oder eine Aufforderung zur U-Bootspende usw. an das Vaterlandsgefühl appelliert. Diese Summen kennen wir in ihrer Größe nicht, müssen sie aber unter den Begriff der Kriegskosten subsumieren.

Was allgemein bekannt ist, sind eigentlich nur die Anleihen des Reichs, die zum Zwecke der Kriegführung aufgenommen wurden. Die Höhe der bewilligten Kredite belief sich bisher auf 94 (die letzte Bewilligung vom Juli 1917, an die sich der innerpolitische Umschwung knüpfte, betrug 15 Milliarden), die der ausgegebenen Anleihen auf 60 Milliarden Mark. Darin ist die VII. Kriegsanleihe vom Herbst 1917, deren Ergebnis zurzeit noch unbekannt ist, nicht eingerechnet. Nach den Mitteilungen des Staatssekretärs des Reichsschatzamts,

Graf von Roedern, im Reichstag am 5. Juli 1917 beliefen sich die vom Reich bestrittenen Kriegskosten Deutschlands pro Tag auf 100 Millionen. Die Schlußfolgerung für die Fortführung des Krieges ergibt sich von selbst. Sie erfaßt aber, wie gesagt, nur die direkten Kriegskosten des Reichs, ohne die Ausgaben der Einzelstaaten, der Gemeinden und Privaten.

Es ist nicht allzu schwer, das Gewicht dieser Zahlen an praktischen Beispielen zu erläutern und zu zeigen, was an Kulturwerten für diese Milliarden mit jeder Verkürzung des Krieges auch nur um einen Tag erzeugt und geschaffen werden könnte. Wäre es gelungen, uns den ganzen Krieg und damit auch sämtliche Kriegskosten zu ersparen, dann hätte Deutschland in ein soziales Paradies verwandelt werden können. Der Krieg hat ein Land daraus gemacht, dessen Einwohner künftig in weitem Umfange wirtschaftlich hart zu kämpfen haben werden!

Die jetzt lebende und die nächste Generation wird einen großen Teil ihrer Arbeit dem Staate verpfänden müssen, lediglich, damit dieser in der Lage ist, seine Zinsen zu zahlen und seine Schuldenlast amortisieren zu können.

Eine ungeheure Pyramide der Staatsschuld hat der Krieg aufgerichtet, die nicht sobald aus dem Leben der Nachwelt verschwinden wird und deren Druck auf unser ganzes wirtschaftliches Leben auf lange Zeit hinaus fühlbar sein wird. Zu versichern, daß diese Milliardenschuld bei einem „deutschen Frieden" sich auf das Niveau vor dem Kriege (5 Milliarden) zurücksenken werde, heißt nicht das Volk aufklären, sondern es belügen.

Ist es aber ein Irrwahn, zu glauben, daß uns die Schuldenlast beim Friedensschluß abgenommen werden wird, so bricht damit auch die Möglichkeit zusammen, dem deutschen Volke die Hauptmasse der neuen Abgaben und Lasten fernzuhalten, die eine unmittelbare Folge des Krieges sein müssen. Schon jetzt, während der Kampf noch tobt, sind neue Steuergesetze zur Schaffung von Deckungsmitteln für die Anleihezinsen erlassen. Mit dem Steigen der Summe wird der Steuerdruck zunehmen. Nach den in der Broschüre „Deutschlands Zukunft" von dem Bezirksamtsassessor K. A. Fischer gemachten Angaben wird bis Ende 1917 die vom Reich, den Einzelstaaten und Gemeinden angesammelte Schuld sich auf ungefähr 118 Milliarden Mark belaufen. Es würden unter Zugrundelegung einer 5proz. Verzinsung und einer Tilgung von 1½ Prozent 7,67 Milliarden Mark jährlich durch Steuern und andere Einnahmen aufzubringen sein, dazu kommen noch 1,5 Milliarden Invalidenrenten sowie 0,5 Milliarden für den Wehrausbau. Das alles zusammen ergibt eine Summe von rund 10 Milliarden, die über den Friedensetat von 3½ Milliarden Mark hinaus aufzubringen sind. In dieser einen Zahl sind die Finanzprobleme der Zukunft enthalten. Der Ersatz der Schädigungen, die durch den Krieg herbeigeführt wurden: Verlust an Arbeitskräften, Materialverluste (Raubbau am Boden, Verringerung des Tierbestandes, Abnutzungen, Schiffsverluste usw.), die Verluste an

Auslandsguthaben und Zerstörung deutscher Werte im Auslande sowie die Schädigungen der heimischen Bevölkerung durch den Krieg (der Handwerker, der Hausbesitzer, des Handels usw.) sind darin nicht enthalten. Fischer schätzt sie auf 35 Milliarden Mark.

Wer angesichts solcher Summen glauben kann, daß sie durch eine bloße Abschreibung auf das Konto der Gegner beglichen werden können, muß über eine beneidenswerte Einbildungskraft verfügen.

Aber vielleicht trösten wir uns damit, daß wir vor dem Kriege viel zu wenig Steuern und Abgaben gezahlt haben und daß unser Leben unserem Schicksal nicht entsprach. Der Deutsche ist für das Glück nicht geschaffen. So sagt es jetzt während des Krieges Walter Bloem: „Es war uns gar gut gegangen, uns jungen Deutschen des neuen Reichs — besser, als wir's ahnten, besser, als wir's verdienten, besser, als wir's vertragen konnten — und jedenfalls weit besser, als es jemals einer Generation deutscher Menschen vor uns gegangen ist." Dann wirft er einen Blick in die kriegerische Vergangenheit und fährt fort: „Unsere Vorfahren kannten's gar nicht anders, als daß alle paar Jahre einmal ihr Leben, ihr Schicksal, ihr Haus und Heim, ihrer Lieben Sein und Zukunft auf des Schwertes Spitze gestellt wurde. Sie waren hart und ergeben geworden in den Wirren ihres umängsteten Daseins. Ihr einziger Trost in all der Wüstheit einer Welt voll Blut und Brand war der innige Glaube, daß das Leiden dieser Zeitlichkeit der Herrlichkeit nicht wert sei, die an uns solle offenbart werden. — Nun ist auch über uns das alte Germanenschicksal der Friedlosigkeit und ewigen Fehde gekommen. Unsere wohlgeordnete Welt, die Welt der Lebensversicherung, der Unfallversicherung, der Haftpflichtversicherung, der festen Gehälter und der Pensionen, der Banknoten und Dividenden ist in ihren Grundfesten erschüttert, und in ihren Grundfesten erschüttert sind die Herzen aller derer, die ihr Wesen und Leben an irdischen Tand und Quark gehängt hatten. . . . Die Feinde wissen nicht, daß der Deutsche das Wohlleben und das Glück nicht allzu gut verträgt. . . ."

Wer sich mit dieser Psychologie nicht zu trösten vermag, der wird alle seine Arbeit in den Dienst des Gedankens stellen müssen, daß die Weitervernichtung nicht Dimensionen annehmen darf, die sich für absehbare Zeit nicht wieder ausgleichen lassen. Das ist aber nur möglich, wenn der Friede nicht durch unerfüllbare und unsinnige Forderungen auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben wird.

Aber die Fortsetzung des Krieges türmt nicht nur immer weitere Milliardenschulden aufeinander, sie verringert auch den Wert des Geldes, in dem diese Schulden aufgenommen sind, immer mehr. Diese Erscheinung hängt aufs engste mit der ganzen Kriegswirtschaft zusammen. Die abnehmende Gütermenge einerseits und die zunehmende Produktion von Geld für den Krieg anderseits (allein 10 Milliarden Banknoten gegen ca. 2 Milliarden vor dem Kriege) muß wirtschaftlich zu einer immer weiteren Verschlechterung unserer Währung führen. In diesem Mißverhältnis zwischen Geld und

Ware liegt die Ursache des Sinkens der Valuta begründet.[1]) Je länger der Krieg sich hinzieht, desto ungünstiger muß dieses Verhältnis werden, bis das Preisniveau schließlich zu schwindelnder Höhe gediehen ist. Das trotz aller ergriffenen Gegenmaßregeln erfolgte ungeheure Steigen der Devisenkurse schließt eine ernste Warnung in dieser Beziehung in sich.

* * *

Der Schutz eines so großen Wirtschaftsgebiets, wie es die Annexionisten herstellen wollen, muß aber notwendigerweise zu einer starken Vermehrung der Ausgaben für die Machtzwecke des Reichs nach dem Kriege führen. Mit einem Heer von der Friedenspräsenz des letzten Quinquennats würde es nicht mehr auskommen. Die militärischen Lasten müßten entsprechend wachsen, die deutsche Flotte müßte mindestens um das Dreifache vermehrt werden, um die neuen deutschen Schutzgebiete in Afrika und im Mittelmeere zu bewachen. Ausgedehnte Befestigungswerke an den Grenzen müßten angelegt werden, die Befestigung der Häfen würde eine weitere Aufgabe sein, kurz, die Lasten, die durch den Krieg schon gewaltig gesteigert sind, würden nicht nur durch das Retablissement des Heeres und der Marine, sondern durch ihre Erweiterung eine Ausdehnung erfahren, an die man bisher kaum zu denken wagte. Dieser in Waffen starrende Frieden aber kann uns keine Sicherheit geben; nur ein Tor kann wähnen, daß auf einer solchen Basis Deutschlands Zukunft eine gedeihliche sein wird.

In diesem Sinne hat sich auch der österreichisch-ungarische Minister Graf Czernin ausgesprochen. In seiner Rede vom 2. Oktober 1917 heißt es: „. . . . Das schrecklichste Unglück, welches uns widerfahren könnte, wäre, wenn das Wettrüsten nach Friedensschluß seinen Fortgang nehmen würde, denn es würde den wirtschaftlichen Ruin aller Staaten bedeuten. Um nach diesem Kriege bei freier Rüstunskonkurrenz auf der Höhe zu bleiben, müßten die Staaten alles verzehnfachen; sie müßten zehnmal soviel Artillerie, Munitionsfabriken, Schiffe und Unterseeboote als vorher und auch ungleich mehr Soldaten haben, um diesen Apparat spielen lassen zu können. Das jährliche militärische Budget aller Großstaaten müßte mehrere Milliarden umfassen — das ist eine Unmöglichkeit. Zurückzukehren aber auf die relativ geringen Rüstungen vor dem Jahre 1914 wäre für einen einzelnen Staat schon gar ganz unmöglich, denn er wäre dadurch dermaßen in der Hinterhand, daß seine militärische Kraft nicht zählen, seine Auslagen daher völlig zwecklos würden. Aus diesem Engpasse gibt es nur einen einzigen Ausweg: die internationale vollständige Weltabrüstung. Die riesigen Flotten haben keinen Zweck mehr, wenn die Staaten der Welt die Freiheit der Meere

[1]) Näheres über das Valutaproblem in meiner Schrift: Gehen wir einer Hochkonjunktur entgegen? Eine Untersuchung über die Geschäftslage nach dem Kriege. Berlin 1916.

garantieren, und die Landheere müßten auf das geringste Maß reduziert werden, welches die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung erfordert."

Aber mit alledem sind die Konsequenzen noch nicht erschöpft, die sich aus einer längeren Fortführung des Krieges zur Erreichung der Lehmann'schen Kriegsziele und aus diesen selbst ergeben.

Die Verwirklichung des Annexionsprogramms müßte mit absoluter Sicherheit dazu führen, daß eines Tages ein neuer Krieg über uns hereinbricht, noch viel furchtbarer als der jetzige. Es ist eben ein Irrtum, die eigene Sicherheit auf Kosten der anderen erreichen zu wollen. Manche Annexionisten scheinen sich dieses Zusammenhangs wohl bewußt zu sein. Noch während der Blutstrom in Europa ständig steigt, treten bei uns neue Propheten auf, welche von einer Serie von Kriegen sprechen, die sich an diesen Krieg anschließen werden.

Von Gruber allerdings sieht bei einem „deutschen Frieden" den nächsten Krieg erst in Jahrhunderten. Aber das, was er und Lehmann über die kommende Konstellation der Mächte nach Erzwingung eines „deutschen Friedens" sagen, ist in sich widerspruchsvoll. Auf Seite 6 heißt es, daß „wir vielmehr auch in Zukunft mit einer feindlichen Genossenschaft von England, Vereinigten Staaten, Frankreich, Belgien, Italien, Rußland, Balkanstaaten, Japan und unter Umständen auch Holland, Dänemark rechnen müssen". Später aber wird dargelegt, was wir schon früher bei Gelegenheit der Gruberschen Phantasien über die Bildung eines großen, unter Deutschlands Führung stehenden Wirtschaftsreiches erwähnt haben: England werde gezwungen sein, „sich mit Deutschland gut zu stellen", Frankreich aber werde nach einer gewissen Hungerkur „vielleicht einsehen, daß sein Platz schon längst an der Seite des Deutschen Reiches gewesen wäre" (S. 14); auch Italien werde, weil es weder Kohle noch Eisen habe, sich dem deutschen Wirtschaftsbunde anschließen; die Niederlande, die Schweiz und Spanien würden gern beitreten, wahrscheinlich auch Dänemark, Norwegen und Schweden; Rußland hingegen werde seine Ziele in Asien suchen und damit aus der Reihe der Gegner Deutschlands ausscheiden. Einmal wird also behauptet, daß die genannten Länder auch nach dem Kriege sich Deutschland feindlich gegenüberstellen werden; ein paar Seiten später sind sie, kaum zur Unterwerfung gezwungen, Freunde des Deutschen Reiches und Mitglieder seines Wirtschaftsbundes!

* * *

Aber nicht nur wegen dieser Widersprüche in sich selbst, sondern auch vom Standpunkt der Völkerpsychologie aus sind die Darlegungen der Lehmannschen Broschüre über die Sicherung unserer nationalen Existenz, die uns der „deutsche Frieden" bringen soll, vollkommen unhaltbar. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß Gebietsabtretungen sofort nach der Diktatur des Friedens

den Ruf nach Revanche zur Folge haben werden. Die Geschichte lehrt uns, wie verletzbar die Völker gerade an dieser Stelle sind. Um nur ein Beispiel aus der neusten Zeit anzuführen. Die Feindschaft der Bulgaren gegen die Rumänen datiert erst von dem Zeitpunkt an, wo Rumänien sich in den Besitz der Dobrudscha setzte. Wer solche Erfahrungen berücksichtigt, wird nicht glauben können, daß Völker den Zustand einer Gebietsverstümmelung auch nur einen Augenblick als ihr historisches Schicksal hinnehmen und dazu schweigen würden. Sie würden den Frieden nur mit dem inneren Vorbehalt schließen, ihn sobald wie möglich zu brechen; sie würden sich, sobald nur einige Aussicht auf Erfolg gegeben, erheben, und die Welt würde von neuem in Flammen stehen.

Unterworfene Staaten, wie Belgien, mit einer früher demokratisch regierten, nunmehr politisch entrechteten Bevölkerung würden Herde fortwährender Revolutionen werden, denn man darf nicht vergessen, daß die Annexion nicht nur bei den Wallonen, sondern auch bei den Flamen etwaigen Sympathien, die vielleicht vor dem Kriege für Deutschland vorhanden waren, gründlich den Garaus machen würde.

Das Beispiel Preußens nach der Niederwerfung durch Napoleon zeigt deutlich, daß die Unterworfenen diesen Zustand nur kurze Zeit ertragen und sobald wie möglich das Joch abzuschütteln versuchen. Seitdem sind mehr als 100 Jahre verflossen, und die politische Entwicklung hat ohne Frage die Völker im Bewußtsein der Freiheit weitergebracht und sie weniger denn je disponiert, sich solchen Gewaltmaßnahmen zu beugen. Man muß schon gar nichts von der Völkerpsychologie wissen, um zu glauben, daß Jahrhunderte vergehen können, bevor die eherne Notwendigkeit des Lebens die durch einen „deutschen Frieden" niedergehaltenen Staaten wieder zum Kampf rufen würde.

Die unmittelbare Folge des annexionistischen Friedens wäre also die Entstehung einer neuen Weltkoalition. England, Rußland, Amerika, Italien, Japan usw. würden auf die Dauer zu unseren Todfeinden werden. Der Frieden würde keine Versöhnung, sondern neuen Haß hervorbringen. Ein neuer gegen Deutschland gerichteter Völkerbund würde sich über alle Hindernisse natürlicher Differenzierung hinwegsetzen und alles zusammenschweißen, was durch die divergierenden Wirtschaftsinteressen von selbst oder durch eine kluge auswärtige Politik sonst auseinandergehalten werden könnte.

Es ist nicht anzunehmen, daß die Schwächung dieser Staaten durch den jetzigen Krieg ihnen die innere Kraft zu einem neuen Offensivbündnis nehmen kann. Der Haß erzeugt wie die Liebe ungeheure Kräfte in den Einzelnen wie in den Völkern. Es ist nicht wahr, daß wir unter solchen Verhältnissen einer besseren Zukunft entgegengehen. Viele von uns werden lieber begraben sein wollen, als in einer Welt leben, die das Deutsche Reich auf den verderblichen Weg der Angliederung fremder Gebiete locken und damit für uns eine Zukunft heraufbeschwören will, die ernstlich keinem als

wünschenswert erscheinen kann. Wer die Sicherung des Deutschen Reichs durch Annexionen wünscht, muß sich dieser Konsequenzen bewußt werden. Da sie in ihrer Verwirklichung der Gesamtheit zum Schaden gereichen würden, so können sie kein Ziel deutscher Politik sein.

Die Lehmann'schen Kriegszielforderungen sind daher falsch. Ihre Verwirklichung wäre staatsgefährlich. Ihr Inhalt ist Hochverrat an unserer Zukunft. Nicht guter oder schlechter Friede heißt heute die Alternative. Denn kein Friede, auch wenn er das Maximum des Erreichbaren brächte, wird voll befriedigen können. Die entscheidende Frage ist: Soll der Krieg so rasch wie möglich durch einen Verständigungs- und Rechtsfrieden liquidiert werden, oder sollen die Völker in dem Streben nach einem einseitigen Machtfrieden noch längere Zeit weiter bluten?

Die Antwort auf diese Frage kann bei vernünftiger Abwägung beider Eventualitäten keinen Augenblick zweifelhaft sein.

* * *

Es erscheint gegenüber den in dieser Schrift bekämpften Kriegszielen kaum noch nötig, positiv zu sagen, was wir wollen, denn es geht aus den bisherigen Darlegungen bereits mit Deutlichkeit hervor. Es sei daher nur noch einmal das Wesentlichste kurz zusammengefaßt. Wir wollen einen Frieden, der nicht auf der Macht, sondern der Vernunft und dem Recht beruht und der auf der Grundlage neuer Staatenbeziehungen, von den Völkern selbst garantiert wird. Denn ein Machtfriede kann unmöglich von Dauer sein. Die Macht ist nicht, wie es den alldeutschen „Realpolitikern" erscheint, das einzig Reale in der Geschichte. Dieser Krieg hat deutlicher, denn irgendein anderer gezeigt, daß mit bloßer Macht nicht alles durchzusetzen und zu erreichen ist.

Nur ein Rechtsfrieden trägt in sich die Garantie der Dauer. Aber auch nur dann, wenn die Beziehungen der Völker auf neue Grundlagen gestellt werden. Die bisherige Anarchie zwischen den Kulturstaaten, die den Ausbruch des Krieges verschuldet hat, hat einer zwischenstaatlichen Organisation Platz zu machen, in der Deutschland — das demokratisierte Deutschland — dieselbe Stellung als Friedensgarant einnimmt, wie die anderen Teilnehmer in diesem großen Bunde. Das neue Weltstaatensystem, in welchem die Streitigkeiten und Konflikte nicht mehr mit den Waffen ausgetragen werden, muß aber so organisiert sein, daß ein Friedensbrecher nicht mehr die Möglichkeit hat, unsägliches Unheil über die Menschheit zu bringen.

Diese Organisation ist hier nicht in ihren Grundzügen zu schildern. Auskunft über sie gibt eine große Literatur.

Baut sich der kommende Friedensschluß auf diesem Grundgedanken auf, dann wird in Zukunft verhütet werden, daß unsere Kinder und Kindeskinder von solchem entsetzlichen Elend heimgesucht

werden, wie es dieser Krieg über die Welt gebracht hat. Die Völker zu befreien von dem ungeheuren Alpdruck, der bisher auf ihrer Kultur, ihrem geistigen und materiellen Leben lastete, und der sie jetzt an den Rand des Ruins gebracht hat — das ist die Losung, die sich auch das Deutsche Reich zu eigen machen muß. Gegenüber dieser großen Menschheitsfrage verblassen alle Versuche, die Zukunft der Völker durch Veränderungen der Landkarte sicherzustellen.

Dr. Oskar Stillich.

Anhang.

Braucht Deutschland neue Kohlen- und Erzgebiete, insbesondere das Becken von Longwy-Briey?

Privatdozent Dr. Goßner (München), der „Bearbeiter" der internationalen Bergwerksstatistik in der annexionistischen Broschüre: „Deutschlands Zukunft bei einem guten und einem schlechten Frieden", hält es für überflüssig, das von den alldeutschen Imperialisten behauptete „Lebensinteresse Deutschlands" an dem ostfranzösischen Eisenerz- (Minette-) und dem nordfranzösisch-belgischen Kohlengebiet erst nachzuweisen. Er entscheidet einfach: „Das nehmen wir!" Genau so verfahren die französischen Annexionisten, unter denen Hauptleute der Schwerindustrie (Schneider-Creusot) und der Hochfinanz die führende Rolle spielen, indem sie auf unser elsaß-lothringisches Eisenerz- und Kaligebiet und auf unser Saarkohlenbecken hinweisen mit der Behauptung, nur nach ihrer Einverleibung in Frankreich sei „der Krieg nicht umsonst" gewesen. Bis dies erreicht, erfordere es die „nationale Ehre", den Krieg fortzuführen. So hüben wie drüben.

Goßner hat sich nicht nur die Begründung seiner Eroberungsziele geschenkt, er liefert außerdem eine statistische Übersicht, die von der vielgerühmten deutschen Gründlichkeit nicht angekränkelt ist. Indem er wiederholt versichert, seine Angaben über die Kohlen- und Erzförderungen bezögen sich auf die Zeit „vor dem Kriege", erweckt er den Anschein, es handle sich um Ergebnisse des letzten oder doch wenigstens des vorletzten Friedensjahres, und selbstverständlich seien es vergleichbare Ziffern.

Tatsächlich nennt er überwiegend Förderungsziffern aus den Jahren 1911 und 1910. Die von ihm angeführte britische, französische und die russische Zahl (Kohlenförderung) stimmt überhaupt mit keinem amtlich ermittelten Jahresergebnis überein! Bei der Angabe der deutschen Eisenerzförderung unterläßt es der gründliche „Bearbeiter", auch die bekanntlich mit ihr wirtschaftspolitisch zusammenfallende luxemburgische Minettegewinnung mit zu rechnen.

Dadurch erscheint unsere Eisenerzförderung auch erheblich weniger bedeutend, als sie faktisch ist.

Das Ungehörigste ist, daß Goßner, dem zweifellos ohne nennenswerte Mühe die einschlägige amtliche Statistik zugänglich ist, solche Produktionsziffern miteinander vergleicht, die, weil sie verschiedene Zeiträume betreffen, gar nicht vergleichbar sind. Er verstößt gröblich gegen den fundamentalen Lehrsatz: nur Vergleichbares zu vergleichen. Dadurch gibt er allerdings ein Schulbeispiel für die Leichtfertigkeit, mit der vielfach in der annexionistischen Literatur hochwichtige welt- und nationalwirtschaftliche Probleme verarbeitet werden.

Den Nachweis von der annexionistischerseits erhobenen Behauptung: „Deutschlands Lebensinteresse" zwinge es zum Festhalten der erz- und kohlenhaltigen „besetzten Gebiete", unterläßt Goßner vermutlich, weil ihm bekannt ist, daß dieser Nachweis mit Gründen gemeinwirtschaftlicher Natur nicht zu führen ist. Die deutsche Bergwerks- und Hüttenindustrie war nämlich vor dem Kriege hinsichtlich ihrer Kohlen- und Eisenerzversorgung in der vergleichsweise glücklichsten Lage. Ein Gewaltfrieden nach dem Rezept Goßners und seiner Gesinnungsgenossen würde aber gerade die Entwicklungsmöglichkeit unserer Industrie unabsehbar schwer benachteiligen.

Die zuverlässigsten geologischen Ermittelungen und Schätzungen haben für Europa einen Kohlenvorrat von rund 784 Milliarden Tonnen ergeben. Davon kommen auf Deutschland allein rund 423 Milliarden Tonnen, während Großbritannien nur über 189,5, Rußland über 60, Österreich-Ungarn über 59, Frankreich über 17,5 und Belgien gar nur über 11 Milliarden Tonnen verfügt! Wenn alle europäischen industriellen Konkurenten Deutschlands schon längst ihren inländischen Kohlenvorrat aufgebraucht haben, vermag Deutschland seinen Kohlenbedarf noch reichlich Hunderte von Jahren aus inländischen Ablagerungen zu decken! Das ist durchaus erfreulich für uns. Aber man soll deshalb auch einem ununterrichteten Publikum nicht vorreden, es sähe bedrohlich für Deutschlands Zukunft aus, wenn es auf die tatsächlich verhältnismäßig geringfügigen und minderwertigen belgisch-nordfranzösischen Kohlenablagerungen „verzichtete".

Goßner führt seinen Lesern die richtigen Vorratsziffern vor, läßt sich aber dadurch nicht abhalten, ganz naiv noch 27 Milliarden Tonnen für die Mittelmächte zu annektieren und seinen Lesern gar in blauen Feldern vorzuführen, wie Frankreichs Vorräte von 17,58 auf 4,8 Milliarden Tonnen herabgehen würden! Würde nach dieser ungeheuer tief in das Wirtschaftsleben Frankreichs einschneidenden Amputation noch ein kulturelles Zusammenwirken beider Völker möglich sein? Darüber machen sich Goßner und Genossen gar keine Gedanken.

Der außerordentliche Kohlenreichtum Deutschlands kam auch in unserer ganz rapide gestiegenen Ausfuhr fossiler Brennstoffe

zum Ausdruck. Die Berichte des in alldeutsch-imperialistischem Sinne gewiß unverdächtigen Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats sagen über die deutsche Steinkohlenindustrie: Es betrug

	1903	1913
die Förderung	116,63 Mill. To.	191,51 Mill. To.
der inländische Verbrauch	106,01 „ „	157,92 „ „
der Förderungsüberschuß	10,62 „ „	33,59 „ „

Die deutsche Kohlenförderung ist also in den letzten Friedensjahren enorm über den Inlandsbedarf hinausgewachsen. Infolgedessen wurde die Ausfuhr ganz außerordentlich, und zwar notorisch oft zu erheblich geringeren Tonnenpreisen, als im Inlande gezahlt werden mußten, gesteigert.

Im Jahre 1913 sind einschließlich Koks und Briketts (die Mengen in Rohkohlen umgerechnet) nicht weniger als 44,91 Millionen Tonnen Steinkohlen aus Deutschland exportiert worden, gegen 25,73 im Jahre 1907. Von 1900 bis einschließlich 1913 stieg der britische Kohlenexport um rund 70, der deutsche aber um rund 127 %! Diese gewaltige Exportsteigerung war aber großenteils nur möglich durch Gewährung niedriger Auslandspreise. Von der Kohlenförderung in Oberschlesien, Rheinland-Westfalen und des Saargebiets zusammen wurden 1885: 80,46, 1913 nur noch 71,30 % im deutschen Inlande abgesetzt. Wir versorgten demnach mit unserem überquellenden Förderungsplus in stark steigendem Maße das Ausland. Trotzdem war in den meisten Jahren von zahlreichen Kohlenzechen die Klage zu hören, sie könnten wegen Absatzmangels ihre Leistungsfähigkeit bei weitem nicht ausnutzen. Das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat hat selbst 1913, trotz erhöhter Ausfuhr, gegen Jahresende nur noch bis 84,18 % der Beteiligungsziffer an Kohlen, 79,25 % an Briketts, und an Koks sogar nur 57,73 % der Beteiligungsziffer zum Absatz bringen können.

Für unsere Betrachtung ist es nun von erheblicher Bedeutung, daß fast ein Drittel unserer Steinkohlenausfuhr nach Belgien, Frankreich und Rußland ging (1913 von 34,5 zusammen 11,17 Millionen Tonnen), also in diejenigen Wirtschaftsgebiete, deren wichtigste Kohlenbezirke angeblich für Deutschland unentbehrlich sein sollen. Speziell das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat hat in den beiden letzten Friedensjahren durchschnittlich 45 % seines Auslandversandes in Belgien und Frankreich verkauft. Zeitweilig wurde dort der Markt mit deutschen Kohlen zu billigen Preisen so stark belegt, daß sich die belgisch-französischen Kohlenbergleute an ihre deutschen Berufsgenossen mit der Bitte wandten, doch gegen diesen billigen Massenexport Stellung zu nehmen, weil er auch die wirtschaftliche Lage der Bergwerksarbeiter in den betreffenden Gebieten in der schlimmsten Weise benachteilige. Andererseits kamen auch von deutschen industriellen Kohlenverbrauchern lebhafte Proteste gegen die niedrigen Exportpreise für unsere Kohlen. Durch sie würde die aus-

ländische Industrieentwicklung ganz wesentlich unterstützt. Deutschland war beispielsweise beteiligt an der französischen

	1900	1913
Kohleneinfuhr mit	6,18 %	18,63 %
Kokseinfuhr mit	51,53 %	77,95 %

Das sind wirtschaftliche Tatsachen, die es dem Sachkenner schlechterdings unmöglich machen, ernsthaft die Behauptung aufzustellen, „Deutschlands Lebensinteressen" zwängen es, sich im „Westen und Osten" die „besetzten", kohlenhaltigen „Gebiete" anzugliedern. Unser Export an fossilen Brennstoffen wurde vielmehr vor dem Kriege so enorm gesteigert, daß immer mehr sehr beachtenswerte Stimmen sich gegen diese maßlose Massenausfuhr unserer wertvollen Kohle in das Ausland (noch dazu zu Preisen oft weit unter den von den Grubensyndikaten hochgehaltenen Inlandspreisen) warnend und protestierend erhoben. Von diesen Vorgängen und Tatsachen, die vor dem Kriege auch sehr häufig den Gegenstand kritischer parlamentarischer Erörterungen bildeten, sagen die annexionistischen Schriftsteller ihren Lesern wohlweislich kein Wort.

Privatdozent Dr. Goßner erzählt seinen Lesern auch nichts von der fast beispiellosen Entwicklung unserer Eisen- und Stahlindustrie, deren jüngste Geschichte gleichfalls schlagend die Haltlosigkeit der annexionistischen Eroberungsforderungen erweist. Die geologischen Ermittelungen und Schätzungen der Eisenerzvorräte lassen ebenfalls erkennen, daß in dieser Hinsicht Deutschland gerade gegenüber seinem bedeutendsten europäischen Konkurrenten, Großbritannien, sehr günstig von der Mutter Natur bedacht wurde. Nach den geologischen Forschungen beliefen sich kurz vor dem Kriege die sicheren Eisenerzvorräte in Deutschland auf 3607,7, in Frankreich auf 3300, in Großbritannien auf 1300, in Schweden auf 1158, in Europäisch-Rußland auf 864,6, in Spanien auf 711, in Norwegen auf 367, in Luxemburg (deutsches Zollgebiet) auf 270, in Österreich und Ungarn auf 284, in Belgien auf nur 62 Millionen Tonnen. Also auch in dieser Hinsicht ist Deutschland von allen europäischen Industriestaaten am besten versorgt, abgesehen vielleicht von Rußland, dessen ungeheures inneres Gebiet noch nicht genügend geologisch durchforscht ist.

Goßner nennt wieder die richtigen Vorratsziffern und befürwortet gleichwohl Annexionen, durch die, wie er triumphierend in farbigen Diagrammen seinen Lesern vorführt, die Erzvorräte der Mittelmächte von 3892 auf 6984 (also von rund 4000 auf rund 7000) Millionen Tonnen anwachsen würden, für Frankreich aber von seinen 3300 nur noch 300 Millionen Tonnen übrig blieben. Auch über die weltpolitischen Folgen dieser kolossalen Amputation machen sich Goßner und Genossen keine Gedanken.

Wie sehr Deutschland hinsichtlich seiner inländischen Erzversorgung gegenüber England begünstigt ist, geht auch aus der soeben von der Dresdener Bank herausgegebenen 3. Auflage der Schrift: „Die wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands" hervor. Nach

dieser Schrift reichen unsere eigenen Eisenerzvorräte, wenn wir die Förderziffer von 1913 in Betracht nehmen, weit über 100 Jahre; dagegen sind die englischen schon nach rund 80 Jahren erschöpft. Deutschlands Anteil an den europäischen Eisenerzvorräten beläuft sich auf 32,3 %, der englische Anteil nur auf rund 10,8 %. Die englische Eisen- und Stahlindustrie muß längst schon einen größeren Teil ihres Eisenerzbedarfs importieren als die deutsche.

Frankreich, dessen wichtigstes Eisenerzgebiet (Bassin de Briey im Departement Meurthe et Moselle) von unseren Annexionisten als ein „Lebensbedürfnis Deutschlands" gefordert wird, hat zwar einen außerordentlich reichen Eisenerzvorrat, aber dafür besitzt es nicht annähernd genügende Hüttenkohlen (Kokskohlen) im Lande! Es muß sie darum in großen Massen einführen. Wir zeigten bereits, daß sich Deutschland in weit überragendem Maße an der Versorgung Frankreichs namentlich mit Koks beteiligte. Frankreich befindet sich somit in einer ähnlichen Lage wie die sehr erzreichen Länder Spanien und Schweden-Norwegen, nur daß letztere bezüglich der inländischen Kohlenversorgung noch sehr viel schlechter als Frankreich gestellt sind. Infolgedessen müssen sie wohl oder übel einen noch weit größeren Teil ihrer reichhaltigen Erzförderung exportieren. (Schweden exportierte über 80 % seiner Förderung, von der Gesamtausfuhr gingen über 70 % nach Deutschland.) Diese erzreichen, aber kohlenarmen Länder sind die natürlichen Versorgungsbezirke solcher Industriestaaten wie Großbritannien, Belgien und Deutschland, deren Eigenförderung hinter dem Verbrauch zurückgeblieben ist. Auch Rußland führte einen großen Teil seiner hochwertigen ukrainischen Eisenerze aus, weil es ihm ebenfalls an genügenden Hüttenkohlen fehlt. Von der Betrachtung der ganz außerordentlich günstigen Produktionsbedingungen der Eisen- und Stahlindustrie in den Vereinigten Staaten von Nordamerika (überreichlich gute Kohlen- und Erzvorräte) kann hier abgesehen werden. Es sei nur betont, daß die europäischen Wirtschaftsvölker alle Veranlassung haben, schon um der gewaltig erstarkten amerikanischen Konkurrenz nicht zu unterliegen, schnellstens die gegenseitige Zerfleischung einzustellen!

Deutschland erfreute sich einer so reichlichen Eisenerzversorgung aus den Gruben des Zollinlandes (etwa 75 % des Verbrauches) und aus dem Auslande, daß es seit 1900 bis einschließlich 1913 seine Roheisenerzeugung von 8,52 auf 19,30, seine Stahlerzeugung gleichzeitig von 6,64 auf 19,02 Millionen Tonnen steigern, damit seinen Hauptkonkurrenten Großbritannien (1913: 10,64 Millionen Tonnen Roheisen, 7,78 Millionen Tonnen Stahl) weit überflügeln konnte! Ja, unsere Eisenerzversorgung aus dem noch jetzt neutralen Auslande war so leicht durchführbar und massenhaft, daß wichtige inländische Eisenerzgebiete, wie das Siegerland und der nassauisch-hessische Bezirk, eben durch diesen kolossalen Massenimport in schwere wirtschaft-

liche Bedrängnis gerieten. Infolgedessen sind von dort wiederholt an die Gesetzgebung Anträge auf Einschränkung des Eisenerzimports durch Einführung eines Einfuhrzolls gerichtet worden, und die preußische Regierung sah sich genötigt, durch bedeutende Ermäßigung der Eisenbahntarife jenen Bezirken die stärkere Abfuhr ihrer Förderung, z. B. nach Oberschlesien, zu ermöglichen. Von den siegen-nassauischen Erzen aber schrieb am 2. Februar 1917 die „Rhein.-Westf. Ztg.", sie bildeten „sozusagen die Grundlage für unsere Kriegführung". Dieses mithin auch für unsere Landesverteidigung hochwichtige Erzgebiet war vor dem Kriege in Gefahr, durch den von unseren Großhüttenwerken forcierten Massenimport ausländischer Erze schließlich wirtschaftlich zugrunde gerichtet zu werden. Jedenfalls beweist auch dies, daß die deutsche Eisen- und Stahlindustrie ihren Eisenerzverbrauch ohne größere Schwierigkeiten, als ihre Konkurrenz zu überwinden hatte, reichlich decken konnte.

Unser Eisenerzimport kam aber der Menge (1913: 8,19 Millionen Tonnen), noch weit mehr der Qualität nach vorzugsweise aus Skandinavien und Spanien, also aus Ländern, die in diesem Kriege neutral geblieben sind. Von dort werden wir nach Friedensschluß wieder wie vor dem Kriege unseren Erzbedarf ergänzend decken können, um so besser, wenn ein Verständigungsfriede die gegen Deutschland in der Welt bestehende große Abneigung rasch mildert und bald ganz beseitigt.

Von unserem ganzen Eisenerzimport (1913 abzüglich der Ausfuhr noch 11,41 Millionen Tonnen) kamen nur 2,957 Millionen Tonnen (abzüglich Ausfuhr) aus Frankreich. Die französischen Erze reichten nicht einmal zur Erzeugung von einer Million Tonnen Roheisen aus. Hingegen exportierte Deutschland im Jahre 1913 an Roheisen, Halbzeug, Alteisen, Walzwerkserzeugnissen, Eisenwaren und Maschinen eine Gesamtmenge von 7,09 Millionen Tonnen, während an gleichen Gütern nur noch rund 706 000 Tonnen importiert wurden! Nach den Ermittelungen des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller hat in Deutschland betragen pro Kopf der Bevölkerung

	1871/74	1890	1900	1912
die Eisenerzeugung	46,7 kg	97,1 kg	151,4 kg	268,52 kg
der Eisenverbrauch	57,8 kg	81,7 kg	131,1 kg	155,54 kg

Derart rasch und gewaltig ist die deutsche Eisenerzeugung absolut und über den Eigenverbrauch hinaus gestiegen. Rund 40 % unserer Eisenerzeugung wurden schon 1912 nicht mehr im Inlande verbraucht. Deutschland wurde so das Land mit der größten Eisen- und Stahlausfuhr. Und während allgemein seitens der deutschen Eisen- und Stahlindustrie nach nur kurzen Perioden ziemlich ausreichenden Absatzes immer lebhafter über mangelnde Aufträge, auch über die Notwendigkeit, die Produktion wegen Absatzmangels erheblich einschränken zu müssen, geklagt worden ist, vermochten namentlich die maßgebenden „gemischten" Riesenwerke (deren Leiter und Besitzer jetzt meistens zu den aus-

schweifendsten Annexionspropagandisten gehören!) sich überreichlich mit Erzen aus dem Auslande zu versorgen. Das bezeugt ja zweifellos die sozusagen sprunghafte Steigerung der deutschen Eisen- und Stahlerzeugung, die immer weiter hinaus ging über den Inlandsverbrauch.

Was von der Kohle gesagt wurde, trifft auch auf Eisen und Stahl zu: Die Werksyndikate warfen immer größere Überschußmengen der Erzeugung auf die Auslandsmärkte zu oft weit unter den inländischen sich haltenden Preisen! Die Exporteure entschuldigten dies mit der Notwendigkeit, den überquellenden Erzeugungsüberschuß unbedingt absetzen zu müssen, um das hohe Werkskapital zu verzinsen und den Arbeitern und Beamten Beschäftigung geben zu müssen. Anderseits protestierten die kleinen und mittleren inländischen Weiterverarbeiter von Eisen und Stahl gegen diese billige Versorgung und Verstärkung der ausländischen Konkurrenz, forderten sogar den Schutz der Gesetzgebung gegen diese Ausfuhrpolitik der großindustriellen Syndikate durch Aufhebung des Roheisen- und Halbzeugzolls usw.

Mag man sich in diesem heftig geführten Streit stellen wie man will, soviel geht auch aus diesen Vorgängen und Tatsachen hervor, daß es der deutschen Eisen- und Stahlindustrie vor dem Kriege nicht an ihren wichtigsten Rohstoffen, Eisenerzen und Kohlen, sondern an genügend Käufern des enorm wachsenden Warenüberflusses, an ausreichenden Absatzgebieten gefehlt hat! Der Versand des Roheisensyndikats sank nach der letzten Hochkonjunktur vor dem Kriege in manchen Monaten wieder auf unter 80 % der Beteiligungsziffer. Die siegen-nassauischen Eisensteinzechen und die Minettegruben in Lothringen-Luxemburg arbeiteten da wieder mit eingeschränktem Betrieb. Der Stahlwerksverband berichtete über zunehmende Absatzschwierigkeiten, und die Lager waren überfüllt. Von dem Halbzeugversand des Stahlwerksverbandes erhielt das

	Inland	Ausland
1905/06:	72,61 %	27,39 %
1912/13:	61,86 %	38,14 %
1913/14:	54,13 %	45,87 %

So gingen immer größere Mengen unseres vorzüglichen Halbzeugs, schließlich 1913/14 beinahe die Hälfte des Gesamtversandes des Stahlwerksverbandes an diesen Halbfabrikaten, in das Ausland hinaus, notorisch oft zu erheblich niedrigeren als den Inlandspreisen, und förderten die ausländische Konkurrenz. Vornehmlich die britische, denn der größte Teil der deutschen Halbzeugausfuhr ging ausgerechnet nach Großbritannien! Welcher vernünftige und sachkundige Mensch kann trotzdem ernsthaft die Behauptung wagen, Deutschlands Wohl und Wehe hinge von der Annexion von neuen Gebieten mit Kohlen- und Erzablagerungen ab? Wir litten ja unter einem wachsenden Produktions-

überfluß, oder, was auf dasselbe hinauskommt: an dem Mangel an Absatzgebieten, an Abnehmern unserer Waren! Wer glaubt denn, diesem entscheidenden Mangel durch die Annexion der fraglichen Grenzgebiete abhelfen zu können?

Die natürlichen Verhältnisse drängen gerade Deutschlands und Frankreichs Montanindustrien zum friedlichen Austausch der Rohmaterialien Kohlen und Erze. Der Austausch war vor dem Kriege bereits umfangreich arrangiert durch die Bergwerks- und Hüttenindustrie in den beiderseitigen Grenzbezirken. Ein sehr großer Teil der französischen Erzkonzessionen war deutschen Hüttenwerken verliehen. Deutschland lieferte der französischen Industrie Hüttenkohlen und Koks, Frankreich versorgte uns mit Eisenerzen. Risse man Elsaß-Lothringen, von wo wir über 70 % unserer Eisenerze beziehen, von Deutschland los, oder trennte man das französische Minettegebiet vom Mutterlande ab, dann wäre dies ein ungeheuer schwerer, wenn nicht gar tödlicher Schlag gegen den betroffenen Wirtschaftsstaat! Unstreitig wäre dies die Einleitung zu einem neuen Völkermorden! Wer glaubt denn, daß wir nach der Verwirklichung des alldeutsch-imperialistischen Gewaltfriedens die unbedingt nötigen größeren Absatzgebiete auf dem Weltmarkt für unsere außerordentlich stark über den Eigenbedarf hinausgehende Produktion an Kohlen, Eisen und Stahl finden würden?

Belgien ist bekanntlich ein so großindustriell durchsättigtes Gebiet, daß es noch viel stärker als Deutschland für den Export arbeitete. Die Annexion dieses Landes, das schon hauptsächlich deutscherseits sehr stark mit Industrieerzeugnissen versorgt worden ist, würde also dem mächtig zunehmenden Absatzbedürfnis unserer Fertigindustrie nicht entgegenkommen, vielmehr hätte diese „Eingemeindung" zweifellos nur wieder ungünstige Folgen für unseren Außenhandel. Großbritannien war vor dem Kriege der stärkste Abnehmer deutscher Eisen- und Stahlfabrikate. Dieses, übrigens für beide Länder lukrative Verhältnis kann schnellstens nur auf der Grundlage eines Friedensschlusses, der politische und wirtschaftliche Vergewaltigungen möglichst dauernd ausschließt, wiederhergestellt werden. Mit Rußland tauschten wir gegen industrielle Rohstoffe (Erze, Holz usw.) und Nahrungsmittel bedeutende Mengen industrieller Fabrikate aus, und wir werden wieder zu einem großen Warenhandel mit diesem zukunftsreichen, gewaltigen Absatzgebiet kommen, wenn auf den Gewaltfrieden verzichtet wird.

Es wird von den annexionistischen Schriften aber ferner verschwiegen, daß selbst dann, wenn die von ihr empfohlene „Eingemeindung der besetzten Gebiete" erfolgt wäre, auch nicht einmal unsere Bergwerks-, Eisen-, Stahl- und die Maschinenindustrie mit den notwendigsten Betriebsmaterialien und Werkmetallen versorgt wäre. Diese Industrien brauchen auch zum Teil sehr bedeutende Mengen von Kupfer, Blei, Zinn, Nickel, Mangan,

Platin, Aluminium, ferner benötigen wir Schwefel, Quecksilber, Wolfram, Silber, Gold usw. zur Aufrechterhaltung unserer Metallindustrie. Wir brauchen auch eine gewaltige Menge Petroleum. Alle diese und weiter andere industrielle Roh- und Halbrohstoffe (wobei vornehmlich auf den Wollenbedarf unserer großen Textilindustrie verwiesen sei!) sind für uns Importartikel, die weit überwiegend in überseeischen, unter der Herrschaft oder dem Einfluß der jetzigen Ententemächte stehenden Gebieten gewonnen werden! Ein Gewaltfrieden nach alldeutsch-imperialistischem Diktat würde nur die deutschfeindlichen Boykottmaßnahmen gegen unseren Außenhandel unterstützen, uns den Bezug jener für unsere industrielle Tätigkeit unentbehrlichen Metalle und sonstigen Roh- und Halbstoffe ungeheuer erschweren, wenn nicht gar mindestens auf längere Zeit ganz abschneiden.

Es ist äußerst charakteristisch, wie sich unsere Annexionisten mit dieser Tatsache abzufinden versuchen. Goßner selbst kann nicht umhin, als unseren außerordentlichen Mangel an Manganerzen (für Bereitung von Qualitätsstahl) zuzugestehen. Er weiß, daß wir fast unseren ganzen großen Manganbedarf aus Inner-Rußland, Spanien, Brasilien und Indien beziehen müssen. Aber leichthin schreibt er: „Deutschland bleibt also auf die Einfuhr (von Mangan) aus dem Kaukasus (!) und auf rege Handelsbeziehungen dorthin angewiesen!" Das wagt man zu schreiben, nachdem man die Annexion großer, für die Volkswirtschaft der betreffenden Staaten außerordentlich wichtiger Landesteile vorgeschlagen hat. Erst der rücksichtslose Gewaltfrieden — und dann „rege Handelsbeziehungen" mit den sehr empfindlich amputierten Staaten!

Außerordentlich bezeichnend für die leichtfertige Art, mit der unser Annexionist die schwierigsten weltwirtschaftlichen Probleme „löst", ist auch seine Behandlung der Petroleumfrage. Schlankweg behauptet Goßner: „Durch Einbeziehung Rumäniens in unser Wirtschaftsgebiet (?) wird Deutschlands Petroleumbedarf ungefähr gedeckt." Welche erstaunliche Leichtfertigkeit! Rumäniens Rohölgewinnung belief sich 1913 auf rund 1,806 Millionen Tonnen. Nach den Reichstagsmaterialien zum Gesetzentwurf betr. deutsches Petroleummonopol (1913), die sich auf die Verhältnisse bis 1911 bezogen, dürften aus der genannten rumänischen Rohölgewinnung etwa 360 000 Tonnen Leuchtöl raffiniert worden sein. Den deutschen Petroleumbedarf für 1913 berechnete eine Regierungsschrift auf 741 231 Tonnen. Mithin würde die ganze rumänische Leuchtölgewinnung (wovon man natürlich im Lande selbst auch verbraucht) kaum zur Hälfte ausreichen für den Bedarf Deutschlands! Danach ermesse man auch die „wissenschaftliche Gründlichkeit", mit der unsere alldeutsch-imperialistischen Eroberungspropagandisten „Deutschlands Zukunft bei einem guten und bei einem schlechten Frieden" zu schildern imstande sind.

Wer also die Gesamtbedürfnisse aller deutschen Industrien, ihre Entwicklungsnotwendigkeiten gewissenhaft prüft, der wird die annexionistischen Vorschläge betreffend die fraglichen neuen Kohlen- und Eisenerzgebiete entschieden ablehnen müssen!

Otto Hue,
M. d. L.

Nachwort.

Siebzehn Einwände und siebzehn Antworten.

Wer das Verlangen nach einem Verständigungsfrieden vertritt, stößt immer wieder auf die gleichen Einwendungen, die oft in leidenschaftlichster Form erhoben werden, wie wir das auch in der Lehmannschen Schrift sehen. Die Widerlegung ist nicht schwer, wenn sie auch noch einigen Raum beansprucht.

Erster Einwand. „Das Bekenntnis zu einem Verständigungsfrieden erscheint als ein Zeichen der Schwäche, das die Gegner ermutigt, ihren Kriegswillen stärkt und den Krieg verlängert."

Antwort. Dies ist wohl der am häufigsten gebrauchte und beachtenswerteste Einwand. Und doch ist er falsch. Wäre er richtig, so müßte ja jede Erklärung der Friedensbereitschaft den Gegner veranlassen, den Krieg erst recht fortzusetzen, und man könnte niemals zum Frieden kommen. Die Vernunft müßte ewig vor der Unvernunft kapitulieren. Es kommt auf die Umstände, auf Zeit, Form und Inhalt der Erklärung zur Friedensbereitschaft an. Im besonderen wäre noch folgendes zu sagen:

1) Wir Pazifisten haben das Verlangen nach einem Verständigungsfrieden vom Beginn des Krieges an grundsätzlich vertreten, in den Tagen glänzendster Siege, als die deutschen Heere sich Paris näherten, als sie Polen eroberten und als sie den Weg nach Konstantinopel frei machten, so gut wie in trüberen Zeiten. Niemand kann deshalb aus unserem Eintreten für einen Verständigungsfrieden auf Schwäche schließen. Wenn jetzt andere mit uns gehen, so ist das ein Sieg der Vernunft, aber nicht der Schwäche.

2) Daß im feindlichen Ausland Aeußerungen deutscher Friedensbereitschaft als „Zeichen der Schwäche" zur Aufpeitschung der Kriegsstimmung von gewissen Kreisen agitatorisch verwertet werden, beweist gar nichts. Kein Wort, keine Handlung, auch kein Schweigen ist vor solcher Verwertung sicher. Die alldeutschen Kriegszielforderungen werden erst recht (und mit besserem Recht) als Zeugnisse dessen, was die Welt von einem siegreichen Deutschland zu erwarten hätte, zur Stimmungsmache im feindlichen Ausland verwertet.

3) Ob wir als schwach oder stark erscheinen, entscheiden, auch für das Urteil des feindlichen Auslandes, Tatsachen, nicht Worte. Die militärischen Erfolge in Ostgalizien, die Eroberung Rigas, der zähe Widerstand auf der Westfront, die Ziffern des U-Bootkrieges, die Erhöhung der Kartoffelration auf der einen, die langdauernde allgemeine Unterernährung, die Verordnungen der Reichsbekleidungsstelle und der Ortskohlenstellen, die Beschlagnahme der Kirchenglocken auf der andern Seite, sind solche Tatsachen. Vielleicht bewertet sie das Ausland grundfalsch; jedenfalls aber bestimmen sie sein Urteil über unsere Schwäche oder Stärke, unabhängig von unseren Erklärungen über die Kriegsziele.

4) Wer sich sicher fühlt, daß Tatsachen eine Mißdeutung seiner Worte schließlich widerlegen müssen, kann in Ruhe seine Friedensbereitschaft erklären und dazu auch ganz offen bekennen, daß die allgemeine, mit jedem Tag steigende Not, unter der alle kriegführenden Völker leiden, es zur Pflicht macht, dem Kriege lieber heute als morgen ein Ende zu setzen. Sind bei unseren Gegnern die Vertröstungen auf den Sieg, der in nächster Aussicht stehen soll, aber immer noch nicht kommen will, und die Schilderungen von deutscher Verruchtheit etwa ein Zeichen von Stärke?

Zweiter Einwand. „Die militärische Lage nötigt uns doch nicht zu einem solchen Verzichtfrieden."

Antwort. Es ist kein Verzichtfriede, den wir fordern. Wir verzichten auf nichts, was uns gehört und was der Friede zur Wahrung der Lebensinteressen des deutschen Volkes uns bringen muß. Wenn nach einem überwältigenden Sieg die Feinde wehrlos am Boden lägen, dürften wir, wenn wir an das wahre Wohl des deutschen Volkes und an seine Zukunft denken, in den wesentlichsten Punkten auch keine anderen Friedensbedingungen aufstellen.

Dritter Einwand. „Ein Friede ohne Annexionen und ohne Kriegsentschädigung ist für Deutschland gleichbedeutend mit einer Niederlage."

Antwort. Im feindlichen Ausland wird behauptet und haarklein „bewiesen", man müsse den Krieg fortsetzen, weil ein jetzt geschlossener Friede, auch ohne alle Annexionen und Kriegsentschädigungen, ein Triumph für Deutschland sei und ihm die führende Stelle in Europa geben müsse.

Wie in Wirklichkeit die Lage nach Friedensschluß sein wird, ist schwer zu beurteilen. Aber so viel wird man sagen dürfen: Die bloße Tatsache, daß Deutschland, verbündet nur mit Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei, abgeschnitten vom Weltverkehr, sich gegen ein Bündnis, das fünf Erdteile und vier Fünftel der Bevölkerung der ganzen Erde umfaßt, militärisch und wirtschaftlich behauptet hat, wird nach Friedensschluß erst den mächtigen Eindruck machen, der nicht zur Geltung kommen kann, solange die Leidenschaft des Kampfes die Gemüter beherrscht.

Wenn Deutschland einen Verteidigungskrieg geführt hat, so ist die ungeschmälerte Behauptung seiner Stellung gegenüber einer so gewaltigen Koalition ein großer Erfolg, — eine siegreiche Verteidigung, keine Niederlage.

Um bei einem Frieden ohne Annexionen und ohne Kriegsentschädigung von einer Niederlage zu sprechen, müßte man voraussetzen, Deutschland habe den Krieg geführt, um Eroberungen zu machen oder um die Machtstellung eines fremden Staates zu zerstören. Wollen das unsere Alldeutschen etwa behaupten?

Vierter Einwand. „Es ist eine unglaublich naive Zumutung an die deutsche Politik und an die deutsche Heeresleitung, die besetzten Gebiete ohne weiteres aufzugeben."

Antwort. Niemand in unseren Reihen stellt eine solche Zumutung. Deutschland und seine Verbündeten sollen im Rahmen der Grundsätze eines Verständigungsfriedens Bedingungen stellen und Gegenleistungen fordern für die Räumung besetzter Gebiete.

Die Feinde haben einen Winkel des Elsaß, kleine Gebietsteile Oesterreichs, große wichtige Länder der Türkei, fast unsere ganzen Kolonien in ihrer Hand. Das sind Kompensationsobjekte.

Wir dürfen unsere Bundesgenossen nicht im Stiche lassen, und auch ein deutsches Interesse gebietet, daß England sich nicht in Mesopotamien und auf der Sinai-Halbinsel festsetzt oder daß Armenien nicht in russischen Besitz übergeht. Wir werden auch die Rückgabe unserer Kolonien fordern oder vollwertigen Ersatz für jene Teile von ihnen, die wir etwa aufgeben müssen oder wollen, und wir werden versuchen, uns ein zusammenhängendes afrikanisches Kolonialreich zu schaffen.

Wir werden aber vor allem Bedingungen stellen im Interesse der deutschen Industrie und des Handels, um unsere Stellung auf dem Weltmarkt zurückzugewinnen und besser als vor dem Kriege zu sichern. Das ist eine Lebensfrage für Deutschland. Sie glücklich zu erledigen, ist mehr wert als Landerwerb und Kriegsentschädigungen.

Fünfter Einwand. „Aber wir brauchen Annexionen zur Sicherung unserer Grenzen."

Antwort. Man muß zweierlei unterscheiden: Erstens kann die Gestaltung des Staatsgebietes als Fläche (entweder in einer geschlossenen Einheit oder mit entlegenen, vom Ausland umklammerten Gebietskeilen) zur Verteidigung günstig oder ungünstig sein. Zweitens kann die Grenze selbst als Linie günstige oder ungünstige Verteidigungsbedingungen darbieten, indem sie entweder offen daliegt oder durch natürliche Hindernisse, Flüsse, Seen oder Gebirge Schutz gewährt.

Was den ersten Punkt anlangt, die Gebietsgestaltung als Fläche, so würden Annexionen im Osten, wenn sie nicht tief nach Polen

hineingreifen (was heute wohl niemand mehr will), die Lage wohl für Ostpreußen, aber nicht im ganzen verbessern, sondern eher verschlechtern. Statt Ostpreußen würden wir die ganzen baltischen, viel weiter nordwärts sich erstreckenden Küstengebiete zu verteidigen haben, die nur auf einer verhältnismäßig schmalen Basis mit dem übrigen Reichskörper zusammenhängen würden.

Was den zweiten Punkt, die Grenz-Linien anlangt, so wird von Fachleuten behauptet, daß die Erfahrungen dieses Krieges, mit der Schützengrabentechnik, die Bedeutung der strategischen Grenzen stark herabgesetzt haben, es müßte sich denn um Hindernisse ersten Ranges, wie breite Ströme, ausgedehnte Sümpfe und Seen oder steilansteigende Höhenzüge und schwer zugängliche Gebirge handeln. Die Gewinnung solcher idealen strategischen Grenzen kommt aber praktisch für uns kaum in Frage. Die Vorteile würden mehr als aufgewogen werden durch den Nachteil, Gebiete mit volksfremder Bevölkerung einverleiben und deren verbitterte Feindseligkeit durch ein Schreckensregiment im Zaume halten zu müssen.

Sechster Einwand. „Aber wir müssen uns der Deutschen in Rußland, besonders in den baltischen Provinzen annehmen, und dürfen sie nicht russischer Willkür überlassen."

Antwort. Ganz einverstanden. Aber wir sollen deshalb nicht annektieren, sondern wir sollen im Friedensvertrag den Deutschen in Rußland ihre nationalen Rechte auf der gleichen Grundlage wie allen anderen nationalen Minderheiten in allen vertragsschließenden Ländern sichern.

Den baltischen Provinzen gebührt eine Autonomie, die allerdings nicht mit der Herrschaft des Deutschtums gleichbedeutend ist aber die deutsche Kultur dort gegen jede Vergewaltigung sicherstellen muß.

Die Annexion der baltischen Provinzen würde uns ein deutsches Irland bescheren; denn die Masse der Bevölkerung, bestehend aus Letten und Esten, die erst seit verhältnismäßig kurzer Zeit zu nationalem Leben erwacht und damit in einen Gegensatz zu den Deutschen geraten sind, würde der deutschen Herrschaft (noch dazu ausgeübt durch das preußische Beamtentum!) mit erbitterter Feindseligkeit gegenüberstehen. Das Deutschtum hat in den baltischen Provinzen Großes geleistet und gibt ihnen noch heute ihr kulturelles Gepräge, bildet aber nur eine dünne Oberschicht von Großgrundbesitzern, Studierten, Kaufleuten, Industriellen usw., im ganzen nur etwa 7% der Bevölkerung.

Die Annexion von Kurland würde wahrscheinlich bedeuten, daß das sonstige Deutschtum in Rußland der schlimmsten Unterdrückung ausgesetzt wäre. Wir Annexionsgegner aber wollen es in seinen politischen und nationalen, wirtschaftlichen und kulturellen Rechten nach den für alle nationalen Minderheiten geltenden Grundsätzen gleichmäßig schützen.

Siebenter Einwand. „Aber wir brauchen Annexionen, um uns, besonders für den Fall eines neuen Krieges, mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen zu versorgen."

Antwort. Wir wollen unterscheiden zwischen Nahrungsmitteln, Kohlen und Eisenerzen und schließlich sonstigen Rohstoffen.

1) Nahrungsmittel. Gewiß würde für die Ernährung der Bevölkerung unsere Unabhängigkeit vom Ausland durch Annexionen im Osten gesteigert werden können. Annexionen im Westen aber, die gleichzeitig verlangt werden, würden sie — vielleicht im gleichen Maße, vielleicht noch etwas mehr, vielleicht auch etwas weniger (das würde vom Umfang der Annexionen hier und dort abhängen) — gerade im Gegenteil herabsetzen.

Dieser Krieg hat uns gezeigt, daß wir trotz nahezu völliger Absperrung von ausländischer Zufuhr dank den während der letzten Jahrzehnte außerordentlich gestiegenen Leistungen der deutschen Landwirtschaft nicht zu verhungern brauchen, sondern, wenn auch unter Entbehrungen, durchkommen. Systematische Hebung der landwirtschaftlichen Produktion und systematische Vorsorge in Friedenszeit können unsere Lage, selbst bei weiterem Wachstum der Bevölkerung, noch bessern.

Eine Reform des Seekriegs-Rechtes im Sinne der „Freiheit der Meere", die uns der Friede bringen muß, wird die neutralen Mächte befähigen, ihr natürliches Interesse an der Aufrechterhaltung des Handels mit Nahrungsmitteln auch in Kriegszeiten durchzusetzen.

2) Eisenerze und Kohlen. Dafür sei hier lediglich verwiesen auf die Ausführungen des Herrn Dr. Stillich auf Seite 25—27 und den besonderen Artikel des Herrn Abgeordneten Hue Seite 51—60.

3) Sonstige Rohstoffe. Unsere Erfahrungen zeigen, daß wir den Krieg jahrelang fortführen können, trotzdem wir von ausländischen Zufuhren fast ganz abgeschnitten sind. Es ist dies wohl eine der wunderbarsten Ueberraschungen dieses Krieges, eine der größten Enttäuschungen für unsere Gegner. Wer hätte es wohl für möglich gehalten, daß Deutschland fast ohne Zufuhr von Kupfer und Salpeter, von Gummi, Petroleum und Fetten, von Wolle und Baumwolle sich auf der Höhe voller militärischer Leistungsfähigkeit würde behaupten können! Wir verdanken das den außerordentlichen Leistungen der Technik und Industrie, die für die uns fehlenden Materialen Ersatz geschaffen haben.

Jedenfalls lassen sich Annexionen unter dem Gesichtspunkt der Rohstoffversorgung nicht begründen. Gebiete, in denen wir Rohstoffe für die Kriegführung außer Eisenerzen und Kohlen gewinnen könnten, kommen für Annexionsgelüste ja auch kaum in Frage.

Achter Einwand. „Aber wir brauchen eine Kriegsentschädigung zum Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens und zur Deckung der Schulden des Reiches, der Einzelstaaten und der Ge-

meinden, da wir sonst unter der Steuerlast erliegen werden. Was ihr wollt, ist der Hungerfriede."

Antwort. Gewiß werden die wirtschaftlichen und finanziellen Folgen des Krieges sich nach Friedensschluß in einem Maße geltend machen, das noch gar nicht auszudenken ist, und gewiß wäre es in hohem Maße wünschenswert, wenn eine beträchtliche Zahl von Milliarden zur Minderung des Druckes, der auf dem Wirtschaftswie auf dem Staatsleben lasten wird, zur Verfügung gestellt werden könnte.

Aber es ist nicht möglich.

Daß der Versuch, die volle Erstattung der Kriegsschäden und Kriegskosten dem feindlichen Ausland aufzuzwingen, bald nach Friedensschluß zur Revolution in den tributpflichtig gemachten Ländern und zu einem neuen Kriege führen müßte, ist oben (S. 4 f.) gezeigt worden.

Die Abwälzung eines gewissen Teiles der Kriegsschäden auf fremde Schultern wäre vielleicht theoretisch denkbar. Haben die Völker der feindlichen Koalition vielleicht 300 Milliarden zu decken, so kann man für 30 Milliarden mehr kein absolutes Unmöglich behaupten.

Aber in einem Frieden, der unter den heutigen Verhältnissen geschlossen wird, ist diese Kriegsentschädigung offenbar nicht zu haben; sie setzt voraus, daß die Gegner in ihrer Gesamtheit sich als besiegt bekennen. Der Krieg müßte also über den Zeitpunkt hinaus, in dem es möglich sein wird, sich über die sonstigen Bedingungen zu verständigen, fortgeführt werden, nur um eine Kriegsentschädigung zu erzwingen. Auf wie lange? Darauf gibt es keine sichere Antwort.

Und wenn uns jemand Gewähr leisten könnte, daß in einer gewissen Zeit, in drei, vier oder sechs Monaten, wir so weit sein würden, eine Kriegsentschädigung zu erhalten, dürften wir dann diese Monate hindurch weiter Hunderttausende von Menschenleben opfern und andere Hunderttausende zu Krüppeln schießen lassen, nur um finanziellen Gewinnes willen?

Und wenn jemand brutal genug wäre, um diese Frage zu bejahen, könnte er uns verbürgen, daß wir dabei auch nur finanziell und wirtschaftlich etwas gewönnen? Wäre nicht vielmehr mit der Wahrscheinlichkeit zu rechnen, daß die wirtschaftlichen und finanziellen Opfer dieser Monate viel, viel größer sein würden, als die zu erwartende Kriegsentschädigung? Fortführung des Krieges um einer Kriegsentschädigung willen ist, ganz kalt gerechnet und zynisch ausgedrückt, ein schlechtes Geschäft; es kommen dabei die Spesen nicht heraus.

Ein rückwärts gewendeter Vergleich mag es anschaulich machen. Im Frühjahr 1915, ehe die „Lusitania" torpediert wurde, ehe sich das englische Ministerium zu einem Koalitions-Ministerium umbildete und ehe Italien in den Krieg trat, bestand vielleicht eine Möglichkeit zum Frieden zu gelangen, wenn Deutschland bereit gewesen wäre, Belgiens volle Unabhängigkeit wieder herzustellen und für die Ver-

letzung seiner Neutralität eine Entschädigung zu gewähren, etwa in Form eines Kaufpreises von einigen Milliarden — sagen wir, hochgegriffen, 5 Milliarden — für den Kongostaat. Wenn solche Friedensbedingungen damals öffentlich vorgeschlagen worden wären, hätte die gewaltige Mehrheit des deutschen Volkes sie wahrscheinlich mit Entrüstung zurückgewiesen. Wenn uns heute ein Friede, auch wieder mit Wiederherstellung der Unabhängigkeit Belgiens, aber mit einer uns zu zahlenden Kriegsentschädigung von 50 Milliarden angeboten würde, so würden viele von denen, die sich früher entrüstet hätten, sicher glauben, daß dieses Anerbieten doch weit günstiger sei, als das Ansinnen vom Frühjahr 1915, und daß wir also diese 2 1/2 Jahre doch nicht umsonst weitergekämpft hätten. In Wirklichkeit würden wir uns — von den furchtbaren Menschenopfern dieser 2 1/2 Jahre ganz abgesehen — rein wirtschaftlich und finanziell bei einem Frieden im Frühjahr 1915 mit 5 Milliarden Zubuße um viele Milliarden (nach Rechnung der Alldeutschen um mindestens 100 Milliarden) besser gestanden haben als bei einem Frieden im Herbst 1917 mit 50 Milliarden Kriegsentschädigung!

So außer allem Verhältnis zu einer vielleicht möglichen Kriegsentschädigung stehen die durch den Krieg auferlegten Lasten, direkte Kriegskosten, zerstörte wirtschaftliche Werte und finanzielle Verpflichtungen für die Hinterbliebenen- und Invalidenversorgung zusammen gerechnet.

So muß man sich, von grundsätzlichen Erwägungen ganz abgesehen, darein finden: Wer den Frieden unter absehbaren Verhältnissen will, muß auf eine Kriegsentschädigung verzichten.

Dieser Krieg weist eben ganz andere Verhältnisse auf, als jeder andere Krieg zuvor. Die Verwüstung des Wirtschaftslebens, verbunden mit der gigantischen Höhe der Kriegskosten, gibt auch der Frage der Kriegsentschädigungen ein ganz anderes Gesicht. Die finanziellen und wirtschaftlichen Lasten von der einen Seite auf die andere zu übertragen, ist eine bare Unmöglichkeit. Das ganze am Kriege beteiligte, verarmte Europa wird die schwere Last der Kriegsschäden und Kriegskosten Jahrzehnte hindurch schleppen müssen. Daran wird kein Friedensvertrag etwas ändern können.

Ist diese Aussicht trübe, so kann es, soweit die Konkurrenz in der Weltwirtschaft nach dem Kriege in Frage kommt, ein gewisser Trost sein, daß fast alle unsere großen wirtschaftlichen Konkurrenten, wenigstens in Europa, unter den gleichen drückenden Verhältnissen zu leiden haben werden. Hoffentlich wird die Konkurrenz der vom Kriege verschonten Wirtschaftsgebiete nicht zu übermächtig werden, und hoffentlich wird die Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie des schweren Druckes Herr werden. Ihr die Vorbedingungen dafür zu schaffen, ist die wichtigste Aufgabe bei den Friedensverhandlungen.

Sie wird um so schwerer, je später der Friede kommt. Es sei nur eine Einzelheit hervorgehoben. Von größter Bedeutung für uns ist das russische Wirtschaftsgebiet. England und Amerika sind

auf dem Wege, dasselbe ganz in ihre Hand zu bringen. Je länger der Krieg dauert, um so schwerer wird es sein, dort noch Platz für deutsche Unternehmungen und für den Absatz der deutschen Industrie zu finden.

Neunter Einwand. „Es gilt nur noch kurze Zeit durchzuhalten. Dann werden die feindlichen Mächte, wenn auch vielleicht nicht niedergezwungen, uns doch als Sieger anerkennen und um Frieden bitten müssen."

Antwort. Diese Hoffnung stützt sich auf die Wirkungen des verschärften U-Bootkrieges, und es hängt also alles davon ab, wie diese einzuschätzen sind und welches Maß von Sicherheit für deren Einschätzung besteht.

Die Wirkungen des U-Bootkrieges sind gewiß für die feindlichen Mächte höchst empfindlich. Sie spüren sie von Monat zu Monat mehr in ihrer Versorgung mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen, in dem Verkehr untereinander, mit den Neutralen und mit den Kriegsschauplätzen, in Schwierigkeiten sowohl der Lebenshaltung daheim wie der Kriegführung. Wird ein Loch gestopft, so wird ein anderes aufgerissen; wird die Verwendung des verminderten Schiffsraums auf ein besonders dringendes Bedürfnis konzentriert, so leiden dafür andere Bedürfnisse Not. Dadurch muß der Wunsch, bald zum Frieden zu gelangen, gesteigert werden.

Ob aber die Wirkungen des U-Bootkrieges unsere Gegner, und besonders England, dazu bringen können, Friedensbedingungen anzunehmen, die nicht die eines Verständigungs-Friedens wären, Bedingungen, wie sie nur der Sieger dem Besiegten zumuten kann, und wie lange Zeit (die Möglichkeit einmal angenommen) bis dahin vergehen würde, — das vermag niemand zu sagen.

Die Wirkungen des U-Bootkrieges, gemessen in der Vernichtung feindlichen Schiffsraums, lassen sich auch für die Zukunft ziemlich genau und sicher in Rechnung stellen, nur mit dem einen Vorbehalt, daß die Abwehrmaßnahmen nicht durch neue Erfindungen wesentlich verbessert werden. Weniger genau aber ist abzuschätzen, bis zu welcher Höhe die Ersetzung des vernichteten Schiffsraums durch Neubauten im Laufe der Zeit gesteigert werden kann. Die ganze Welt baut jetzt Schiffe für unsere Gegner, und wie viele Werften neu entstanden sind, wissen wir nicht. Noch weniger genau lassen sich die wirtschaftlichen und militärischen Wirkungen berechnen. Und am ungewissesten ist es, wie weit die Fähigkeit unserer Feinde gehen wird, durch Einschränkungen aller Art den Wirkungen des U-Bootkrieges Trotz zu bieten. Denken wir nur daran, wie viele Erfahrungen, die aller Voraussagungen spotteten, der Krieg gebracht hat — bei uns und bei unseren Feinden.

Das Schicksal der Voraussagungen über die Wirkungen des U-Bootkrieges sollte abschreckend wirken. Hat es doch Leute gegeben, die in der Oeffentlichkeit behaupteten, nach drei Monaten uneingeschränkten U-Bootkrieges werde England am Verhungern

sein. Jetzt kann man schon lesen: daß England durch den U-Bootkrieg ausgehungert werden könne, habe niemals ein vernünftiger Mensch behauptet. Wie hat sich ein so kluger Mann wie Herr von Heydebrand durch seine Prophezeiung über die Wirkungen des U-Bootkrieges kompromittiert! Selbst Staatssekretär Helfferich, der so lange die Anwendung der Waffe bekämpft hatte, hat sich, nachdem der U-Bootkrieg begonnen hatte, zu Behauptungen verleiten lassen, die jetzt schon durch die Erfahrung widerlegt sind.

In der Lehmannschen Broschüre, die im März 1917 ausgegeben wurde, versichern Lehmann und v. Gruber um die Wette, die U-Boote würden „in wenigen Monaten England so weit gebracht haben, daß es um Frieden bitten muß" (S. 5), dann, der rücksichtslose U-Bootkrieg werde „England bald zum Bewußtsein bringen, daß es rettungslos verloren sei, wenn er noch lange dauert (S. 7)," und endlich (in einer späteren Auflage), der Krieg werde, „wenn nur die U-Boote rücksichtslos weiter arbeiten dürfen, in wenigen Monaten beendet sein." (S. 14).

Die Uhr der Herren Lehmann und v. Gruber ist längst abgelaufen. Ihre Prophezeiungen, daß es in wenigen Monaten mit England zu Ende sein werde, sind stehen geblieben; sie haben im September 1917 nicht mehr Wert als ein Halbjahr vorher im März.

Zehnter Einwand. „Also soll nach solchen Opfern von Gut und Blut alles umsonst gewesen sein? Das Volk verlangt nach einem Lohn der Opfer."

Antwort. Das ist, wie zugegeben werden muß, wieder ein weithin volkstümlicher Gedanke. Man begegnet ihm in den verschiedensten Kreisen. Was darauf zu sagen ist, hat Dr. Stillich schon kurz angedeutet (s. S. 29). Annexionen und Geldsummen können niemals für die furchtbaren Opfer an Menschenglück und Menschenleben entschädigen und dürfen damit überhaupt nicht in Vergleich gestellt werden.

Die furchtbaren Blutopfer haben übrigens fast alle am Kriege beteiligten Völker ziemlich gleichmäßig gebracht und einige von ihnen haben noch weit schlimmer als wir unter den Verwüstungen des Krieges gelitten. Sollen sie alle durch Gebietserweiterungen und Kriegsentschädigungen den Lohn ihrer Opfer erhalten?

Wenn man überhaupt von einem Lohn der Opfer sprechen darf, so kann er nur darin gefunden werden, daß der Friede, der diesen Krieg beendet, uns und unsere Nachkommen vor der Wiederkehr einer so entsetzlichen Katastrophe behütet. Das ist der Sinn des Rechtsfriedens, den wir im Gegensatz zu den Alldeutschen fordern, des Friedens, der nicht in einen Wirtschaftskrieg überleiten, nicht eine noch gesteigerte dauernde Verbitterung schaffen darf, der vielmehr eine bessere internationale Gemeinschaft und eine internationale Rechtsordnung bringen soll, einen Frieden der Verständigung und der Versöhnung.

Elfter Einwand. „Aber es ist naiv, zu glauben, daß wir durch Nachgiebigkeit die Freundschaft unserer Feinde gewinnen könnten. Nur wenn wir ihnen rücksichtslose Kraft zeigen, werden sie uns respektieren; wenn wir ihnen nachlaufen, ernten wir nur Verachtung."

Antwort. Es fällt uns gar nicht ein, um die Freundschaft der feindlichen Völker durch Nachgiebigkeit zu werben oder uns der Illusion hinzugeben, nach der Erbitterung dieses Krieges würden die Völker, gerührt über unseren Edelmut, sich als Brüder in die Arme sinken. Wir rechnen mit einer lange nachwirkenden Verbitterung; aber wir rechnen auch auf die gesunden eigenen Interessen der Völker und fordern von den Friedensbedingungen in dieser Richtung lediglich, daß sie diese Interessen nicht hindern sich geltend zu machen.

Die eigenen Interessen der Völker werden ihnen gebieten, die alten Beziehungen, zunächst auf dem Gebiet des Warenaustausches, wieder anzuknüpfen und sich auf friedliches Zusammenleben einzurichten. Dann wird die Verknüpfung der wirtschaftlichen und kulturellen Interessen zur Wiederaufnahme auch von freundschaftlichen Beziehungen führen. Die Friedensbedingungen müssen nur verhindern, daß künstlich ein Wirtschaftskrieg organisiert wird; sie müssen vielmehr gewisse Grundsätze der Verkehrsfreiheit international verbindlich festlegen.

Die eigenen Interessen der Völker werden auch andere politische Gruppierungen, andere Interessengemeinschaften und andere Interessengegensätze sich entwickeln lassen als jene, die heute die Welt beherrschen. Dann werden sich ganz von selbst auch für Deutschland wieder Anknüpfungen ergeben, die heute für immer abgerissen erscheinen. Das soll man nicht erzwingen wollen; es kommt schon ganz von selbst. Die Friedensbedingungen dürfen nur nicht künstliche Hindernisse für diese Entwicklung schaffen und dürfen unsere Kriegsgegner nicht zwingen, weiter gegen uns zusammen zu stehen. Davon war oben (S. 35—38) die Rede.

Also ganz nüchterne Realpolitik, statt der alldeutschen Gefühlspolitik!

Zwölfter Einwand. „Aber es ist utopisch, auf das Zustandekommen und gar auf den Bestand einer überstaatlichen internationalen Rechtsordnung zu rechnen. Krieg war ewig und wird ewig sein. Der ewige Friede ist ein Traum."

Antwort. Persönliche Gewalttätigkeit war auch ewig und wird ewig sein. Das hat nicht gehindert, eine staatliche Ordnung zu schaffen, der auch das gewalttätigste Individuum sich unterwerfen muß. Blutrache und Fehde waren auch einst erlaubte Rechtsmittel, Bestandteile der Rechtsordnung. Sie sind zu Verletzungen der Rechtsordnung, zu Verbrechen des Mordes, des Raubes und des Landfriedensbruches geworden. Der ewige Friede bedeutet nicht die

Errichtung eines Weltfriedensvertrages, der niemals mehr und von keinem Staat gebrochen werden könnte, sondern das Einleben in eine internationale Rechtsordnung, die nicht mehr verletzt werden kann, ohne daß gegen das Verbrechen des Friedensbruches sich der überlegene geeinte Wille aller Nationen geltend macht, um den Friedensbrecher im Zaume zu halten. Diesem ewigen Frieden hat nicht nur ein Immanuel Kant seinen berühmten Traktat gewidmet; auch ein Moltke, von dem immer nur das Wort zitiert wird, der ewige Friede sei ein Traum und nicht einmal ein schöner, hat sich in jüngeren Jahren ausdrücklich zu dieser „viel verspotteten Idee" bekannt.

Ob eine internationale Rechtsordnung jetzt sogleich in aller Vollkommenheit geschaffen werden kann und ob sie sich ungestört einleben wird, ist eine müßige Frage. Was fest steht, ist die zwingende Notwendigkeit, sie zu schaffen. Sie war vor dem Kriege im Entstehen begriffen; die Haager Konventionen hatten den Grund zu ihr gelegt. Der Krieg hat diese Entwicklung unterbrochen; aber zugleich hat er das Verlangen danach in einem nie geahnten Maße gesteigert und ausgebreitet. „Dieser Krieg muß der letzte Krieg gewesen sein" ist eine Forderung, die uns von allen Seiten entgegenschallt, wie noch niemals während eines Krieges. Manches, was früher unmöglich schien, ist fast selbstverständlich geworden. Was früher Utopie war, ist heute eine Aufgabe praktischer politischer Arbeit.

Das Nötigste darüber und über Deutschlands Verpflichtung, auch in seinem eigenen Interesse dabei mitzuwirken, ist im Vorwort S. 6—11 gesagt.

Von entscheidender Bedeutung wird es sein, im Friedensvertrag die wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine friedliche Gemeinschaft der Völker zu schaffen und dann an den Wiederaufbau des internationalen Wirtschaftslebens zu gehen. Eine internationale Rechtsordnung fordern und gleichzeitig den Wirtschaftskrieg organisieren wollen, ist offenbar vollendeter Widersinn. Zu organisieren sind vielmehr internationale wirtschaftliche Interessengemeinschaften. In ihnen wird die politische internationale Rechtsordnung ihre beste Stütze finden.

Ob nun eine solche internationale Rechtsordnung, wenn sie zustande kommt, dauernde Geltung gewinnen und sich in kritischen Situationen durchsetzen wird? Das hängt davon ab, ob sie sich in dem Rechtsbewußtsein der Völker befestigt. Ohne das würden die Paragraphen eines Vertrages tote Buchstaben bleiben. Die Zukunft kann niemand mit Sicherheit voraussagen. Aber man darf darauf vertrauen, daß ein Menschenalter hindurch und darüber hinaus die Erinnerung an den Weltkrieg und das Grauen, etwas ähnlich Entsetzliches könne wiederkehren, jede Neigung den Weltfrieden zu brechen unterdrücken und die internationale Rechtsordnung sichern werden — vorausgesetzt immer, daß nicht einer der Parteien Friedensbedingungen aufgezwungen werden, die den Keim eines neuen Krieges in sich bergen. Inzwischen können die den Frieden schirmenden Einrichtungen ausgebaut werden und im Rechtsbewußtsein

der Völker sich verankern, so daß man hoffen darf, sie werden dauernde Geltung gewinnen. Doch die Sorge darum können wir unseren Nachfahren überlassen. Tun wir nur, was die Gegenwart gebietet.

Dreizehnter Einwand. „Aber Deutschland darf seine Lebens- und Ehrenfragen nicht einem Schiedsgericht übertragen. Wir würden dabei immer im Nachteil sein, weil wir immer eine Mehrheit gegen uns haben werden."

Antwort. Die Bedingungen des Friedensschlusses werden ein neues materielles Recht schaffen in den Fragen der Gebietsverteilung, der Nationalitäten, der internationalen wirtschaftlichen Beziehungen und des Staatenverkehrs. Daran wird künftig jede Schiedsgerichtsbarkeit gebunden sein. Wenn Deutschland diesen Rechtszustand, diesen neuen „Statusquo" des Friedensvertrages beachten und nicht gewaltsam beseitigen will, wird es keinen Anlaß haben, irgend ein Schiedsgericht zu fürchten. Alle bisherigen Erfahrungen sprechen für eine durchaus befriedigende unparteiische Wirksamkeit internationaler Schiedsgerichte. Die nationale wie die persönliche Ehre wird durch Anrufen rechtlicher Entscheidung jedenfalls zuverlässiger gewahrt, als durch Gewaltakte. Das Recht des Stärkeren verhilft oft genug dem Unrecht zum Siege.

Das internationale Schiedsgericht darf aber nicht durch ein bloßes formales Recht, gebunden an starre Rechtsnormen, der Entwicklung über den Statusquo des Friedensvertrages hinaus den Weg versperren; Entwicklungsfreiheit muß gewahrt werden. Das liegt im Interesse des Fortschritts der Gesamtheit und im Interesse zukunftsreicher lebensvoller Nationen im besonderen. Für die neu auftretenden Probleme künftiger Entwicklung und die Interessenkonflikte, die sich daraus ergeben, wird nicht schiedsgerichtliche Entscheidung im eigentlichen Sinne, sondern eine organisierte internationale Vermittlung anzurufen sein, ähnlich wie in den sozialen Konflikten unserer industriellen Entwicklung das Gewerbegericht als Einigungsamt in Tätigkeit tritt.

Die Befürchtung, Deutschland könnte bei schiedsgerichtlicher Entscheidung und bei dieser organisierten Vermittlung benachteiligt werden, weil es heute fast alle Mächte zu Gegnern habe, also immer einer geschlossenen Mehrheit gegenüberstehen würde, beruht auf krasser Unkenntnis. Schiedsgericht und Untersuchungskommision werden nach den Haager Konventionen für jeden einzelnen Streitfall so zusammengesetzt, daß vollkommene Parität verbürgt ist. Dabei muß es selbstverständlich für die Rechtsprechung in allen politischen Fragen und für die Vermittlung von Interessenkonflikten bleiben Nur reine Rechtsfragen können unbedenklich einem ständigen Gerichtshof, dessen Zusammensetzung nach anderen Grundsätzen erfolgt, übertragen werden.

Vierzehnter Einwand. „Aber Deutschland kann niemals eine Beschränkung der Rüstungen oder eine Abrüstung annehmen. Es würde in seiner gefährdeten Lage den Angriffen seiner Nachbarn wehrlos ausgesetzt sein."

Antwort. Wer diesen oft gehörten Einwand erhebt, scheint in der seltsamen Vorstellung befangen zu sein, als ob Deutschland abrüsten sollte, während seine Nachbarn gerüstet blieben. Das hat selbstverständlich noch niemals jemand — außer verrückt gewordenen Chauvinisten jetzt während des Krieges — Deutschland zugemutet. Es handelt sich immer nur um „gleichzeitige und gleichmäßige Verminderung des Rüstungswesens," wie in der päpstlichen Note vom 1. August gesagt ist. Es kommt für die Stellung und die Sicherheit des einzelnen immer nur auf die Relation der Kräfte und nicht auf ihre absolute Größe an. Ob zwei Gegner sich mit einer Rüstung von 100 zu 80 oder von 50 zu 40 oder von 20 zu 16 gegenüber stehen, macht für ihr Kräfteverhältnis und für den voraussichtlichen Ausgang des Kampfes keinen Unterschied.

Die Frage der vertragsmäßigen Rüstungsbeschränkung ist, wie auch von Pazifisten immer anerkannt worden ist, so schwierig, daß vor dem Kriege kein wirklich ernsthafter praktischer Versuch zu ihrer Lösung gemacht worden ist. Jetzt zwingt die Not eine Lösung zu versuchen; denn es scheint ganz undenkbar, neben den furchtbaren finanziellen Lasten, die der Krieg allen beteiligten Staaten hinterlassen wird, auch noch die eines neuen Rüstungswettkampfes zu tragen, der, einmal begonnen, bald ins Ungemessene anwachsen und in sich die Gefahr eines neuen Krieges tragen würde.

Tritt man der Frage näher, wie die vertragsmäßige Beschränkung der Rüstungen zu vereinbaren und durchzuführen ist, so wird sich wahrscheinlich herausstellen, daß die radikale, sofortige und vollständige Abrüstung weniger Schwierigkeiten bietet, als eine vertragsmäßige Beschränkung. Auch die päpstliche Note scheint eine solche Abrüstung im Auge zu haben. Das würde natürlich eine ungeheure Umwälzung, auch in der Industrie und in den inneren politischen Verhältnissen der Staaten bedeuten, aber eine Umwälzung, die den Völkern einen unermeßlichen Segen bringen müßte.

Dann würde Deutschland also waffenlos dastehen, unfähig sich zu verteidigen? Nein, das Entscheidende ist: die Waffen zum Angriff würden fehlen; auch Deutschlands Gegner wären waffenlos, unfähig es anzugreifen. Dem ungerüstet angreifenden Gegner aber stände Deutschland mit seiner ganzen organisatorischen Kraft gegenüber, mindestens in dem gleichen Grade befähigt, sich während des Kampfes der Verteidigung die Waffen zu verschaffen, wie jene, die sich erst während des Angriffes rüsten müßten.

Die vollständige Abrüstung ist zugleich die beste Gewähr für die vollständige Freiheit der Meere. Die englische Seeherrschaft hat sich allerdings kaum in Friedenszeiten fühlbar gemacht, hat aber dafür während des Krieges um so unerträglicher die Verkehrsfreiheit nicht nur der Kriegsgegner, sondern auch der Neutralen vernichtet.

Diese Erfahrung wird auch auf die künftige Friedenszeit drücken, wenn nicht Garantien für die Beseitigung des jetzt noch herrschenden Seebeuterechtes geboten werden. Diese Garantien können auf der einen Seite rechtliche sein. Der Friedensvertrag muß sie bringen und man soll ihren Wert nicht leugnen wollen. Sie werden den Neutralen im Fall eines künftigen Krieges eine weit bessere Stellung geben, als bisher. Will man daneben aber materielle Garantien und sich dafür nicht auf die U-Boote verlassen, deren Wirksamkeit jeden Augenblick durch neue Erfindungen ausgeglichen werden kann, so gibt es nur eine Garantie: die vollständige Abrüstung zu Lande und zu Wasser.

Fünfzehnter Einwand. „Wie will man solch einen Frieden vor unseren Soldaten in der Front verantworten? Der Mann im Schützengraben verlangt für das, was er gelitten und geleistet hat, einen kraftvollen Frieden und ist empört über die schwächliche Nachgiebigkeit daheim."

Antwort. Diese Behauptung steht nach unseren Erfahrungen in schroffem Widerspruch zu den Tatsachen.

Wohl gibt es zahlreiche Leute in der Front, die ganz naiv meinen, wir brauchten doch nicht herauszugeben, was wir erobert haben, ohne sich darüber im klaren zu sein, daß das Verbleiben in den eroberten Ländern die Fortsetzung des Krieges bedeutet, und daß es, um das Eroberte zu erhalten, nicht genügt, sich dort militärisch zu behaupten, sondern daß wir die Gegner zwingen müßten, unseren Besitz im Friedensvertrag anzuerkennen. Aber die gleichen Leute lehnen es auf das entschiedenste ab, den Krieg fortzuführen, um Eroberungen zu machen. Sie tun weiter ihre Pflicht, sind auch überzeugt, durchhalten zu können, aber sie verlangen nach Frieden.

Die Verurteilung der Bestrebungen, zu einem Verständigungsfrieden zu gelangen und die Zukunft durch internationale Vereinbarungen zu sichern, findet sich nach unseren Beobachtungen, soweit die Armee in Betracht kommt, wohl in der Heimat und in der Etappe, aber kaum bei der Truppe, die das entsetzliche Elend und die grausigen Gefahren des Kampfes auf sich zu nehmen hat.

Wir haben es lange Zeit streng vermieden, unsere Flugblätter und Schriften an Heeresangehörige und gar an die Front zu schicken. Die Alldeutschen haben bekanntlich anders gehandelt. Für uns war maßgebend, daß es uns nicht richtig schien, die Armee in den Kampf der Meinungen über Kriegs- und Friedensziele hineinzuziehen. Gleichwohl sind natürlich unsere Flugblätter und Schriften ohne unser Zutun in die Hände von Soldaten draußen an der Front gelangt und wir haben daraufhin auch Zuschriften erhalten.

Keine einzige dieser Zuschriften hat die geringste Spur von Gegnerschaft verraten. Die wenig zahlreichen, meist anonym bleibenden Verfasser von Entrüstungs- und Schmähbriefen waren alle weit vom Schuß,

in der Heimat oder in gesicherter Stellung. Die Zustimmungsschreiben waren zum Teil sehr enthusiastisch und sie enthielten in den meisten Fällen die Versicherung, daß die gewaltige Mehrheit der im Kampfe stehenden Truppen der gleichen Ueberzeugung sei. Nicht selten erboten die Briefschreiber sich, uns die Unterschriften ganzer Kompanien Mann für Mann zu verschaffen, ein Anerbieten, das wir immer abgelehnt haben, weil wir eben grundsätzlich eine solche Agitation nicht wollten. Oft äußerten sich unsere Korrespondenten mit der größten Bitterkeit über die Leute, die am Schreibtisch, fern von Gefahren, Kriegsziele aufstellten, die das deutsche Volk sicherlich nicht wolle und für die die Söhne des Volkes draußen im Felde, ohne gefragt zu werden, ihr Leben einsetzen müßten.

Als Probe von vielen ähnlichen Stimmen aus dem Felde sei hier nur ein Schreiben auszugsweise wiedergegeben:

„Durch einen Freund erhielt ich Ihren Aufruf vom 4. 5. 17 und die Denkschrift an den Reichstag. (Gemeint sind der Aufruf zur Kriegszielkundgebung der 24 Verbände, unterz. L. Quidde und die Schrift „Friedensfrage nach der russischen Revolution".)

Ich erkläre mich demgemäß voll und ganz für einen Frieden ohne Annexionen und „Kriegsentschädigung" und mit dem Grundgedanken Ihres Aufrufs einverstanden.

Ich wünsche eine möglichst energische und rücksichtslose Durchführung derselben.

Es steht ganz außer Zweifel, daß . . . . . Frontsoldaten für die Grundgedanken Ihres Aufrufs sind, und diese Stimmen wären ausschlaggebend, nicht die Stimmen derer, die die Köln. Volkszeitung gesammelt, ... hat.

Es ist eine Un . . . . . der K. V. zu behaupten, daß sie die Wünsche und Meinungen des deutschen Volkes und der deutschen Soldaten vertritt.

Die Stimmen, die sie auf oben besagte Art erhält, sind nicht ausschlaggebend, weil sie von Leuten stammen, die . . . . . .

Selbst wenn die K. V. 50- oder 100000 Stimmen für ihre ver . . . . Tendenzen erhält, stellen diese noch lange nicht die Meinungen und Wünsche der übrigen im Felde stehenden Millionen und der in der Heimat unter dem Kriege leidenden Menschen dar, die durch denselben nichts zu gewinnen und nur alles zu verlieren haben und die ihre der K. V. entgegengesetzten Stimmen nicht abgeben können und dürfen.

Die Ausdrucksform meines Briefes mag zum Teil etwas scharf sein; aber die angehäufte Erbitterung kann nur mit den schärfsten Ausdrucksmitteln zum Ausdruck bringen, was gesagt werden muß. Es wäre ein leichtes, massenhafte Unterschriften für diesen Brief zu sammeln, aber . . . . . ."

Der Brief, gestützt durch zahlreiche ähnliche Mitteilungen, gibt jedenfalls ein zutreffenderes Bild von der Auffassung bei den Truppen in der Front, als die empörten Deklamationen der Alldeutschen.

Wir handeln deshalb auch im Sinne unserer kämpfenden Brüder, wenn wir einem Frieden der Verständigung, der Versöhnung und des Rechts den Weg zu bereiten suchen.

Sechzehnter Einwand. „So soll denn das Unrecht nicht gesühnt werden? Die Feinde, die uns überfallen haben, sollen straflos ausgehen?"

Antwort. Die Völker, die ihr strafen möchtet, haben den Krieg nicht verschuldet; sie haben ihn alle nicht gewollt. Wenn ihr aber einwendet: „Aber ihre Regierungen, und jedes Volk ist für die Regierung, die es duldet, verantwortlich zu machen," so antworten wir, daß die Zeit noch nicht gekommen ist, um über die Verantwortung der Regierungen, über die Verstrickung von Schuld, von Verbrechen und Leichtsinn, von Verblendung und Unglück, die zu dem Kriege geführt hat, zu urteilen. Uns fehlt noch die Kenntnis vieler wichtigen Tatsachen und uns fehlt die Ruhe des Gemütes. Mit derselben Sicherheit, mit der man bei uns von dem Ueberfall der Feinde spricht, behauptet man im Auslande, Deutschland habe den Krieg begonnen oder sogar von langer Hand vorbereitet, um alldeutsche Eroberungspläne zu verwirklichen! Und auf beiden Seiten entrüstet man sich über die Beschuldigungen der Gegenpartei und versteht nicht, wie solche tolle Behauptungen überhaupt möglich sind. Die Welt ist noch aus den Fugen, auch noch die Gedankenwelt und es wird geraumer Zeit nach Wiederherstellung des Friedens bedürfen, um sie wieder einzurenken.

Eine unparteiische Untersuchung wird vielleicht einmal feststellen, daß die größere Hälfte der Schuld am Kriege auf das ganze politische System der letzten Jahrzehnte fällt, auf die Methode der Bündnisse und der geheimen Verträge, auf das Wettrüsten, auf das damit verbundene, stetig wachsende gegenseitige Mißtrauen, auf den fatalistischen Glauben, der Krieg sei unvermeidlich und auf ein fehlerhaft aufgebautes diplomatisches System. Und was dann an persönlicher Verantwortung übrig bleibt — es wird nicht wenig sein! — darüber soll später einmal abgerechnet werden.

Wollen wir aber jetzt erst die Frage der Schuld ausmachen, so kommen wir niemals zum Frieden.

Siebzehnter Einwand. „Aber der Friede hängt nicht von unserem Willen ab. Es fehlt die Friedensbereitschaft unserer Feinde. Diese wollen, solange wir siegreich sind, überhaupt nicht verhandeln. Sie wollen nur von einem Frieden etwas wissen, der Deutschland demütigt, ihm Gebietsteile nimmt und seine wirtschaftliche Entwicklung dauernd niederhält. Die Friedensbereitschaft der Feinde muß erst erkämpft werden. Bis dahin haben alle Friedenserörterungen keinen Sinn und schaden nur."

Antwort. Gewiß, solange die Vertreter der feindlichen Mächte Forderungen erheben, die mit einem Frieden der Verständigung und Versöhnung, mit den Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes und mit der Freiheit seiner Entwicklung unvereinbar sind, muß der Krieg fortgeführt werden. Darüber herrscht Einigkeit im ganzen deutschen Volk.

Man prüfe aber auch genau, welche Forderungen von verantwortlichen Männern im feindlichen Ausland wirklich erhoben werden und was nur die wilden Phantasien unverantwortlicher Kriegshetzer, manchmal auch recht phantastische Zusammenstellungen der ihnen gesinnungsverwandten Kreise bei uns in Deutschland sind. Davon hat oben (S. 14—16) Dr. Stillich gehandelt.

Dann vergleiche man weiter, welche Kriegsziele von verantwortlichen Männern des feindlichen Auslandes früher aufgestellt sind, und was davon jetzt noch aufrechterhalten wird. Dann wird man finden, daß die Vernunft doch auch dort Fortschritte gemacht hat. Das Verlangen nach der Rheingrenze z. B. wird in Frankreich jetzt von Politikern verleugnet, die sich früher dafür begeistert haben. Und die früher geforderte Zerstückelung Oesterreich-Ungarns wird umgedeutet in das Verlangen nach Wahrung der nationalen Rechte auch für die nationalen Minderheiten innerhalb des Staatsverbandes.

Endlich versuche man hinter großen Tönen und Worten das Tatsächliche von wirklichen Forderungen und Zugeständnissen aufzufinden. Man wird dann manches, was zuerst bisher anspruchsvoll scheint, arg zusammenschrumpfen sehen.

Wenn jetzt neuerdings mehr und mehr und oft in sehr anmaßendem Tone, als Vorbedingung von Verhandlungen die Forderung erhoben wird, Deutschland müsse sich erst demokratisieren und seine Verfassung ändern, so ist es nicht immer leicht, zu unterscheiden, was dabei ehrliche Ueberzeugung ist und wo die Heuchelei beginnt, auch nicht, wieweit man wirklich bestehende Mängel unseres Verfassungswesens im Auge hat, mit deren Beseitigung wir uns in Deutschland auch beschäftigen, oder wieweit man das Opfer einer grotesken Verzerrung deutscher Zustände und grober Unwissenheit geworden ist.

Die oft anmaßend und herausfordernd auftretende Einmischung in unsere inneren Verhältnisse werden wir mit Recht gebührend zurückweisen. Aber wir dürfen uns dadurch auch nicht irre machen lassen an den Reformen, die für unser Verfassungsleben nach unserer eigenen Ueberzeugung notwendig sind. Wir dürfen auch nicht übersehen, daß die Politik der internationalen Verständigung und die öffentliche Kontrolle über diese Politik, ohne die ihr das notwendige Vertrauen fehlen würde, eine viel stärkere Anteilnahme des Volkes am öffentlichen Leben und eine viel stärkere Einflußnahme des Volkes auf die Regierung voraussetzt, als wir sie bisher bei uns in Deutschland besaßen.

Diese künftige Politik setzt freilich ebenso auch eine ehrlichere und mit stärkeren Garantien umgebene Demokratie in den Ländern unserer hochfahrenden Kritiker voraus. Das wird von niemandem

entschiedener betont, als von den ehrlichen Freunden internationaler Verständigung im feindlichen Ausland. Man kann diese Dinge ruhig erörtern, ohne fortwährend von einer nationalen Entrüstung in die andere zu fallen, ohne sich gegenseitig zu beschimpfen und ohne sich in unzulässiger Weise in die inneren Angelegenheiten des Auslandes zu mischen.

Auch wenn wir alles in Rechnung stellen, was bei der kritischen Betrachtung von den Kriegszielerklärungen des feindlichen Auslandes als Aufputz, als trügerischer Schein oder als bedeutungsloses Beiwerk abfällt, so bleibt gewiß noch genug, was unannehmbar ist. Aber wir nähern uns doch der Möglichkeit von Verhandlungen.

Diese Möglichkeit wird näher rücken, wenn wir, unbeirrt durch glückliche Erfolge auf den Kriegsschauplätzen und ebenso unbeirrt durch aufreizende Erklärungen der Gegenseite, an den Grundsätzen eines Rechts- und Verständigungsfriedens festhalten. Ueberall in den feindlichen Ländern herrscht im Volke eine tiefe Friedenssehnsucht und überall besteht eine starke Partei der vernünftigen Leute. Beide werden gestärkt, wenn man sieht, daß auf das Bekenntnis zu einem Frieden des Rechts und der Versöhnung bei uns in Deutschland Verlaß ist.

Bis zu dem Tage, an dem Verhandlungen auf der Grundlage eines Verständigungsfriedens möglich werden, müssen wir weiter kämpfen. Aber auch keinen Tag länger! Jeder Tag, den der Krieg darüber hinaus fortgeführt würde, um das Ziel eines faulen Friedens nach den Forderungen der Alldeutschen zu erreichen, wäre ein Verbrechen am deutschen Volk und an der Menschheit.

L. O.

Kriegsflugblätter und Flugschriften,

die im Geiste dieser Schrift gehalten sind, werden, soweit keine Zensurverbote entgegenstehen, gern

zur Weiterverbreitung

geliefert. Man wende sich an den Unterzeichneten.

L. Quidde, München, Gedonstraße 4.

Deutsche Friedensgesellschaft.

Erstes Kriegsflugblatt: Vor dem europäischen Kriege?

Zweites Kriegsflugblatt: Nach Ausbruch des europäischen Krieges.

Viertes Kriegsflugblatt: Der Pazifismus angesichts des Krieges. — Ein wenig gesunde Vernunft! — Aus dem Frauenbund der Deutschen Friedensgesellschaft.

Frauenbund der Deutschen Friedensgesellschaft.

Berta von Suttners letzter Brief an die deutschen Frauen.

Zentralstelle Völkerrecht.

Flugblatt Nr. 1: Aufruf vom August 1916 und Eingabe an den Reichstag vom September 1916.

Flugblatt Nr. 2: Die Gründungsversammlung vom 2./3. Dezember 1916.

Flugblatt Nr. 3: Gewaltpolitik oder Völkerrecht? Ein Briefwechsel.

Die Friedensfrage nach der russischen Revolution; eine Eingabe an den Deutschen Reichstag mit einer Denkschrift. (20 Pf.)

Aufruf: Zur Kriegsziel-Kundgebung der 24 Verbände, 4. Mai 1917, von L. Quidde.

Auf dem Wege zum dauernden Frieden; deutsche und englische Voraussetzungen für Friedensverhandlungen; eine Eingabe an den Reichstag mit Beilagen, von L. Quidde. (30 Pf.)

Pazifismus und Belagerungszustand; eine Eingabe an den Deutschen Reichstag mit einer Denkschrift „Die Handhabung des Gesetzes über den Belagerungszustand gegenüber den deutschen Pazifisten" und einem Anhang von Beilagen, enthaltend Dokumente des Pazifismus. (30 Pf.) — Verbreitung zurzeit noch verboten.

Die amerikanische Liga zur Erzwingung des Friedens, von Dr. Alfred H. Fried.

Verlag „Naturwissenschaften" G. m. b. H., Leipzig, Leibnizstr. 26

Nach dem Weltkrieg

Schriften zur Neuorientierung der auswärtigen Politik.

Heft 3

Reinhard Gast

Deutschland und die Entwicklung des Haager Friedenswerkes in ∴ Vergangenheit und Zukunft ∴

Preis brosch. M. 1.20.

Heft 4

Georg Gothein

Weltwirtschaftliche Fragen der Zukunft

Preis brosch. M. 1.—.

Heft 5

Max Adler

Politik und Moral

Preis brosch. M. 1.60.

Verlag „Naturwissenschaften", G. m. b. H., Leipzig, Leibnizstr. 26

Reichstagsabgeordneter Eduard Bernstein

Sozialdemokratische Völkerpolitik

Die Frage Europa und die Sozialdemokratie

Preis broschiert Mk. 3,60; elegant gebunden Mk. 4,80

Ein Buch, das weit über Deutschlands Grenzen hinaus Aufsehen erregen wird. In 14 Kapiteln behandelt Bernstein in seiner stets besonnenen, meisterhaft klaren Darstellungsweise

die brennendsten Fragen unserer Politik,

welche jetzt in aller Munde sind:

Die Zukunft Deutschlands im neuen Europa und die hohen Ziele und Aufgaben, die der Sozialdemokratie bei der Neugestaltung unserer Politik nach innen und außen warten.

Frankfurter Zeitung: . . . . Bernstein nähert sich seinem Thema nicht von der abstrakt-juristischen Seite, sondern als Beobachter der tatsächlichen politischen Vorgänge. Er urteilt gerechter als manche bürgerlichen Kritiker . . . . Man sollte meinen, daß Anhänger einer solchen Anschauungsweise den Weg zur positiven Mitarbeit an der Gestaltung unserer Politik finden müßten.

Die Zeit in Wien: . . . Eine durchaus freisinnige Weltanschauung, eine gründliche Kenntnis von Politik und Völkerwirtschaft, ein eigenes, wohlbegründetes Urteil über fremde Völker kennzeichnet diese Aufsätze, die wert sind, über den Tag zu wirken.

Weltmarkt: . . . Niemand, weder Anhänger noch Gegner, der überhaupt in politischen Fragen mitsprechen will, kann an diesem Werk vorübergehen.

UC SOUTHERN REGIONAL LIBRARY FACILITY
A 000 112 636 6

Verlag „Naturwissenschaften" G. m. b. H.

Soeben erschienen:

Präfekt Magnus Jocham:

Wir Christen und das päpstliche Friedensprogramm

Eine christliche Würdigung der Friedensworte Benedikts XV.

Brosch. M. 2.40

Wie ein Aufatmen ging es durch die ganze Christenwelt, als Benedikt XV. mit seinem ernsten Mahnruf an die Regierungen aller kriegführenden Staaten herantrat, die Waffen, die schon so furchtbar gegen den Bestand der Kultur gewütet haben, niederzulegen, und das Recht an die Stelle der brutalen Macht zu setzen. An uns allen aber liegt es, diesen Mahnruf tatkräftig zu unterstützen, dem edlen Wollen Benedikts XV. zum Siege zu verhelfen. Jocham zeigt uns in seinem, aus echter christlicher Gesinnung entstandenen Buch den Weg, der zu diesem Ziele führt, und hält zugleich eine mutige Abrechnung mit allen, die sich diesem Ziele entgegenstämmen, mit allen dunklen Gewalten, den Lauen und Zweiflern und den Vertretern uferloser Gewaltpolitik. Nur wenn Christi Worte in uns wieder lebendig werden, kann der Welt das Heil kommen.

Urteile über das Werk: „Diesem ausgezeichneten Werke wird niemand das Zeugnis versagen können, daß es die Frage, ob das christliche Gewissen sich mit dem Kriege noch länger abzufinden vermag, gründlichst gelöst hat. — — —" „Nimm, lies und widerlege! Mit diesen Worten empfehle ich die Schrift allen, die im Kriege immer noch die beste Lösung von Rechtsfragen erblicken."

Pfarrer Wolfgruber, Tagembach.

„Die Jochamsche Schrift ist eine mutige und verdienstvolle Tat, die nur Gutes wirken und im besten Sinne Aufklärung schaffen kann. — — — —"

Pfarrer Weiger, Mooshausen.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder direkt vom Verlag

Verlag „Naturwissenschaften“ G. m. b. H., Leipzig, Leibnizstr. 26|28

Soeben erschienen:

H. Thomas

Religion und Leben

Eleg. brosch. M. 6.— Geschmackvoll geb. M. 8.—

Vollendet in der Form, packend im Inhalt, ist dieses Werk eine der schönsten und wertvollsten Gaben, die uns der diesjährige Büchermarkt beschert hat!

Ein wundervolles Buch, voll tiefen, sittlichen Ernstes, gehaltvoll und spannend zugleich, behandelt es in prachtvoller, bilderreicher [illegible]he die tiefsten Probleme des Lebens, Fragen, um der[illegible]ösung jeder denkende Mensch ringt! „Die All-Einheit“, „Dogma, Geist des Christentums und natürlicher Religion“, „Der Gott des Pantheismus“, „Ehe und Frauenfrage im Lichte der natürlichen Religion“, „Die religiösen Ziele des Sozialismus“, „Die natürliche Stufenleiter der natürlichen Religion“, sind die Gebiete, durch die uns der Verfasser mit sicherer Hand leitet. Man weiß nicht, soll man mehr das tiefgründige Wissen und die umfassende Belesenheit oder die Meisterschaft der klaren Darstellungskunst bewundern!?

Wer das Werk angefangen hat, vermag es nicht aus der Hand zu legen, bis er die letzte Seite gelesen hat, und er tut es mit dem Gefühl innerer Bereicherung.

Druck von Dr. Reinhold & Co., Leipzig.